

Regionaler Raumordnungsbericht Mittelrhein-Westerwald



Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald



Inhaltsverzeichnis

VORWORT	3
EINFÜHRUNG	4
I. Demographische Entwicklung	5
1. Bevölkerung – Struktur und Entwicklung	5
2. Modellrechnung der Bevölkerungsentwicklung	17
II. Nachhaltige Regionalentwicklung	31
1. Leistungsfähige Gesellschaft ausbauen	31
1.1 Erwerbstätigkeit	31
1.2 Bildung	37
2. Lebenswerte Gesellschaft weiterentwickeln.....	42
2.1 Infrastrukturelle Versorgung in den Nahbereichen	42
2.1.1 Grundzentren in der Region	42
2.1.2 Erreichbarkeit.....	44
2.2 Wohnungswesen	45
2.2.1 Entwicklung und Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes	45
2.2.2 Bedarf an Wohnbauland und Baufertigstellungen	47
2.2.3 Angebot an Wohnbauland / „Raum+Monitor“	51
3. Gesellschaft und Umwelt integrieren und natürliche Lebensgrundlagen bewahren.....	58
3.1 Regionale Kennziffern / Flächenentwicklung.....	58
3.2 Beiträge regionalplanerischer Ausweisungen	60
3.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz – Flächenvorsorge in der Region	61
3.2.2 Artenschutz.....	62
3.2.3 Grundwasserschutz	65
3.2.4 Freizeit und Erholung, Landschaftsbild	66
4. Wirtschaftskraft stärken und ökoeffizientes Wirtschaften fördern	68
4.1 Regionale Kennziffern.....	68
4.1.1 Wertschöpfung nach Wirtschaftsabschnitten.....	68
4.1.2 Arbeitsmarkt.....	70
4.1.3 Gewerbeflächen.....	75
4.2 Ökoeffizientes Wirtschaften fördern-Beiträge regionalplanerischer Ausweisungen	78
4.2.1 Landwirtschaft und Weinbau	78
4.2.2 Forstwirtschaft.....	82
4.2.3 Rohstoffsicherung	84
4.2.4 Energiesicherung	85
Exkurs: Entwicklung im großflächigen Einzelhandel	97

ANHANG

- Tabellenverzeichnis
- Abbildungsverzeichnis
- Kartenverzeichnis

VORWORT

Mit dem Raumordnungsbericht 2012 legt die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald zum zweiten Mal eine regionale Übersicht von Indikatoren zur Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft in den Themenkomplexen demographische Entwicklung und nachhaltige Regionalentwicklung vor.



Der erste regionale Raumordnungsbericht (RROB) wurde entsprechend den Vorgaben des Landesplanungsgesetzes bereits im Jahr 2007 herausgegeben.

Vorliegend werden bei gleicher Gliederung auch die wesentlichen Unterschiede in den Zahlenentwicklungen zum vorherigen, ebenfalls fünfjährigen Betrachtungszeitraum hervorgehoben.

Besonders ablesbar ist hier die Verstärkung des demografischen Wandels mit den Schrumpfs- und Überalterungsprozessen auch und gerade in der Region Mittelrhein-Westerwald.

Neu aufgenommen im regionalen Raumordnungsbericht 2012 ist unter anderem eine Analyse der -umfangreichen- Wohnbauflächenpotenziale in der Region aus dem Projekt Raum+Monitor.

Zudem werden mit Blick auf das Thema Energiewende verschiedene Datenreihen zur Entwicklung der Erneuerbaren Energien aufgezeigt.

Ebenfalls neu neben den Querbezügen zum bereits veröffentlichten Grundlagenbericht Energie 2012 der Planungsgemeinschaft sind die Ausführungen zu dem Projekt Energiebilanz für die Planungsregion Mittelrhein-Westerwald mit der Erstellung von Energiesteckbriefen auf Ebene der Träger der Flächennutzungsplanung.

Vorliegend wird hierauf jeweils nur kurz eingegangen; die Endberichte sind wie die regionalen Raumordnungsberichte auf der Homepage der Planungsgemeinschaft unter www.mittelrhein-westerwald.de veröffentlicht.

Wie bereits der Vorgängerbericht, erhebt auch dieser zweite regionale Raumordnungsbericht keinen Anspruch auf vollständige Information und umfassende Analysen, sondern stellt nur Ansätze zur Abbildung der Themenkomplexe demographische Entwicklung und nachhaltige Regionalentwicklung für die Region Mittelrhein-Westerwald dar.

Im vorliegenden Raumordnungsbericht wird sowohl auf den verbindlichen Regionalplan aus dem Jahr 2006 als auch auf dessen Fortschreibungsentwurf 2011 Bezug genommen: Der regionale Raumordnungsbericht wird zum Zwecke der Systematisierung der Planung und der Planevaluation erarbeitet und kann zugleich als eine Grundlage für den Landesraumordnungsbericht dienen.

Landrat Michael Lieber
Vorsitzender

Martin Kittelberger
Leitender Planer

EINFÜHRUNG

In der Region Mittelrhein-Westerwald leben auf etwas weniger als einem Drittel der Landesfläche rd. 1,24 Mio. der insgesamt rd. 4 Mio. Menschen in Rheinland-Pfalz. Sie ist damit die flächengrößte und einwohnerstärkste Planungsregion in Rheinland-Pfalz.



Dabei ist in den letzten fünf Jahren die Bevölkerung in allen acht zugehörigen Landkreisen - Ahrweiler, Altenkirchen, Cochem-Zell, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis und Westerwaldkreis - gesunken. Nur in der kreisfreien Stadt Koblenz, dem Oberzentrum der Region, ist die Bevölkerungszahl geringfügig angestiegen.

Der demographische Wandel spielt für die Entwicklung der kommunalen Gebietskörperschaften eine herausragende Rolle. Über den Zeitraum von 2010 bis 2030 wird auf Ebene der Verbandsgemeinden nur noch eine Gebietskörperschaft ein Bevölkerungswachstum verzeichnen können. – Insgesamt gibt es nach zwei erfolgten Fusionen auf Verbandsgemeindeebene in den Jahren 2009 und 2012 neben der kreisfreien Stadt noch 67 Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden sowie rd. 900 Ortsgemeinden in der Region.¹

Im Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und nachhaltiger Siedlungsentwicklung spielt der Regionale Raumordnungsplan mit seinem überörtlichen Rahmen eine besondere Rolle.

Dessen Aufstellung und Fortschreibung obliegt der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald als kommunal verfasste Körperschaft des öffentlichen Rechts.²



Der aktuell verbindliche Regionale Raumordnungsplan aus dem Jahr 2006 befindet sich derzeit in der Neuaufstellung in Anpassung an das Landesentwicklungsprogramm (LEP) IV. Für einen ersten formellen Planentwurf wurde von Oktober 2011 bis März 2012 das Anhörungs- und Beteiligungsverfahren gemäß Landesplanungsgesetz durchgeführt.³

Der Planentwurf ist in Text und Karte im Internet unter www.mittelrhein-westerwald.de einsehbar.

Abb. 1 a/b: Gebiet der Region Mittelrhein-Westerwald

Quelle: eigene Darstellung

¹ Dies sind der freiwillige Zusammenschluss der verbandsfreien Stadt Cochem und der Verbandsgemeinde Cochem-Land zur Verbandsgemeinde Cochem am 7. Juni 2009 (Landesgesetz vom 18. Februar 2009 [GVBl. S. 79]) sowie der freiwillige Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Braubach und Loreley zur neuen Verbandsgemeinde Braubach-Loreley am 1. Juli 2012 (Landesgesetz vom 20. Dezember 2011 [GVBl. S. 417]), seit 01. Dezember 2012 mit dem Namen Verbandsgemeinde Loreley. In den statistischen Datengrundlagen ist vielfach insbesondere die Fusion der Verbandsgemeinden Braubach und Loreley noch nicht berücksichtigt.

² Pflichtaufgabe gemäß Landesplanungsgesetz (LPIG); Mitglieder der Planungsgemeinschaft sind neben der kreisfreien Stadt Koblenz und den acht Landkreisen die großen kreisangehörigen Städte Andernach, Lahnstein, Mayen und Neuwied; die Industrie- und Handelskammer Koblenz, die Handwerkskammer Koblenz und die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz; der Deutsche Gewerkschaftsbund -Landesbezirk Rheinland-Pfalz- und die Landesvereinigung rheinland-pfälzischer Unternehmerverbände e.V.

³ Beschluss der Regionalvertretung zum Planentwurf vom 12.09.2011. Insbesondere in Umsetzung des Beschlusses vom 04.07.2013, in das bisherige laufende Fortschreibungsverfahren die Erarbeitung eines Planentwurfs zur Anpassung an die Teilfortschreibung des LEP IV, Kap. Erneuerbare Energien, zu integrieren, wird eine erneute Offenlage erforderlich werden.

I. Demographische Entwicklung

Bei der Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung kommt neben der Entwicklung der Geburtenzahlen und dem Wanderungssaldo insbesondere der Verschiebung der Altersstruktur eine besondere Bedeutung zu.

Dieser demographischen Entwicklung ist auch auf allen Ebenen der räumlichen Planung Rechnung zu tragen. Die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes ist hierbei zu berücksichtigen, insbesondere für die weitere Wohnbauflächenentwicklung.⁴

Die ab Ende Mai 2013 seitens des Statistischen Landesamtes veröffentlichten ersten Ergebnisse des Zensus 2011 konnten im vorliegenden Bericht nicht mehr berücksichtigt werden.

1. Bevölkerung – Struktur und Entwicklung

Bevölkerung⁵

Im Zeitraum von 2006 bis 2011 ging die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz um 53.700 auf unter vier Millionen zurück.

Von der rückläufigen Bevölkerungsanzahl sind zwischenzeitlich alle Planungsregionen betroffen; dabei ist Mittelrhein-Westerwald überdurchschnittlich betroffen, wie nachfolgende Tabelle zeigt:⁶

Gebiet	Bevölkerungsentwicklung 31.12.2006-31.12.2011 in Prozent
Mittelrhein-Westerwald	-2,3
Trier	-0,5
Rheinhessen-Nahe	-0,3
Rhein-Neckar (Teilraum RLP)	-0,3
Westpfalz	-3,1
Rheinland-Pfalz	-1,3

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung in den Planungsregionen

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

In der Region Mittelrhein-Westerwald hat sich der Bevölkerungsrückgang im Vergleich der Fünf-Jahreszeiträume von 2002/2006 (-0,8 %) und 2006/2010 (-1,9 %) erheblich beschleunigt.

⁴ Vgl. Landesentwicklungsprogramm LEP IV, Grundsatz G 1 sowie Ziel Z 32 mit der Vorgabe zur Festlegung von sogenannten Schwellenwerten in den Regionalen Raumordnungsplänen für die weitere Wohnbauflächenentwicklung.

⁵ In den statistischen Datengrundlagen sind vielfach die beiden erfolgten freiwilligen kommunalen Zusammenschlüsse in den Jahren 2009 und 2012 noch nicht berücksichtigt. Dies sind der freiwillige Zusammenschluss der verbandsfreien Stadt Cochem und der Verbandsgemeinde Cochem-Land zur Verbandsgemeinde Cochem am 7. Juni 2009 (Landesgesetz vom 18. Februar 2009 [GVBl. S. 79]) sowie der freiwillige Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Braubach und Loreley zur neuen Verbandsgemeinde Braubach-Loreley am 1. Juli 2012 (Landesgesetz vom 20. Dezember 2011 [GVBl. S. 417]), seit November 2012 mit dem Namen Verbandsgemeinde Loreley. Die Analysen beziehen sich auf diese Datengrundlagen und sind insoweit mit einer Einschränkung behaftet. In den Datensätzen insgesamt bzw. im vorliegenden Bericht -wie auch im RROB 2007- sind nicht berücksichtigt der Anteil und die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung bzw. der Menschen mit Migrationshintergrund, eine differenzierte Betrachtung der Geschlechter sowie die Unterscheidung von Binnen- und Außenwanderungen.

⁶ Im Vorjahresberichtszeitraum war außer in Mittelrhein-Westerwald nur noch in der Region Westpfalz ein Einwohnerrückgang zu verzeichnen; die übrigen Regionen verzeichneten damals noch einen Bevölkerungszuwachs.

Von 2006 bis 2011 verzeichnete die Region insgesamt sogar ein Minus von 2,3 %; rechnerisch verlor Mittelrhein-Westerwald die Bevölkerung der großen kreisangehörigen Stadt Andernach: Nach einem kontinuierlichen Bevölkerungsschwund von insgesamt über 29.500 Einwohnern - mehr als der Hälfte des gesamten rheinland-pfälzischen Rückgangs - lebten in der Region zum Jahresende 2011 noch 1.239.396 Menschen.

Zum Vergleich: Im regionalen Raumordnungsbericht 2007 war festzustellen, dass von 2002 bis 2006 der Bevölkerungsrückgang mit 10.500 Einwohnern höher war als die Einwohnerzahl der Verbandsgemeinde Loreley. Damit hat sich die Bevölkerungsabnahme im Nachfolgezeitraum fast verdreifacht.

In den Landkreisen liegt der Bevölkerungsverlust von 2006 bis 2011 zwischen 1,6 % im Landkreis Mayen-Koblenz und 3,7 % im Rhein-Hunsrück-Kreis, wie nachstehende Grafik veranschaulicht:

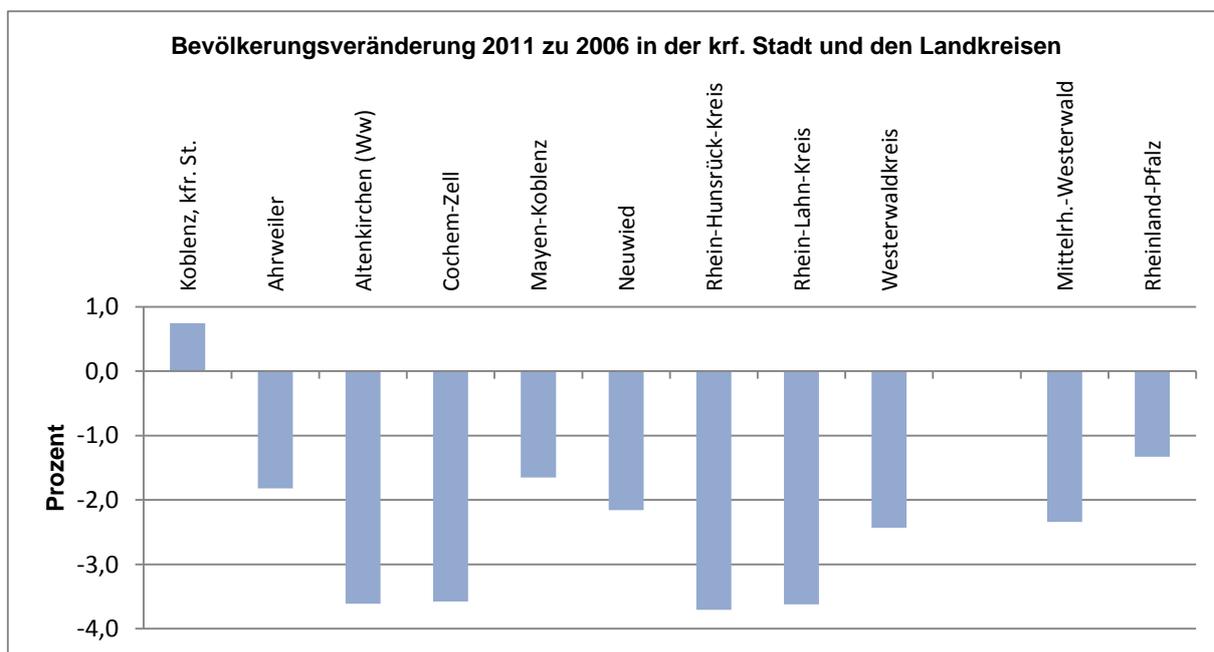


Abb. 2: Bevölkerungsveränderung 2011 zu 2006 in der krf. Stadt und den Landkreisen

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

In den Landkreisen Altenkirchen und Westerwaldkreis bedeutet dies einen absoluten Bevölkerungsverlust von jeweils über 4.900 Einwohnern.

Mit Ausnahme der Stadt Koblenz (+0,7 %) und zwei weiterer Gebietskörperschaften, der Verbandsgemeinden Weißenthurm (+0,6 %) und Ransbach-Baumbach (+0,5 %), haben alle anderen Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden einen zum Teil deutlichen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen.

Im Durchschnitt beträgt der Bevölkerungsrückgang 2,8 %; die Hälfte aller Gebietskörperschaften hat einen überdurchschnittlichen Bevölkerungsverlust. Fünf Verbandsgemeinden bzw. verbandsfreie Gemeinden haben ein Minus von über 5 %; den höchsten Einwohnerverlust weist mit -7,2 % die Verbandsgemeinde Sankt Goar-Oberwesel auf.

Im Jahr 2011 lag die durchschnittliche Einwohnerzahl in den Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden einschließlich der kreisfreien Stadt Koblenz bei 17.962. Ohne Berücksichtigung des Oberzentrums verringert sich die durchschnittliche Einwohnerzahl auf 16.658. 2006 waren es noch 18.130 bzw. 17.106.⁷

Die kleinteilige Gemeindestruktur zeigt sich daran, dass in beiden Vergleichsjahren jeweils 48 Gebietskörperschaften unterdurchschnittliche Einwohnerzahlen aufwiesen.

Insgesamt neun Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden haben weniger als 10.000 Einwohner.

Auf Ortsgemeindeebene verloren im Zeitraum von 2006 bis 2011 insgesamt 16 Gemeinden jeweils zwischen 15 und rd. 20 % ihrer Bevölkerung; dabei lagen bereits die ursprünglichen Einwohnerzahlen niedrig.⁸

Die demographische Entwicklung verläuft teilträumlich stark unterschiedlich.

Bei der Betrachtung der Bevölkerungszahl der Gebietskörperschaften der hiesigen Region, die im UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal liegen, wurde im ersten Regionalen Raumordnungsbericht in den Jahren 2002 bis 2006 insgesamt ein absoluter Bevölkerungsrückgang von über 3.500 verzeichnet, d.h. rd. 2 %.⁹ Im anschließenden aktuellen Fünf-Jahres-Zeitraum verringerte sich die Bevölkerungsanzahl dort weiter, insgesamt um zusätzliche 1 %.

In den linksrheinischen Verbandsgemeinden Rhens und St. Goar-Oberwesel sowie der verbandsfreien Stadt Boppard war von 2006-2011 der Bevölkerungsrückgang mit insgesamt -4,6 % um 0,4 % stärker ausgeprägt als rechtsrheinisch in den Verbandsgemeinden Loreley und Braubach sowie Lahnstein zusammen. Im Erstberichtszeitraum war dahingegen der Bevölkerungsverlust rechtsrheinisch erheblich stärker ausgeprägt: Linksrheinisch konnte von 2002 bis 2006 zudem noch die Verbandsgemeinde Rhens einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen.¹⁰

Eine differenzierte Analyse für den Bereich des Welterbes Oberes Mittelrheintal ist im gleichnamigen Masterplan enthalten. Die zugehörige Raumanalyse untersucht jedoch einen anderen Entwicklungszeitraum und bezieht Städte und Ortsgemeinden des gesamten Welterbereiches ein, also auch aus dem zugehörigen Teilraum der Region Rheinhessen-Nahe und dem Land Hessen.¹¹ Auf eine Wiedergabe wird hier insofern verzichtet.

Die Bevölkerungszahl soll in dem Teilraum UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal insgesamt nach dem Regionalplan stabilisiert werden.¹²

⁷ Bei den Durchschnittswerten von 2006 ist der freiwillige Zusammenschluss der der verbandsfreien Stadt Cochem und der Verbandsgemeinde Cochem-Land zur Verbandsgemeinde Cochem am 7. Juni 2009 (Landesgesetz vom 18. Februar 2009 [GVBl. S. 79]) noch nicht berücksichtigt.

⁸ In einem Fall bei rd. 750 EW, sonst deutlich darunter.

⁹ Kreisfreie Stadt Koblenz, verbandsfreie Städte Lahnstein und Boppard, Verbandsgemeinden Rhens, Loreley (inkl. ehemaliger VG Braubach), St.Goar-Oberwesel. Ohne Unterscheidung nach zugehörigen Ortsgemeinden bzw. Stadtteilen.

¹⁰ Ohne Betrachtung der Stadt Koblenz.

¹¹ Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz (MWKEL, Hrsg.): Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal – Herausforderungen und Visionen für die zukünftige Entwicklung, Mainz, Februar 2013; s. dortige Anlage II A Raumanalyse, Kap. 2.1 und 2.2.

¹² Vgl. Regionaler Raumordnungsplan Mittelrhein-Westerwald (RROP M-W) 2006, Kap. 5.6, G 4 mit Begründung und RROP-Entwurf 2011, Kap. 4.6, G 186.

Entwicklung in den Raumstrukturtypen

Bezogen auf die Zugehörigkeit zu den Raumstrukturtypen ist ersichtlich, dass in den Gebietskörperschaften, welche nach aktueller Gliederung dem ländlichen Bereich angehören, von 2006 bis 2011 keine Bevölkerungsgewinne zu verzeichnen waren. Vielmehr ist insgesamt in 29 Gebietskörperschaften ein überdurchschnittlicher Bevölkerungsrückgang festzustellen, davon in 19 mit einem Rückgang von mehr als 2,8%.¹³

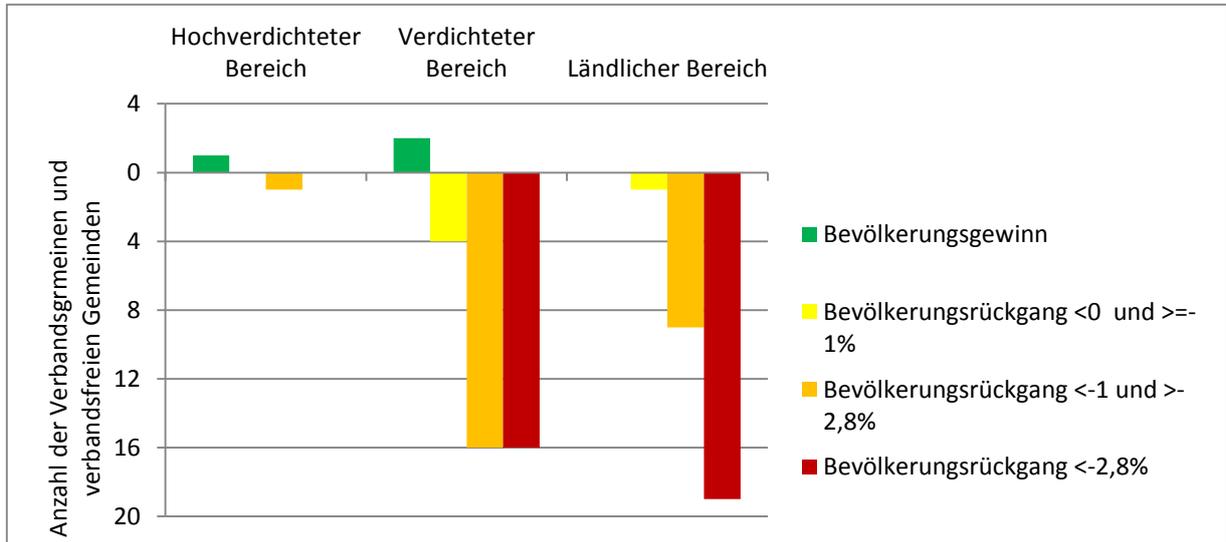


Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung 2011 zu 2006 nach Anzahl und Zugehörigkeit der Verbandsgemeinden zur Raumstruktur

Quelle: Statistisches Landesamt: eigene Berechnungen

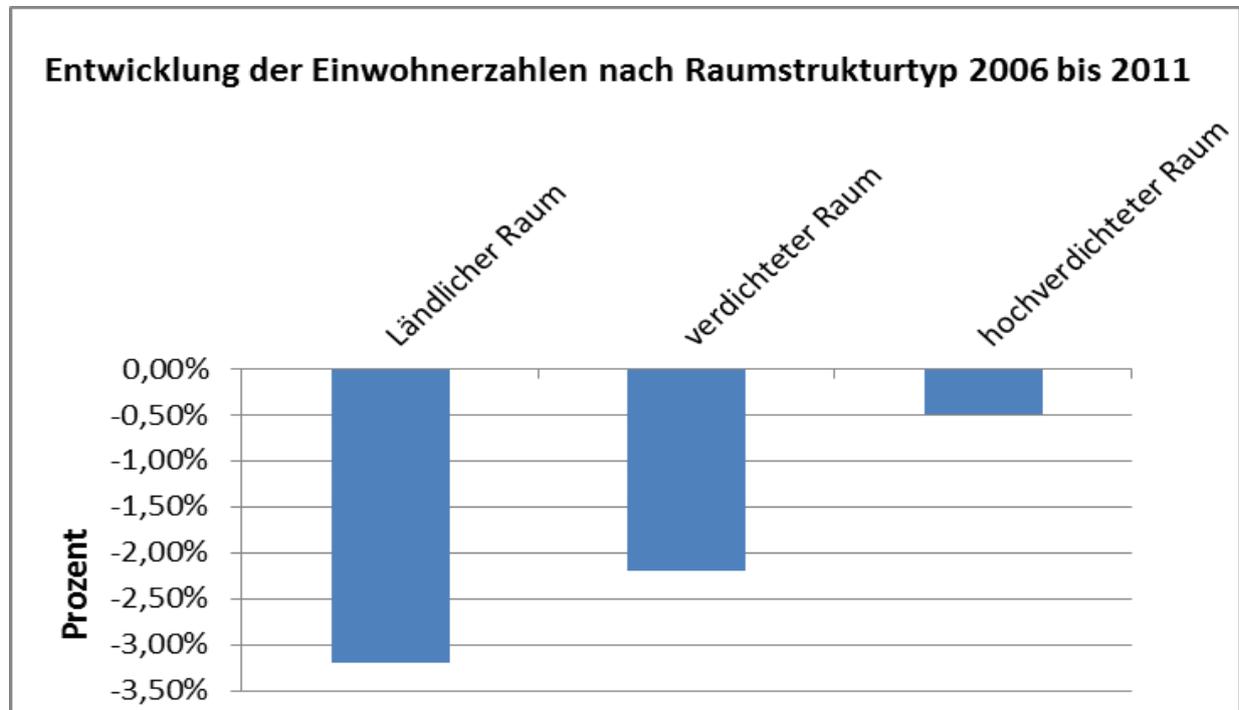


Abb. 4: Entwicklung der Einwohnerzahlen nach Raumstrukturtyp 2006 bis 2011

Quelle: Statistisches Landesamt: eigene Berechnungen

¹³ Die VG Brohltal wurde aus Vereinfachungsgründen dem ländlichen Raum zugeordnet (vgl. LEP IV, Teil B, Kap. I 1.1).

Aus dem Kartenanhang ist ersichtlich, dass von der Bevölkerungsabnahme große Teile der Landkreise Cochem-Zell und Altenkirchen überdurchschnittlich betroffen waren.¹⁴

Im Raumordnungsbericht 2007 -vor der Neugliederung der Raumstruktur im LEP IV 2008- ist dargelegt, dass sogar im dünn besiedelten ländlichen Raum noch sieben Gebietskörperschaften einen Bevölkerungsgewinn erzielen konnten.¹⁵

Eine vergleichende Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung 2003-2007 auch auf Ebene der kreisfreien Städte, Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden in Rheinland-Pfalz ist dem Landesraumordnungsbericht 2008 zu entnehmen. Im Landesdurchschnitt gab es hiernach auf diesen Ebenen eine Bevölkerungsabnahme von 0,94 %.¹⁶

Natürlicher Saldo

Eine differenzierte Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung ermöglicht die getrennte Analyse des natürlichen Saldos sowie des Wanderungssaldos.

Lag in den Jahren von 2002 bis 2006 das „Geburtendefizit“, d.h. der Überschuss an Gestorbenen gegenüber Geborenen in Rheinland-Pfalz noch bei über 46.300 und rd. 16.900 in der Region Mittelrhein-Westerwald, lagen die Defizitwerte von 2007 bis 2011 nunmehr schon bei über 57.800 im Land bzw. 22.300 in der Region. Die stärksten Geburtendefizite lagen hierbei jeweils in den Jahren 2009 und 2011.

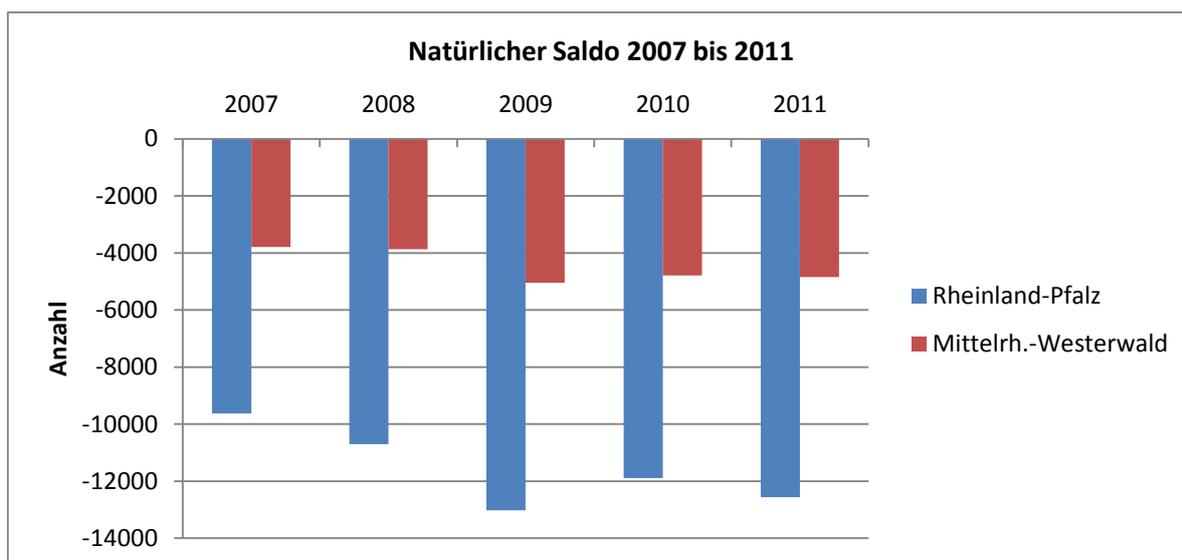


Abb. 5: Natürlicher Saldo 2007 bis 2011 in der Region Mittelrhein-Westerwald

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

¹⁴ Die kartographische Auswertung des Statistischen Landesamtes umfasst den Zeitraum 2007-2011 bei einer Auswertung in 2 %-Schritten.

¹⁵ Das LEP IV unterscheidet nach hochverdichteten Bereichen, verdichteten Bereichen mit konzentrierter sowie mit disperser Siedlungsstruktur und in ländliche Bereiche mit konzentrierter sowie mit disperser Siedlungsstruktur.

¹⁶ Landesraumordnungsbericht 2008: Karten I 1.5.1 Bevölkerungsveränderung sowie 1.2.1 Natürliche Bevölkerungsveränderung und 1.3.1 Wanderungssaldo.

In der Region Mittelrhein-Westerwald hatten innerhalb des letztgenannten Fünf-Jahreszeitraumes die Landkreise Ahrweiler und Neuwied die höchsten Geburtendefizite mit insgesamt jeweils etwas über 3.000 Personen; das geringste absolute Geburtendefizit wies der Landkreis Cochem-Zell, zugleich der bevölkerungsschwächste Landkreis, auf.

Wie im vorherigen Berichtszeitraum waren letztlich in sämtlichen Landkreisen sowie der kreisfreien Stadt Koblenz deutliche Gestorbenenüberschüsse zu verzeichnen.

Auf Ebene der Verbandsgemeinden bzw. verbandsfreien Gemeinden konnten in den Jahren 2007 bis 2011 insgesamt nur 12 Gebietskörperschaften mindestens einmal einen Geburtenüberschuss vorweisen; über die fünf Jahre hinweg stellt sich jedoch nur noch für Grafschaft ein geringfügiges natürliches Bevölkerungswachstum dar.

In der Summe von 2002 bis 2006 konnten neben Grafschaft noch vier weitere Gebietskörperschaften eine positive natürliche Bevölkerungsentwicklung aufweisen.

Der Extremwert bei einem Gestorbenenüberschuss lag damals bei über 1.200 innerhalb des 5-Jahreszeitraums, nunmehr weist mit -1.300 Bad Neuenahr-Ahrweiler das höchste Geburtendefizit auf (Koblenz bei -1.500).

Insgesamt hat sich der allgemeine Rückgang der Geburtenzahlen weiter deutlich verstärkt.

Wanderungssaldo

Die räumliche Bevölkerungsentwicklung aus den Zu- und Fortzügen über die jeweilige Verwaltungsgrenze konnte im Jahr 2003 noch in sechs Landkreisen mit einem positiven Wanderungssaldo das Geburtendefizit ausgleichen.

Der 2004 eingesetzte Rückwärtstrend beim Wanderungssaldo setzte sich weiter fort; im vorliegenden Berichtszeitraum 2007 bis 2011 konnte keine Gebietskörperschaft mehr das Geburtendefizit durch das Wanderungssaldo ausgleichen. Letzteres war im Jahr 2008 in allen Landkreisen negativ, besonders ausgeprägt in Altenkirchen und im Westerwald.

Allein der Landkreis Ahrweiler wies neben der kreisfreien Stadt Koblenz über die fünf Jahre insgesamt noch Wanderungsgewinne auf.

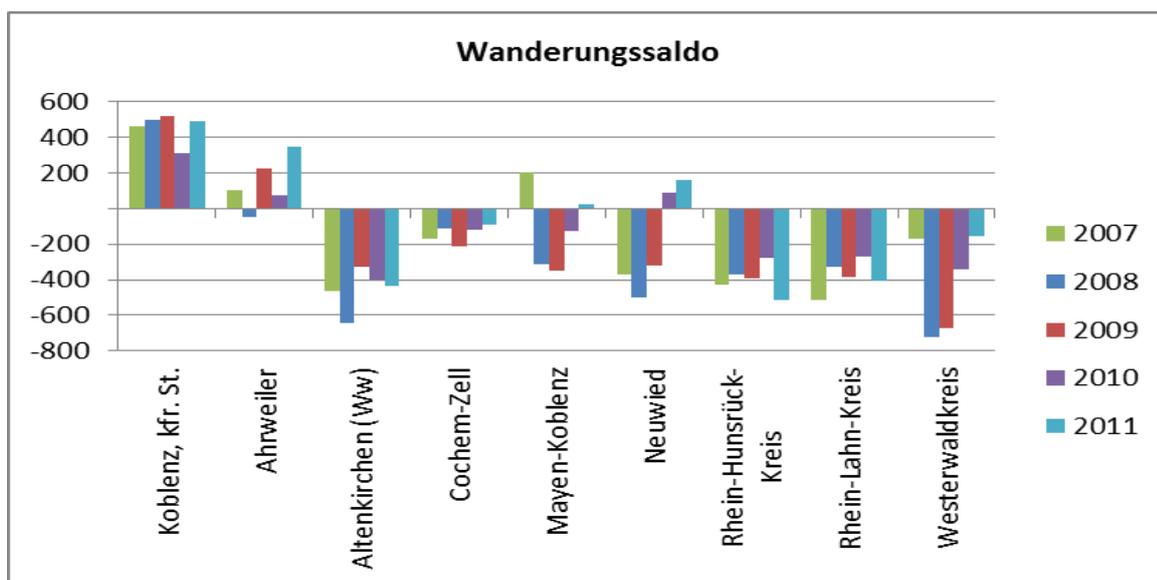


Abb. 6: Wanderungssaldo über die Kreisgrenzen 2007 bis 2011 in der Region Mittelrhein-Westerwald
Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

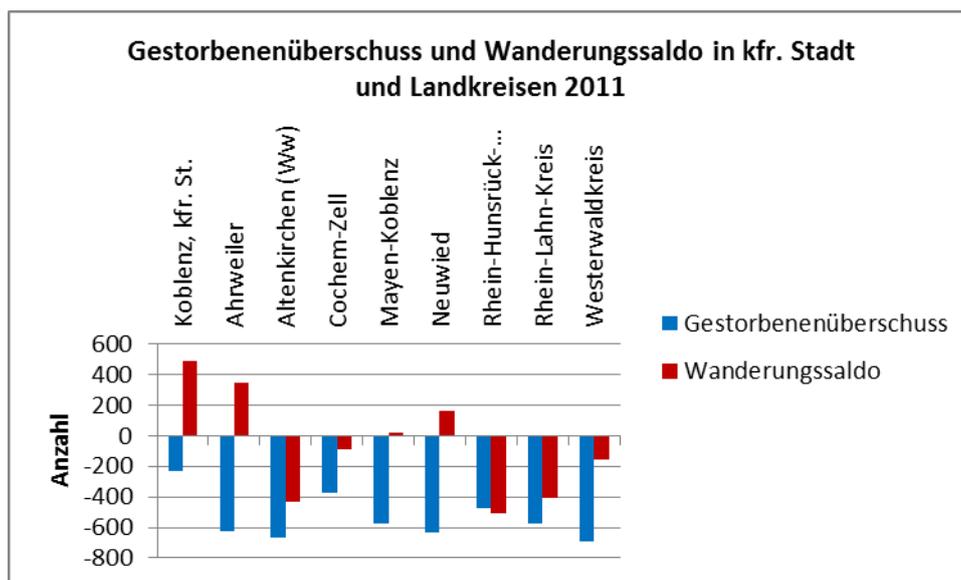


Abb. 7: Gestorbenenüberschuss und Wanderungssaldo in kfr. Stadt und Landkreisen 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Im Rhein-Hunsrück-Kreis war das Wanderungssaldo im Jahr 2011 noch negativer als der Gestorbenenüberschuss.

Unter den Verbandsgemeinden bzw. verbandsfreien Gemeinden konnten im Jahr 2011 mit 24 immerhin sechs mehr als im Jahr 2006 ein positives Wanderungssaldo aufweisen; 2002 waren es allerdings noch 57.

Den mit 144 Einwohnern größten Wanderungsverlust wies im Jahr 2011 die Verbandsgemeinde Sankt Goar-Oberwesel auf. Die größten Wanderungsgewinne konnte (nach Koblenz mit 488) mit 324 Zuzügen Bad Neuenahr-Ahrweiler verzeichnen.

Altersstruktur

Die Verschiebung der Altersstrukturen hat sich in der Region Mittelrhein-Westerwald weiter intensiviert: Gegenüber 2006 hat sich der Anteil der über 75-jährigen im Jahr 2011 um nahezu 1 %-Punkt auf rd. 125.300 Personen erhöht. Der Anteil dieser Altersgruppe ist gegenüber dem Stand von 2006 nunmehr mit 10,1 % nicht mehr unter, sondern über dem Landesdurchschnitt von 9,7 %.

Damit hat die Zahl der Betagten und Hochbetagten in der Region in diesem Zeitraum insgesamt um 8.900 zugenommen, während die Gesamtbevölkerung um 24.300 abgenommen hat.

Der Anteil der unter 20-jährigen an der Gesamtbevölkerung in der Region ging bereits im Zeitraum von 2002 bis 2006 von 22 % auf 21,1 % zurück und liegt 2011 nur noch bei 19,5 %.

Die Altersgruppe der 20- unter 60-jährigen, die den größten Teil der potentiell Erwerbstätigen bildet, blieb 2011 in der Region mit 53,4 % auf dem gleichen Niveau wie fünf Jahre zuvor.

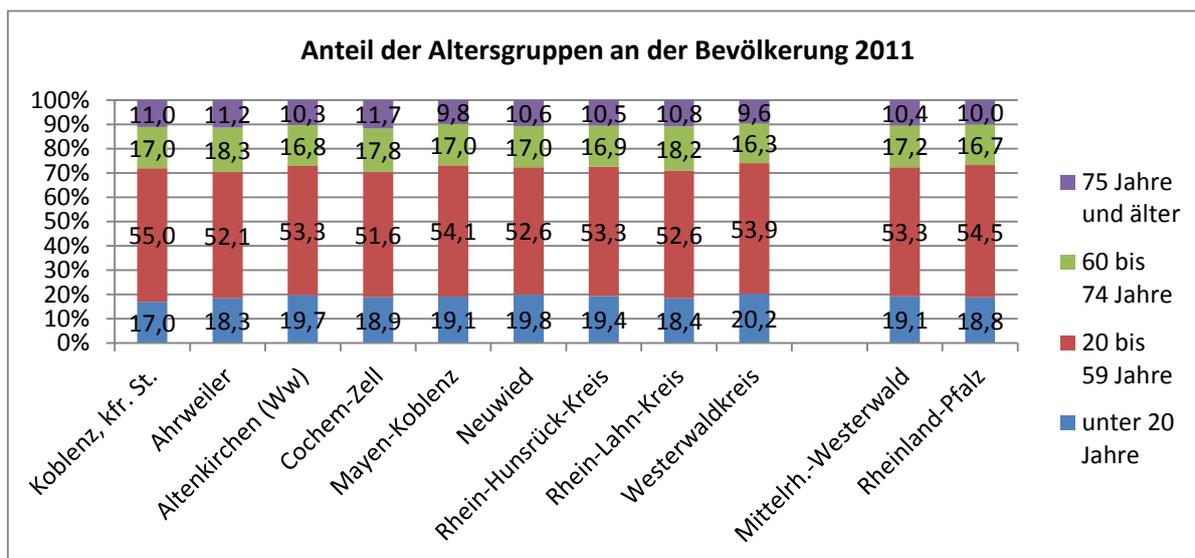


Abb. 8: Anteil der Altersgruppen an der Bevölkerung 2010

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Waren 2006 nur in der kreisfreien Stadt Koblenz und im Landkreis Cochem-Zell noch jede zehnte Person älter als 75 Jahre, trifft dies 2011 mit Ausnahme von Mayen-Koblenz und dem Westerwaldkreis auch auf alle anderen Landkreise in der Region zu.

Den höchsten Anteil an jungen Menschen, unter 20 Jahre, hat weiterhin der Westerwaldkreis. Insgesamt haben nur noch drei Landkreise einen Anteil von über 20 % in dieser Altersgruppe; 2006 traf dies noch auf alle Landkreise, ebenso wie die Region und das Land zu.

Die Veränderung der beiden signifikanten Altersgruppen von 2006 bis 2011 in den Landkreisen ist nachstehend ersichtlich:

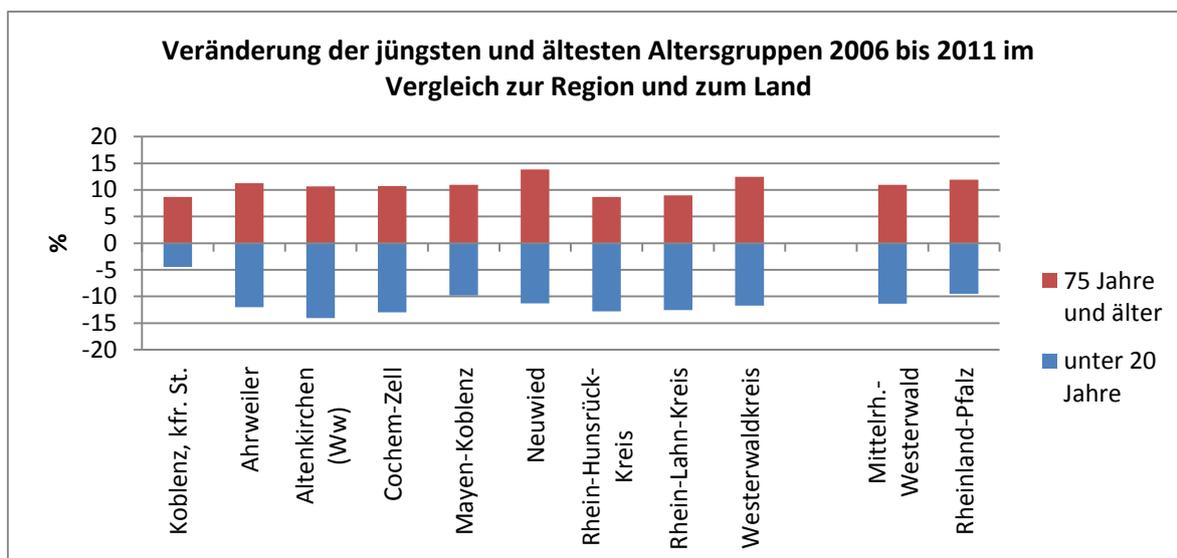


Abb. 9: Veränderung der jüngsten und ältesten Altersgruppen 2006 bis 2011 im Vergleich zur Region und zum Land

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Die Verschiebungen in der Altersstruktur, d.h. die Zunahme des Anteils der ältesten Altersgruppe bei gleichzeitiger Abnahme der unter 20-jährigen, sind heute bereits in sieben Landkreisen der Planungsregion ausgeprägter als im Landesschnitt.

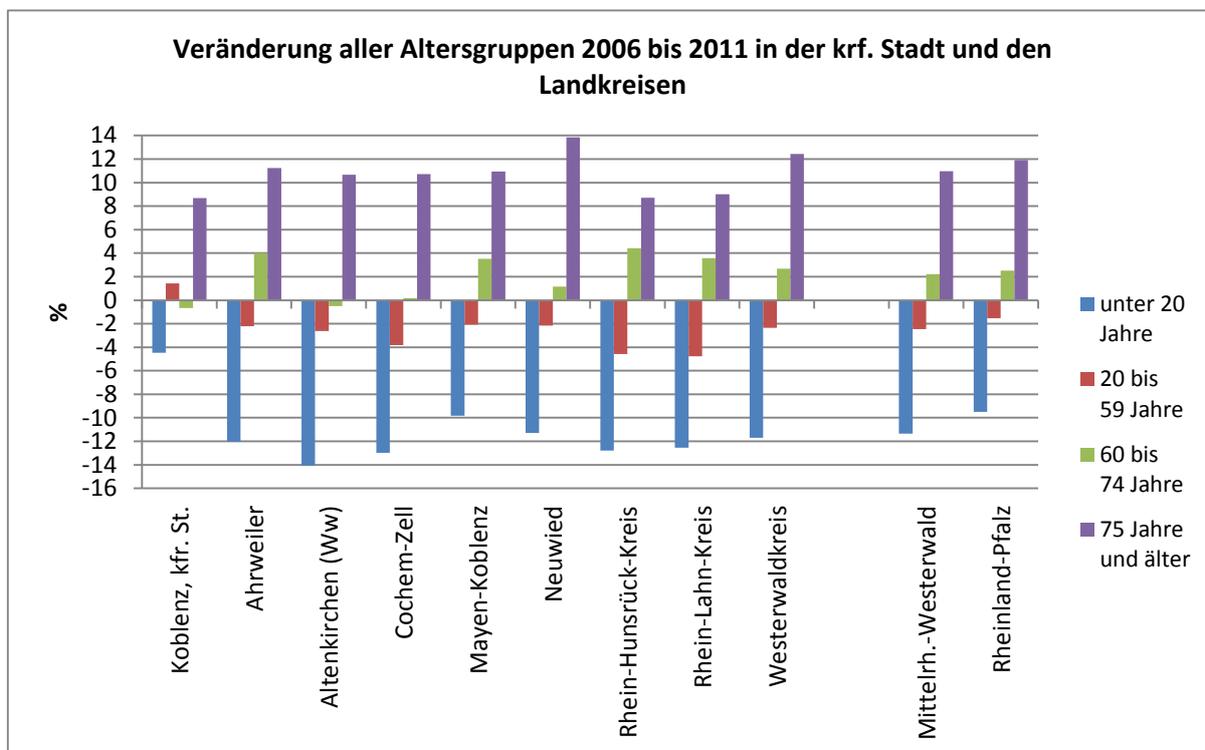


Abb. 10: Veränderung aller Altersgruppen 2006 bis 2011 in der krf. Stadt und den Landkreisen

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Mit Ausnahme der Stadt Koblenz ging die Altersgruppe der unter 20-Jährigen prozentual in allen Landkreisen im -gerundet- zweistelligen Bereich zurück (9,8 % im Landkreis Mayen-Koblenz bis über 14 % im Landkreis Altenkirchen); im Landesdurchschnitt war der Rückgang mit rd. 9,5 % weniger stark ausgeprägt.

Verbandsgemeindeebene

Auf Ebene der Verbandsgemeinden/verbandsfreien Gemeinden mussten in der Region im Zeitraum 2007 bis 2011 durchweg hohe Verluste in der Altersgruppe der unter 20-jährigen verzeichnet werden. Elf Gemeinden verloren mehr als 15 %. Den höchsten Rückgang der Gruppe der unter 20-jährigen musste mit -18,6 % eine Verbandsgemeinde im Bereich des Oberen Mittelrheintals verzeichnen. In keiner Gebietskörperschaft gab es über den 5-Jahres-Zeitraum Zuwächse dieser Altersgruppe.¹⁷

Moderater gestaltet sich die Abnahme der Altersgruppe der 20- bis 59-jährigen in der Region. Lediglich vier Verbandsgemeinden, die große kreisangehörige Stadt Andernach (jeweils absolut unter 75 Personen) sowie die Stadt Koblenz (absolut rd. 820 Personen) konnten in dieser Altersgruppe, die das heutige Gros der Erwerbsfähigen und Erwerbstätigen stellt, von 2006 bis 2011 noch leichte Zuwächse verzeichnen. Die übrigen Kommunen verloren an Einwohnern. Den höchsten Verlust verzeichnete mit -9,5 % die Verbandsgemeinde Loreley.

¹⁷ Die kartographische Auswertung durch das Statistische Landesamt bezieht sich von 2007 – 2011, wohingegen die zunächst gelieferten Tabellen den Zeitraum 2006-2011 umfassen.

Im gleichen Zeitraum nahm in 48 von 69 Gebietskörperschaften die Altersgruppe der 60-74-Jährigen moderat zu. Lediglich die verbandsfreie Gemeinde Grafschaft hatte hier eine Zunahme noch über 10 % zu verzeichnen (18,8 %).

Die über 75-jährigen haben hingegen überall zwischen 2006 und 2011 Anteile an der jeweiligen Bevölkerung hinzugewonnen. Die Zuwächse lagen zwischen 4,3 % in der Verbandsgemeinde Treis-Karden und 23,2% in Bad Hönningen. Von den 69 Gebietskörperschaften hatten dabei 38 einen Zuwachs von über 10 % zu verzeichnen.

Der durchschnittliche Anstieg der über 75-jährigen auf Ebene der Verbandsgemeinden lag bei 11,3 %; im vorherigen Fünfjahreszeitraum lag dieser in der Region noch bei 9,6 %.

Die bereits im Raumordnungsbericht Mittelrhein-Westerwald 2007 aufgezeigte zunehmende Überalterung der Gesellschaft hat sich somit nochmals verstärkt.

Jugendquotient und Altenquotient

Der Jugend- bzw. der Altenquotient beschreiben die "Belastung" der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation durch die häufig noch nicht bzw. nicht mehr erwerbstätigen Personen.

Die Quotienten geben damit die Relation der 20- bis 64-Jährigen zu den unter 20- bzw. über 65-Jährigen bezogen auf 100 Personen an.

Ein Vergleich der Entwicklung des Jugend- und Altenquotient zum Raumordnungsbericht 2007 ist nur bedingt möglich, da dort die Altersstufenabgrenzungen bei 60 Jahren gezogen wurden.¹⁸

Der Altenquotient hat sich innerhalb der Region auf Kreisebene im Vergleich der Jahre 2006 und 2011 nicht einheitlich entwickelt: in den Landkreisen Altenkirchen und Cochem-Zell sank der Wert geringfügig; in Ahrweiler hingegen fand ein überdurchschnittlicher Anstieg statt. Die Hälfte der Landkreise lag über dem Regionswert von 35,8. Nur der Westerwaldkreis lag unter dem Landeswert.

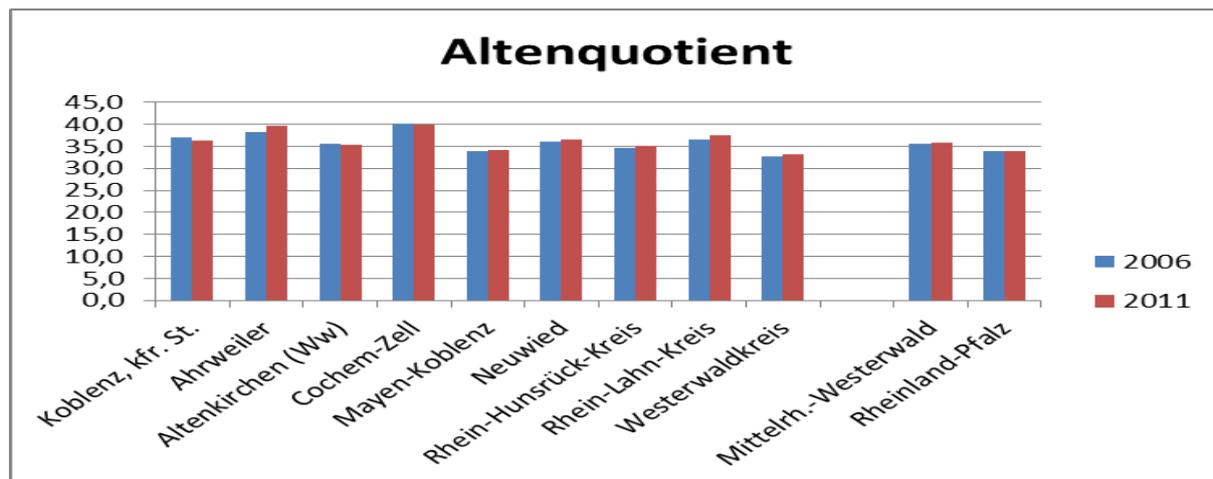


Abb. 11: Altenquotient

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

¹⁸ Regionaler Raumordnungsbericht (RROB) 2007, S. 13 f, gemäß den seinerzeitigen Datengrundlagen des Statistischen Landesamtes.

Den mit Abstand niedrigsten Altenquotient hatte sowohl im Jahr 2006 als auch 2011 die verbandsfreie Gemeinde Grafschaft (21,4 bzw. 23,7). Der höchste Altenquotient -mehr als doppelt so hoch- lag jeweils ebenfalls bei einer Gebietskörperschaft im Landkreis Ahrweiler (Bad Neuenahr-Ahrweiler mit 54,7 bzw. 59,0).

Der Jugendquotient in der Region lag im Jahr 2011 immer noch über dem Landeswert, innerhalb der fünf Jahre nahm dieser jedoch stärker ab. Sieben Landkreise weisen trotz durchgängiger Abnahmen weiterhin einen höheren, ein Landkreis (Rhein-Lahn-Kreis) einen identischen Jugendquotient im Vergleich zum Land auf.

Den vergleichsweise geringsten Rückgang des Jugendquotienten hatten neben dem Oberzentrum die Landkreise Mayen-Koblenz und Rhein-Lahn-Kreis.

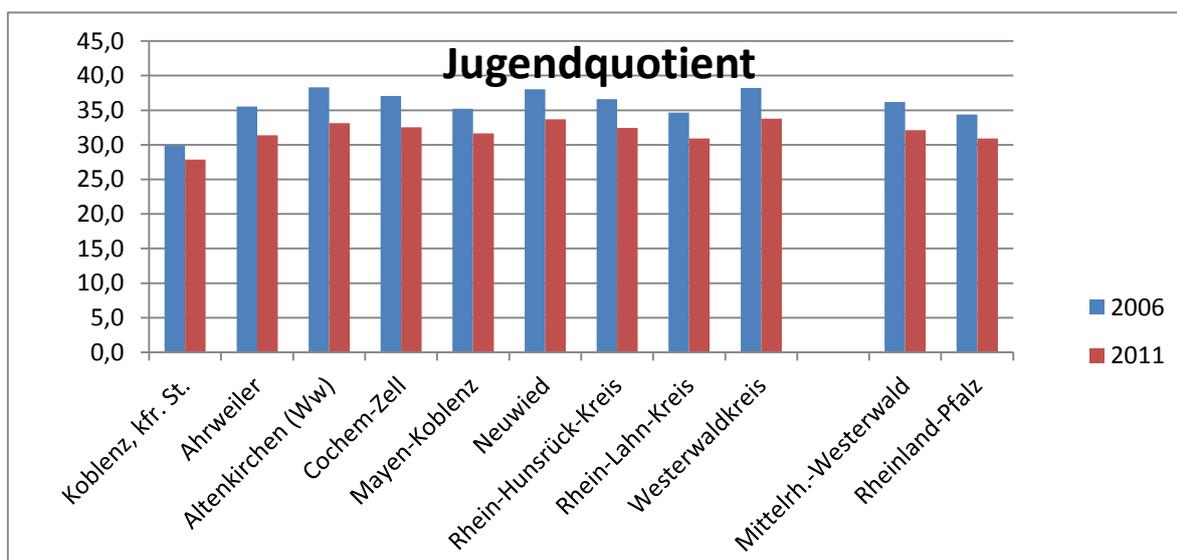


Abb. 12: Jugendquotient

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Am günstigsten schnitt beim Jugendquotient erneut die Verbandsgemeinde Dierdorf (43,8 2006 bzw. 37,5 im Jahr 2011) ab.

Insgesamt „altert“ die Region schneller als das Land. Die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und unter 64 Jahren steigt weiter an.

Bevölkerungsdichte

Die Bevölkerungsdichte hat von 2006 bis 2011 in allen Landkreisen der Region, ebenso wie in Rheinland-Pfalz insgesamt, abgenommen und liegt in Mittelrhein-Westerwald bei 193 Einwohnern pro qkm. Lediglich im Oberzentrum Koblenz hat sich der Wert erhöht auf 1.016 EW / qkm.

In neun Gebietskörperschaften auf Ebene der Verbandsgemeinden / verbandsfreien Gemeinden hat sich die Einwohnerdichte um mehr als 10 EW / qkm verringert, davon in drei Fällen um über 20 EW / qkm. Der größte Dichteverlust liegt bei 36 EW / qkm, wobei die betroffene Verbandsgemeinde Betzdorf 2011 noch die zweitgrößte Bevölkerungsdichte aller Verbandsgemeinden aufweist (ohne Stadt Koblenz und zwei verbandsfreie Gebietskörperschaften).

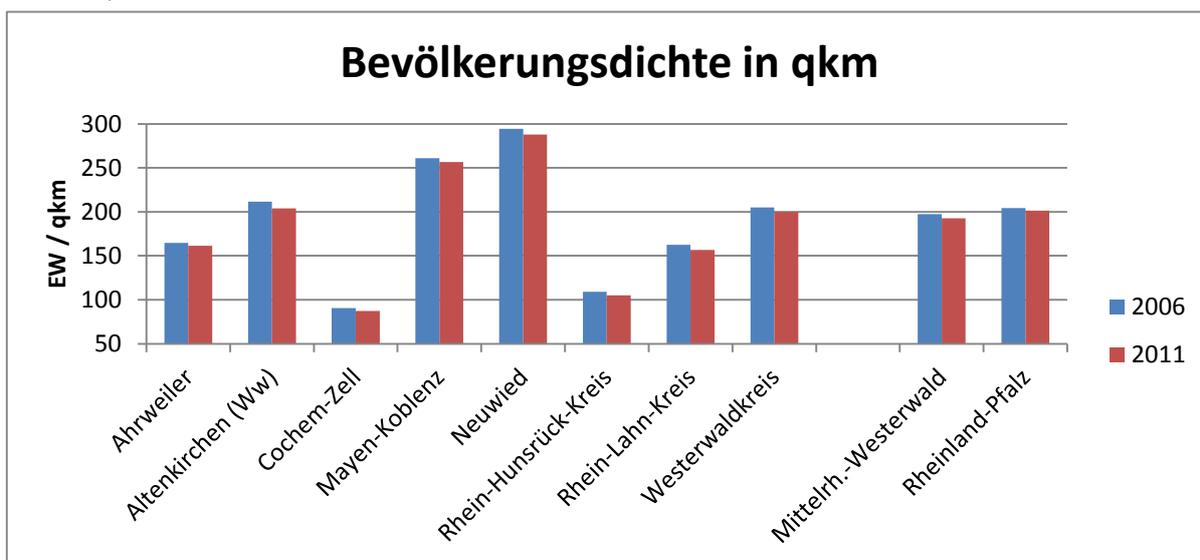


Abb. 13: Bevölkerungsdichte in den Landkreisen in qkm

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

2. Modellrechnung der Bevölkerungsentwicklung

Im regionalen Raumordnungsbericht 2007 wurde ausgeführt, dass sich die demographische Gesamtentwicklung nach der langfristigen Modellrechnung des Statistischen Landesamts in Form eines deutlichen Schrumpfungs- und Überalterungsprozesses noch verstärken würde. Ausgehend von den damaligen Vorausberechnungen würde in der Region Mittelrhein-Westerwald die Bevölkerung von 1,278 Mio. im Jahr 2005 auf 1,247 im Jahr 2020 bzw. auf 1,086 Mio. im Jahr 2050 zurückgehen.¹⁹

In allen Landkreisen der Region wurde bis 2020 ein Bevölkerungsrückgang prognostiziert, da die Wanderungsgewinne kleiner als der Sterbeüberschuss erwartet wurden.

Das Landesentwicklungsprogramm LEP IV 2008 kennzeichnet zwei Landkreise der Region Mittelrhein-Westerwald mit besonderen altersspezifischen Aspekten bzw. Problemlagen. In ganz Rheinland-Pfalz ist darin bis 2020 nur für drei Landkreise ein Wachstum vorhergesagt.²⁰

Neue Bevölkerungsvorausberechnung

Zwischenzeitlich hat das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz im Juli 2012 in der Statistischen Analyse „Rheinland-Pfalz 2060 – Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010)“ die Ergebnisse einer neuen Bevölkerungsprojektion für das Land und seine kreisfreien Städte und Landkreise vorgelegt. Relevant auch für die nachfolgenden Betrachtungen ist hier die mittlere Variante.

Hiernach werden in allen Planungsregionen des Landes von 2010 bis 2020 die Bevölkerungszahlen abnehmen; bis 2030 und 2060 beschleunigt sich der Rückgang erheblich.²¹

Der Bevölkerungsrückgang in der Region Mittelrhein-Westerwald wird bis 2020 noch stärker ausfallen als ursprünglich prognostiziert, nämlich auf 1,196 Mio. Bis 2060 leben hiernach nur noch rund 942.000 Menschen in der Region, was einem Rückgang von nahezu einem Viertel gegenüber dem Jahr 2010 entspricht.²²

¹⁹ Grundlage war die Modellrechnung bzw. Bevölkerungsprojektion des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz in der Mittleren Variante, die von einem jährlichen Wanderungsgewinn von 5.000 Personen, einer konstanten Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau und einer Zunahme der Lebenserwartung um vier Jahre bis 2050 ausging; Statistisches Landesamt (Hrsg.): Rheinland-Pfalz 2050, Bevölkerungsentwicklung und Auswirkungen, Bad Ems, Juni 2005. Siehe regionaler Raumordnungsbericht Mittelrhein-Westerwald 2007, Kap. I.2.

²⁰ Landesentwicklungsprogramm LEP IV 2008, Teil B, Kap. I 1.2 mit Bezug zur Bevölkerungsprojektion 2006-2020 (mittlere Variante), zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006), Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems 2007.

²¹ Ein stärkerer prozentualer Rückgang als in der Region Mittelrhein-Westerwald wird jeweils für die Westpfalz prognostiziert.

²² Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Rheinland-Pfalz 2060 – Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010), Bad Ems, 2012.

Bei der Hälfte der Landkreise der Region Mittelrhein-Westerwald wird sich die prozentuale Veränderung von 2010-2030 bereits im zweistelligen Minusbereich abspielen. Insgesamt verliert die Region in diesem Zeitraum 8,5 % der Bevölkerung, das entspricht über 106.000 Einwohnern und somit einem erheblichen Anteil am landesweiten Rückgang um rd. 233.000 Einwohner.²³

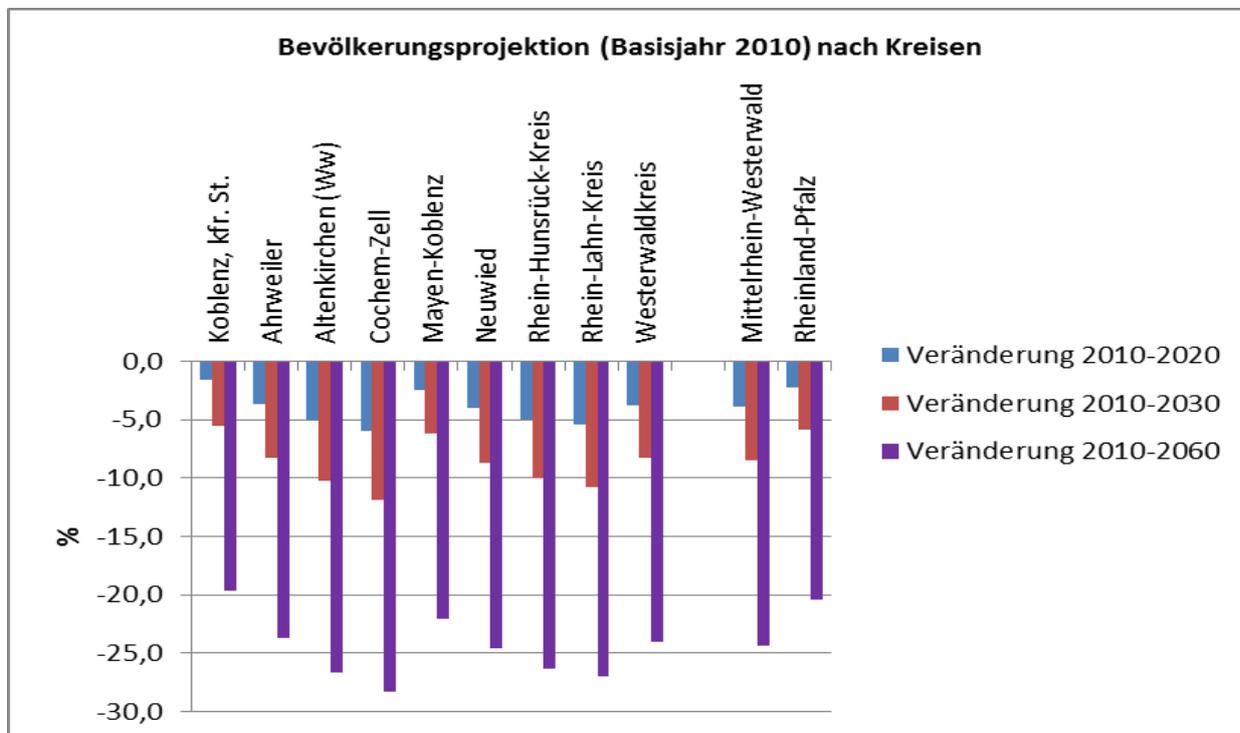


Abb. 14: Bevölkerungsprojektion nach Kreisen

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Zeitgleich wird sich die Verschiebung der Altersstrukturen weiter verstärken und die klassische Bevölkerungs-“pyramide“ tendenziell umkehren, wie dies am nachfolgenden Beispiel des Landkreises Altenkirchen ablesbar ist.²⁴

²³ Zum Vergleich: Die Planungsregionen Trier, Rheinhessen-Nahe und Westpfalz zusammen verlieren von 2010 bis 2030 absolut rd. 100.000 Einwohner.

²⁴ Im Anhang sind als intraregionales Vergleichsbeispiel gegenübergestellt die Bevölkerungspyramiden für den Landkreis Mayen-Koblenz.

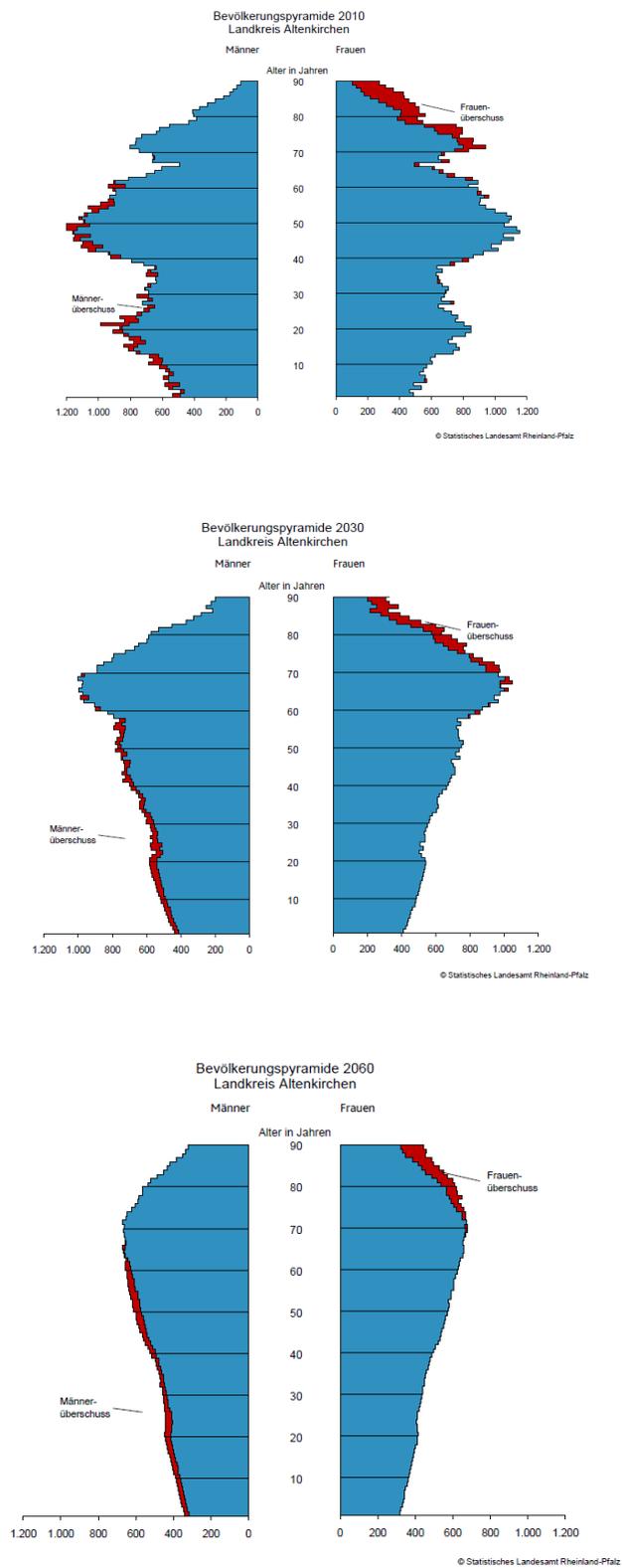


Abb. 15: Bevölkerungspyramiden 2010, 2030 und 2060 für den Landkreis Altenkirchen
 Quelle: Statistisches Landesamt

Der Anteil der über 75-jährigen Menschen in der Region steigt im Jahr 2060 gegenüber 2010 um etwas mehr als das Doppelte auf 20,5 %, während die Anzahl der unter 20-Jährigen zurückgeht von 19,5 % auf nur noch 15,4 % (Landeswerte 19,6 % bzw. 15,6 % in 2060). Die Altersgruppe der in der Regel Erwerbsfähigen (20 bis unter 60 Jahre) wird in der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald um rd. 10 % sinken und noch 1,3 Prozentpunkte unter dem Landeswert von 44,8 % liegen.

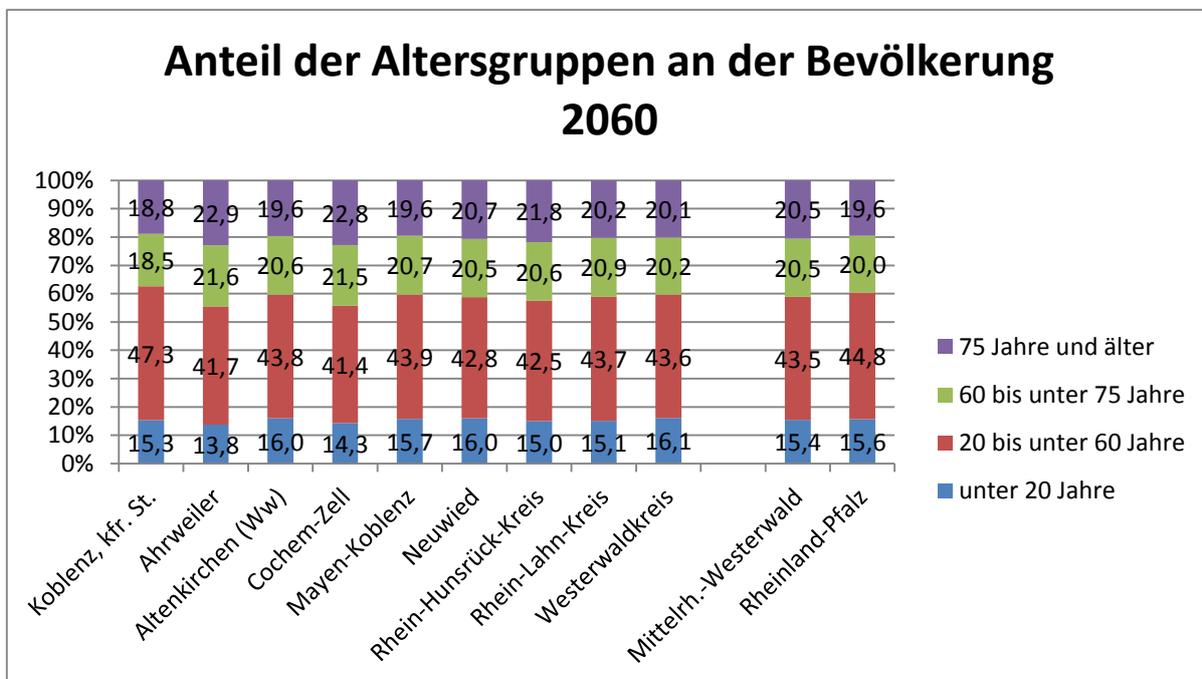
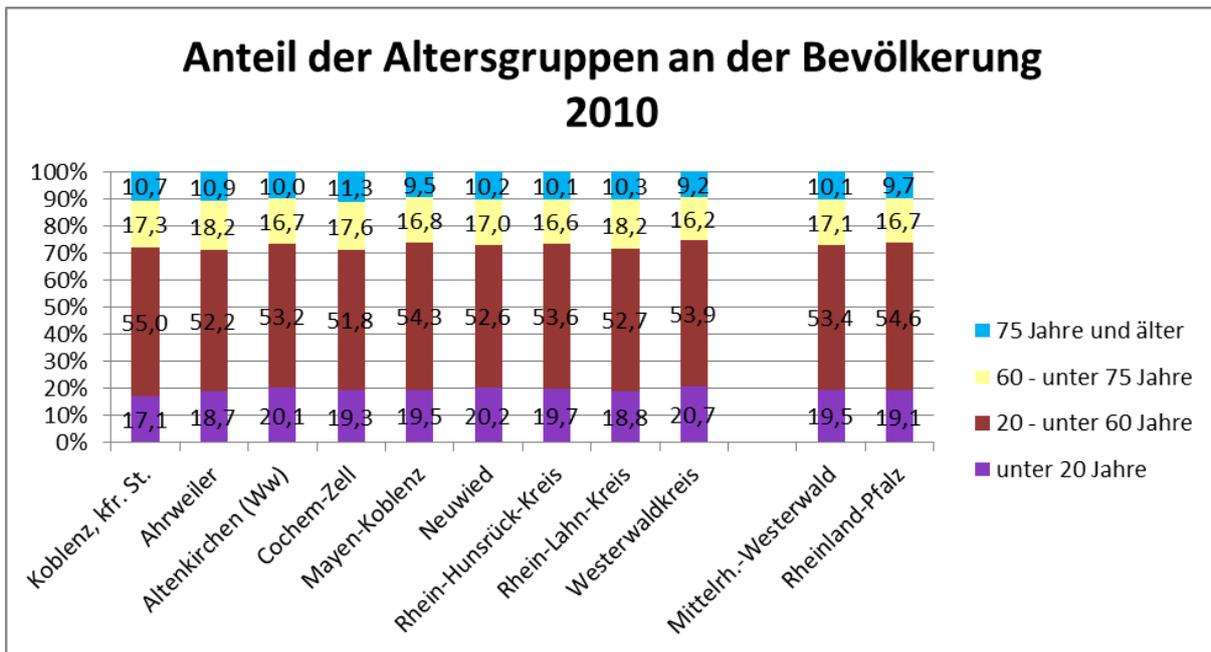


Abb. 16 und Abb. 17: Anteil der Altersgruppen an der Bevölkerung 2010 bzw. 2060
Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Die Variationsbreite bei den unter 20-Jährigen im Jahr 2060 wird sich nur noch zwischen 13,8 % und 16,1 % Anteil an der Gesamtbevölkerung in den Landkreisen bewegen.

Der prozentuale Anteil der über 60-Jährigen wird sich in den Landkreisen im Jahr 2060 bei über 40 % (maximal 44,5 %) bewegen.

Allein der Anteil der über 75-Jährigen wird sich von 2010 in den nächsten 50 Jahren auf Kreisebene nahezu überall verdoppeln und in sechs Landkreisen bei über 20 % liegen. Damit wird auch künftig der Anteil der Menschen in dieser Altersklasse in der Region höher als im Land liegen.

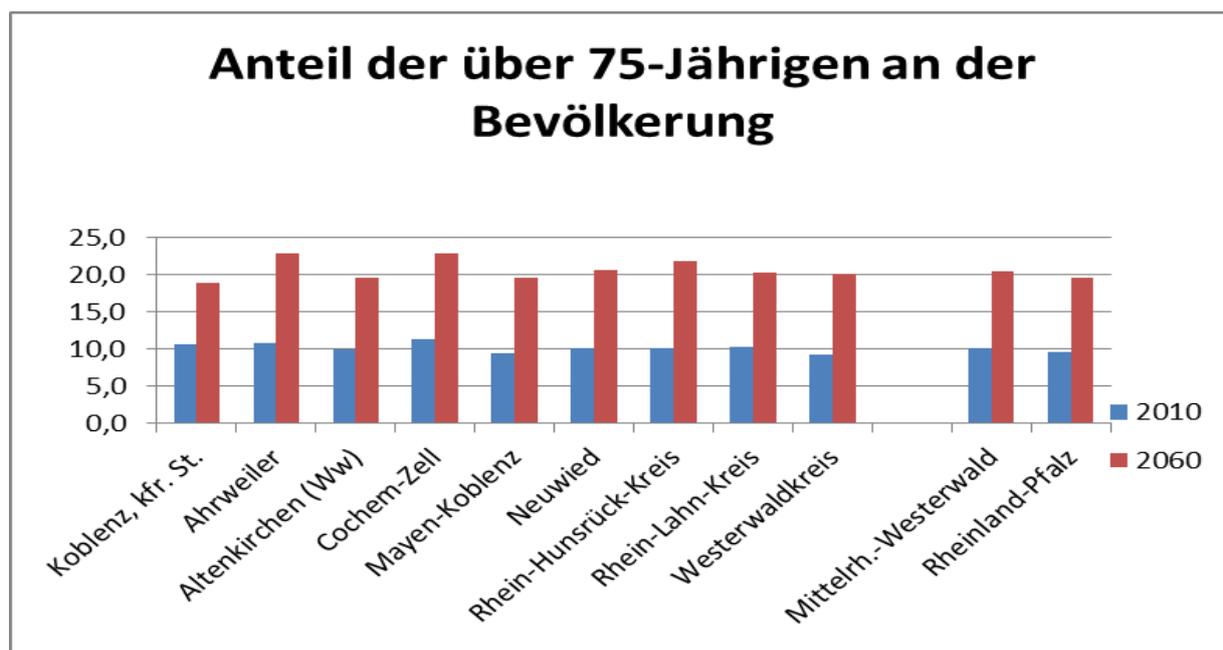


Abb. 18: Anteil der über 75-Jährigen an der Bevölkerung 2010 und 2060
Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Region - Gesamtentwicklung der Altersgruppen 2010-2030

Die fortschreitende Überalterung der Gesellschaft wird deutlich bei Betrachtung der Entwicklung der Altershauptgruppen bereits im Zeitraum 2010 bis 2030:

Die Region wird in 20 Jahren von 2010 bis 2030 über 54.100 Menschen der Altershauptgruppe der unter 20-Jährigen verlieren.

Dies entspricht einem regionsweiten Rückgang von 22,3 %.

In der erwerbsfähigen Hauptaltersgruppe der 20-64-Jährigen werden rd. 128.400 Menschen fehlen; der absolute Rückgang ist damit mehr als doppelt so stark wie in der Altershauptgruppe der unter 20-Jährigen.

Prozentual nimmt die Hauptaltersgruppe der 20-64-Jährigen in der Region um 17,4 % ab.

Die über 65-Jährigen werden insgesamt um über 76.300 zunehmen, d.h. bezogen auf die Region um 28,9 %.

Ebene der Verbandsgemeinden – Gesamtentwicklung 2010-2030

Auf Ebene der Verbandsgemeinden / verbandsfreien Gemeinden wird es im Zeitraum von 2010 bis 2030 mit Weißenthurm nur noch in einer Gebietskörperschaft einen kleinen Bevölkerungszuwachs geben (ca. 0,5 %).²⁵

Alle anderen werden Verluste verzeichnen, insgesamt liegt der Durchschnitt bei -9,1 %. Günstiger als der Durchschnitt liegen insgesamt 32 der aktuell 68 Gebietskörperschaften, davon weisen 12 einen Bevölkerungsrückgang von lediglich bis zu 5 % auf. Die prozentuale Verlustspanne in den Verbandsgemeinden reicht von -2,2 % in Flammersfeld bis -19 % in der Verbandsgemeinde Loreley.²⁶

Strukturräume – Gesamtentwicklung 2010-2030

Bezogen auf die Anzahl der Gebietskörperschaften sind die verdichteten Bereiche vom Bevölkerungsrückgang von 2010 bis 2030 mit allen 38 darin liegenden Verbandsgemeinden stärker betroffen als die ländlichen Räume mit den dortigen 28 Verbandsgemeinden. Im verdichteten Raum wird in 18 Verbandsgemeinden ein überdurchschnittlicher Bevölkerungsrückgang stattfinden.²⁷ Die Relationen sind aus nachstehender Abbildung ersichtlich.

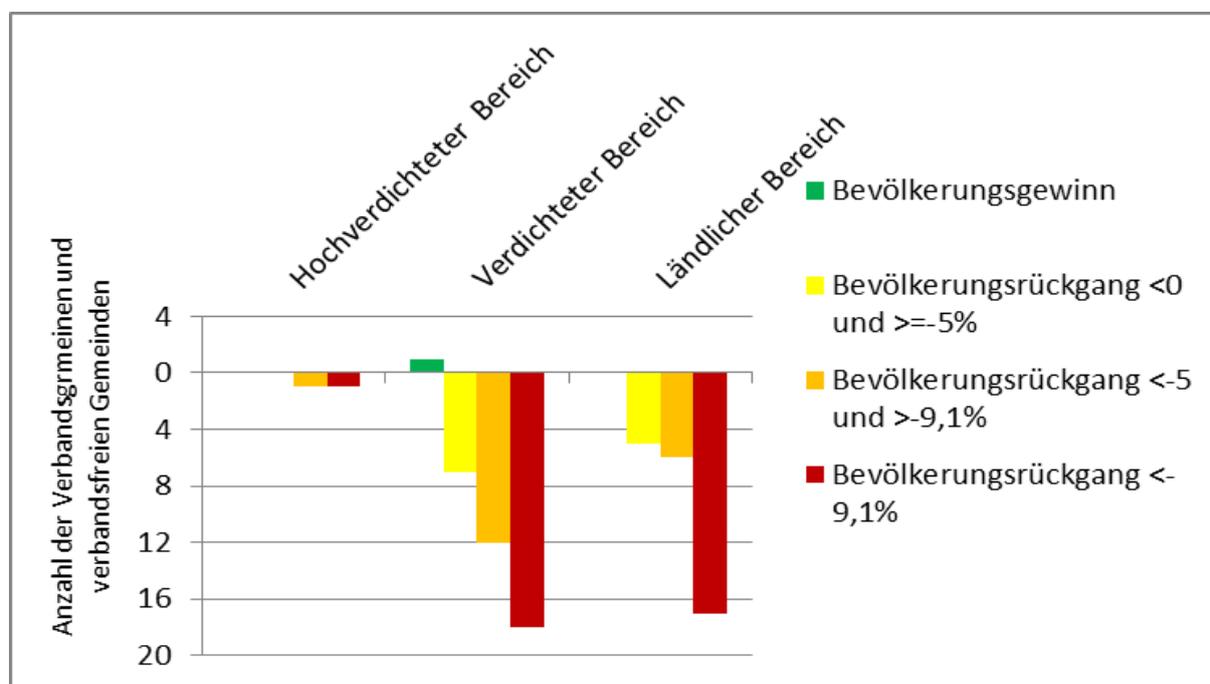


Abb. 19: Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 nach Zugehörigkeit zur Raumstruktur

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen

In absoluten Zahlen verliert mit rd. 49.900 Menschen der verdichtete mehr als der ländliche Bereich mit rd. 43.600; im hochverdichteten Bereich der Region werden im Jahr 2030 rd. 12.700 Menschen weniger leben als noch 2010.

²⁵ Gemäß den Angaben des Statistischen Landesamtes erfolgten die -im Dezember 2012 veröffentlichten- Berechnungen für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden auf der Basis der Kreisergebnisse der mittleren Variante der Modellrechnungen, die eine konstante Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau, eine bis 2060 um etwa sieben Jahre steigende Lebenserwartung und einen jährlichen landesweiten Wanderungsüberschuss in Höhe von 4.000 Personen unterstellt.

²⁶ Bezogen auf die Zahlensumme der Verbandsgemeinden Braubach und Loreley vor der Verbandsgemeindefusion.

²⁷ Die VG Brohltal wurde aus Vereinfachungsgründen dem ländlichen Raum zugeordnet (vgl. LEP IV, Teil B, Kap. I 1.1).

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung der einzelnen Strukturbereiche sind die prozentualen Verluste an Einwohnern im ländlichen Bereich mit -9,8 % jedoch leicht höher als im verdichteten und hochverdichteten Bereich mit -8 % bzw. -7,5 %.

Eine Korrelation der Bevölkerungsrückgänge in Abhängigkeit auch der Erreichbarkeit zentraler Orte in verschiedenen Strukturräumen zeigt sich in Teilen der Region deutlich. Auf Grund der Datenverfügbarkeit auf Ebene der Verbandsgemeinden und der Datenlage der Fahrzeiten ist vorliegend eine vertiefende Analyse indes nicht möglich.

Ebene der Verbandsgemeinden – Gesamtentwicklung der Altersgruppen 2010-2030

Auf Ebene der Verbandsgemeinden geht die Anzahl der unter 20-jährigen zwischen rd. 11 % (Verbandsgemeinde Pellenz; Koblenz rd. 10 %) und über 38 % (Verbandsgemeinde Treis-Karden) -durchschnittlich um 24 %- zurück. Die Anzahl der 20-64-jährigen geht zwischen rd. 8 % in den Verbandsgemeinden Flammersfeld und Kaisersesch und rund 30 % in den Verbandsgemeinden Loreley und Zell zurück, was einem Durchschnitt von 18,1 % entspricht.

Im gleichen Zeitraum sinkt nur bei einer Verbandsgemeinde, der Verbandsgemeinde Val-lendar, der Anteil der über 65-jährigen (um 1,6 %). Der Anteil dieser Altersgruppe steigt dagegen in allen anderen Gebietskörperschaften. In sieben Gebietskörperschaften wird ein Zuwachs von über 50 % erreicht. Den mit Abstand größten Zuwachs um 120 % erreicht die Gruppe ab 65 Jahren in der verbandsfreien Gemeinde Grafschaft.

Durchschnittlich nimmt die Anzahl der über 65-jährigen auf Ebene der Verbandsgemeinden von 2010 bis 2030 um 31,7 %, mithin fast einem Drittel, zu.

Strukturräume - Entwicklung der Altersgruppen 2010-2030

In 25 von 28 -d.h. fast 90 %- der Verbandsgemeinden, die im ländlichen Bereich liegen, nimmt die **Altersgruppe der unter 20-Jährigen** von 2010 bis 2030 um mehr als 20 % ab. Der verdichtete Bereich ist diesbezüglich vom Anteil der Verbandsgemeinden etwas weniger stark betroffen: Im verdichteten Bereich weisen 71 % der Verbandsgemeinden einen ebenso hohen Rückgang auf: Nur in elf Gebietskörperschaften gibt es hier einen etwas geringeren Rückgang zwischen 10 und 20 %.

In absoluten Zahlen verliert der hochverdichtete Bereich von 2010 bis 2030 rd. 3.900 Einwohner unter 20 Jahren und der verdichtete Bereich mit 28.000 mehr als der ländliche Bereich mit 22.200.

Dies entspricht im hochverdichteten Bereich einem Rückgang dieser Altershauptgruppe von 12,6 %, im verdichteten Bereich von 22,8 % und im ländlichen Bereich von 25 %.

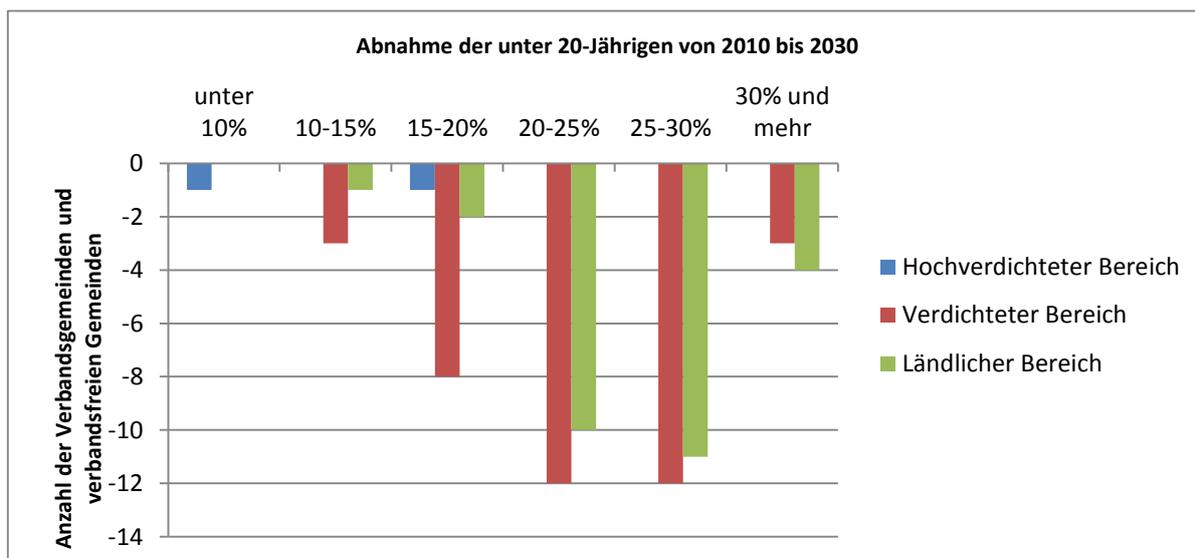


Abb. 20: Bevölkerungsabnahme 2010 bis 2030 in der Hauptaltersgruppe der unter 20-Jährigen nach Zugehörigkeit der Verbandsgemeinden zur Raumstruktur

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen

Fünf der insgesamt sieben stärksten Rückgänge (über 25 %) der **Altersgruppe der 20-64-Jährigen** betreffen Verbandsgemeinden im ländlichen Bereich.

Von den insgesamt 35 Gebietskörperschaften, in denen diese Altersgruppe überdurchschnittlich –d.h. mehr als 18,1 %- abnimmt, liegen jeweils zur Hälfte im verdichteten bzw. im ländlichen Bereich; eine Gebietskörperschaft liegt im hochverdichteten Bereich.

Von 2010 bis 2030 wird sich die absolute Zahl der 20-64-Jährigen im hochverdichteten Bereich um 15.100, im verdichteten Bereich um 62.600 und im ländlichen Bereich um 50.700 verringern.

Dies entspricht im hochverdichteten Bereich einem Minus dieser Altershauptgruppe von 14,8 %; der verdichtete Bereich wird 16,9 % verlieren. Besonders gravierend ist der Rückgang im ländlichen Bereich. Dieser muss über den 20-Jahres-Zeitraum einen Rückgang von 19,2 % verkraften.

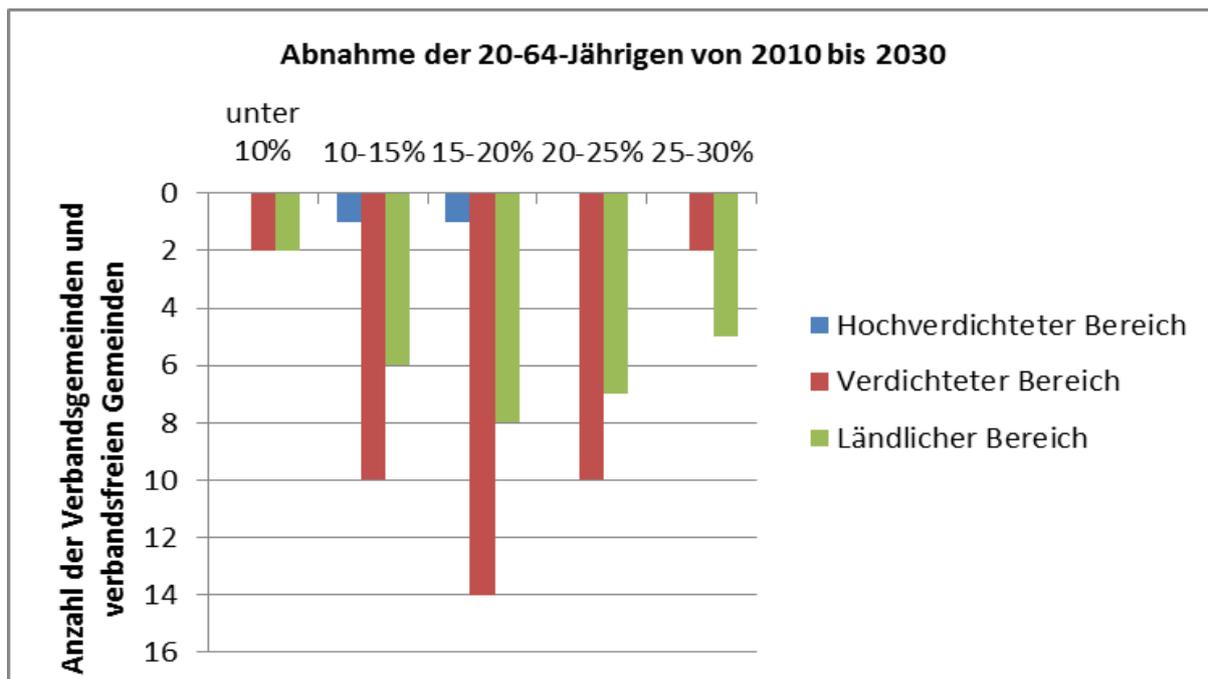


Abb. 21: Bevölkerungsabnahme 2010 bis 2030 in der Hauptaltersgruppe der 20-64-Jährigen nach Zugehörigkeit der Verbandsgemeinden zur Raumstruktur

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen

Bei der Altershauptgruppe der über 65-Jährigen, d.h. die in der Regel nicht mehr Beschäftigten, werden sieben Gebietskörperschaften Zuwächse von über 50 % verzeichnen; drei dieser Verbandsgemeinden liegen im ländlichen Bereich, die anderen -auch der Spitzenreiter mit rd. 120 %- im verdichteten Bereich.

Von den 28 Verbandsgemeinden im ländlichen Bereich haben genau $\frac{3}{4}$ der Gebietskörperschaften Zuwächse in dieser Altershauptgruppe von über 20 %; bei den Verbandsgemeinden im verdichteten Bereich liegt dieser prozentuale Anteil mit rd. 79 % noch etwas höher.

Die einzige Verbandsgemeinde, in der eine Abnahme der über 65-Jährigen prognostiziert ist, liegt im verdichteten Bereich.

Von 2010 bis 2030 erhöht sich die absolute Zahl der über 65-Jährigen im hochverdichteten Bereich geringfügig um ca. 300, im verdichteten Bereich dagegen deutlich um 34.800 und am stärksten im ländlichen Bereich um über 41.200.

Damit verzeichnet der hochverdichtete Bereich nur ein leichtes Plus von 3,7 %. Der verdichtete Bereich zeigt einen deutlichen Zuwachs von 20,9 %.

Im ländlichen Bereich der Region wird die Altershauptgruppe der über 65-Jährigen um mehr als doppelt so viel, nämlich um 46 %, zunehmen.

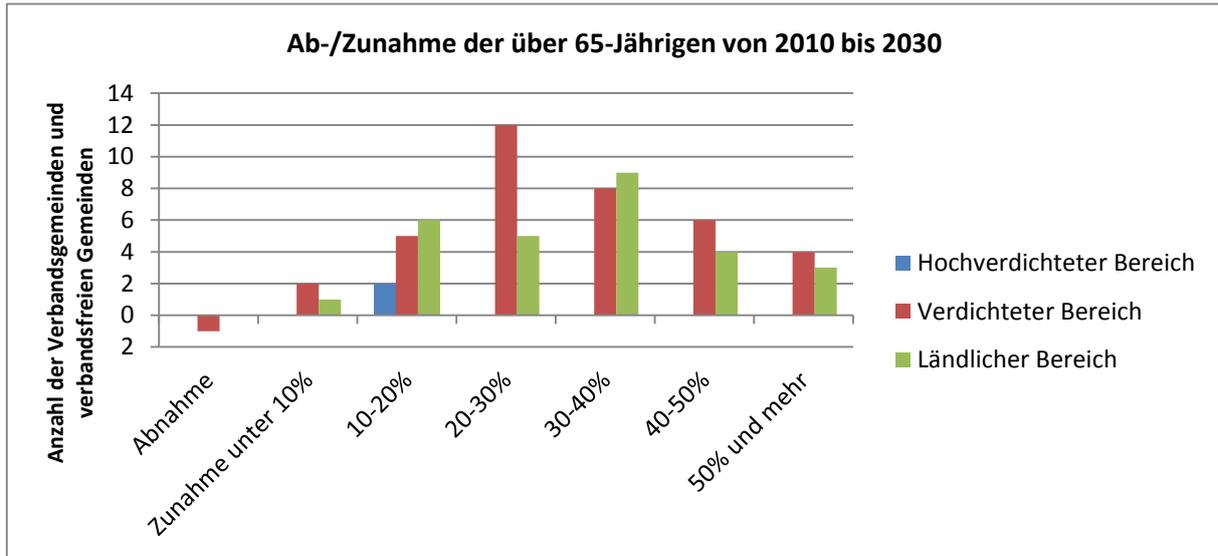


Abb. 22: Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 in der Hauptaltersgruppe der über 65-Jährigen nach Zugehörigkeit der Verbandsgemeinden zur Raumstruktur

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen

Insgesamt wird sich zukünftig in der Region Mittelrhein-Westerwald die „demographische Schere“ zwischen fehlenden Jugendlichen und zunehmenden höheren Altersgruppen am stärksten in den ländlichen Bereichen öffnen.

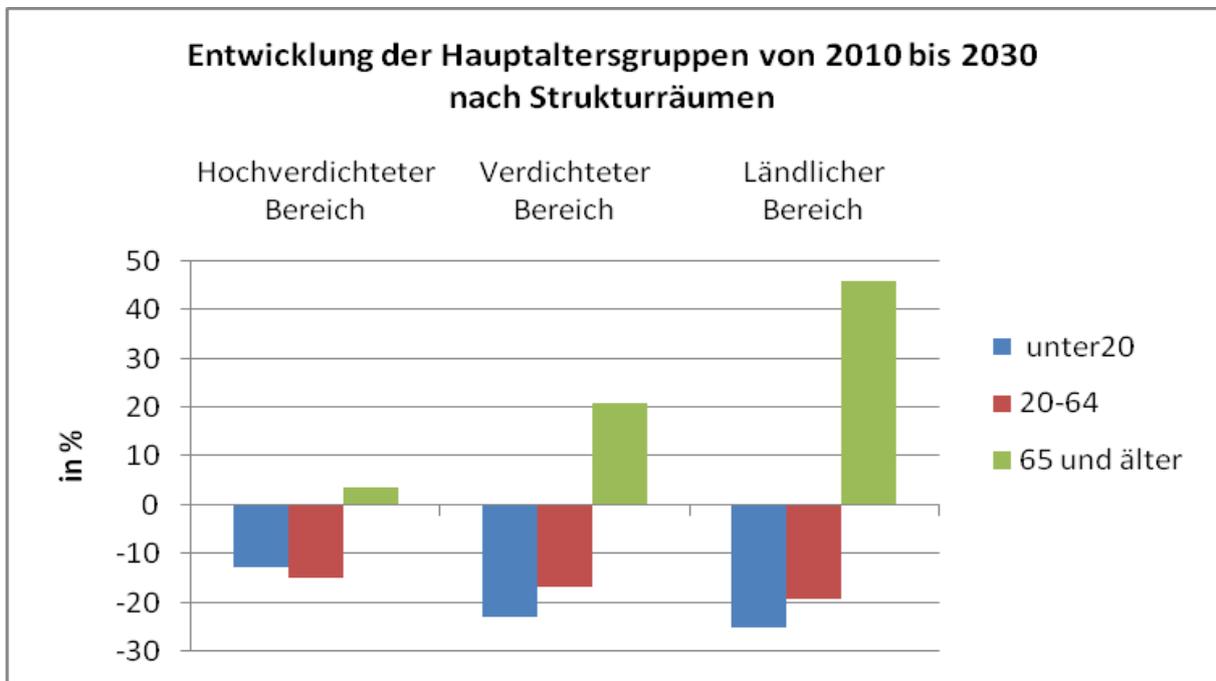


Abb. 23: Entwicklung der Hauptaltersgruppen von 2010 bis 2030 nach Strukturräumen

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen

Weitere Analysen und Handlungsableitungen

Detaillierte bzw. weitere Analysen stellt das Statistische Landesamt auch online zur Verfügung.

Zudem können die Ergebnisse der Vorausberechnung in einem interaktiven Berichtssystem für die Kreis- und Verbandsgemeindeebene in Form von Karten, Grafiken und Tabellen erstellt werden (siehe nachfolgende Abbildung).²⁸

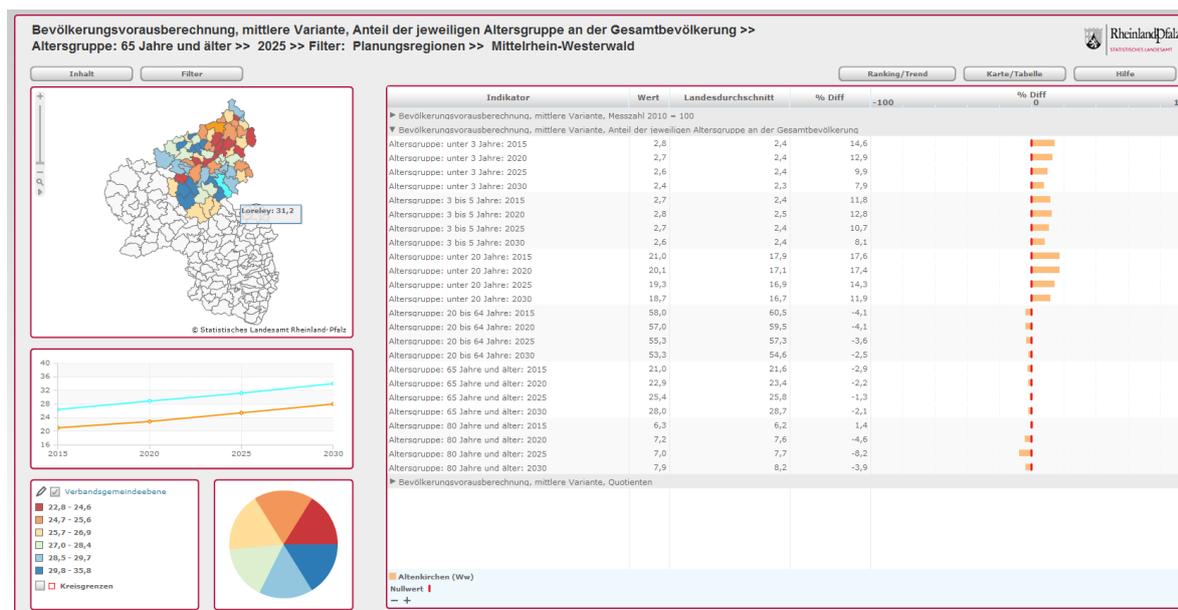


Abb. 24: Beispielhafte interaktive Darstellung der Bevölkerungsvorausberechnung auf Ebene der Verbandsgemeinden

Quelle: http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/demografie/Karten/Instant-Atlas_Vg_Ebene/atlas.html , Abruf 15/01/2013

Da die im Raumordnungsbericht 2007 im Zusammenhang mit der Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung getroffenen Aussagen auch mit Blick auf die aktualisierte Modellrechnung weiterhin gültig sind bzw. auf diese zutreffen, werden diese nachstehend zitiert:²⁹

„Aus dieser demographischen Entwicklung ergeben sich insbesondere für die Gesellschaft, die sozialen Sicherungssysteme, den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, die Wirtschaft, den Dienstleistungssektor sowie die Infrastruktursysteme und –einrichtungen vielfältige und ausgeprägtere Auswirkungen, die nicht nur absehbar, sondern auch schon spürbar sind und einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Mittel verlangen.“

Stichworte hierfür sind insbesondere

- verringerte Nachfrage im Kindergarten- und Grundschulbereich sowie differenziert im Bereich der weiterführenden Schulen und Hochschulen [...]
- erhöhter Bedarf an Einrichtungen für ältere, hochbetagte und pflegebedürftige Menschen³⁰;

²⁸ <http://www.statistik.rlp.de/staat-und-gesellschaft/demografischer-wandel/karten/> , Abruf 15/01/2013.

²⁹ Regionaler Raumordnungsbericht 2007, Kap. I.2, S. 17 f.

- *verringertes und altersstrukturell verändertes Erwerbstätigenpotenzial, Fachkräftemangel³¹;*
- *geringere Kaufkraftpotenziale und modifizierte Nachfragestrukturen;*
- *Kostenanstieg in den sozialen Sicherungssystemen;*
- *Veränderungen in den Finanzhaushalten;*
- *Verringerung bzw. Veränderung der Auslastung und Tragfähigkeit von öffentlichen und privaten Infrastrukturen, Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen;*
- *Veränderungen und zunehmende Leerstände im Wohnungsmarkt sowie Stadtumbau u.v.m.*

Zudem wird sich die Bevölkerungsentwicklung einschließlich der Wanderungsbewegungen nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich differenziert ausprägen und z.T. bestehende räumliche und teilregionale Disparitäten verstärken.

Damit sind neben Auswirkungen auf und Handlungserfordernisse für die jeweiligen allgemeinen politischen Handlungsfelder auch solche auf die landes- und regionalplanerisch sowie regionalentwicklungspolitisch zu steuernde Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruktur gegeben.

Schlagworte dazu sind z.B. Modifizierung des Zentrale-Orte-Konzeptes und (freiwillige) interkommunale Kooperation im Hinblick auf die Sicherung und Erreichbarkeit der zentralörtlichen Ausstattungen und Infrastrukturen sowie Siedlungsflächenpolitik.

Mit der aufgezeigten demographischen Entwicklung werden auch in Anlehnung an die o.g. Stichworte Verschiebungen in den Strukturdaten und Kennziffern der nachfolgenden Kapitel einhergehen.³²

Auf Grund der sich verstärkenden demographischen Entwicklung hat sich allerdings der Handlungsdruck in vorgenannten Themenfeldern erhöht.

Möglichkeiten der Gestaltung der Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels aus überregionaler Sicht sind für die wesentlichen Themenfelder z.B. im Raumordnungsbericht des Landes 2008 skizziert.³³

Darin wird auch Bezug genommen auf die planerischen Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms LEP IV 2008, die in den regionalen Raumordnungsplänen umzusetzen sind. Hierzu gehören insbesondere die Beachtung der demografischen Entwicklung bei allen Planungen (Demografie-Check), das Zentrale Orte-Konzept und kommunale Kooperationen sowie das Themenfeld Siedlungsentwicklung.

Die Umsetzung dieser Themenfelder trägt zum übergeordneten Ziel der Schaffung bzw. Erhaltung gleichwertiger Lebensbedingungen und einer nachhaltigen Entwicklung im Land und den Teilregionen bei.

³⁰ Auf Grund der höheren Lebenserwartung wird die Zahl der pflegebedürftigen Frauen weitaus höher sein wie die der Männer.

³¹ Soweit die Erwerbsbeteiligung unverändert bleibt, wird die Abnahme der Erwerbstätigen in der Relation langfristig die Bevölkerungsabnahme übertreffen.

³² Auch in diesem Zusammenhang wird verwiesen auf die beim Statistischen Landesamt vorhandenen Analysen; die Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsvorausberechnung und regionale Auswirkungen des demographischen Wandels sind auch auf der dortigen Internetseite unter <http://www.statistik.rlp.de> abrufbar. (...)

³³ Ministerium des Innern und für Sport -Oberste Landesplanungsbehörde- (Hrsg.): Raumordnungsbericht 2008, Mainz, April 2009, Kap. I 1.6.

Im Fortschreibungsentwurf des regionalen Raumordnungsplans 2011 sind hierzu im Wesentlichen die Ausweisung von Grundzentren im grundzentralen Verbund sowie die Einführung von Schwellenwerten für die weitere Wohnbauflächenentwicklung unter Einbeziehung der Vorgabe Innen- vor Außenentwicklung aufgenommen.

Für den Regionalplanentwurf wird im Zuge der laufenden Fortschreibung auch die nunmehr seitens des Statistischen Landesamtes vorgelegte aktualisierte Bevölkerungsprognose für die Ebene der Verbandsgemeinden bis 2030 zu Grunde zu legen sein.

Auf Ebene der kreisfreien Stadt und der Landkreise der Region Mittelrhein-Westerwald gibt es z.T. eigene Gutachten und Strategien im Zusammenhang mit den Herausforderungen und Chancen des demographischen Wandels.

Beispielhaft sei genannt das Projekt „ZukunftsIdeen - innovative Daseinsvorsorge durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien nachhaltig gestalten im Rhein-Hunsrück-Kreis“. Der Landkreis, dessen Verbandsgemeinden sowie die verbandsfreie Stadt Boppard verknüpfen miteinander die Themenfelder Daseinsvorsorge und Wertschöpfung aus der regenerativen Energieerzeugung unter Einbeziehung der Bevölkerung. Auf einer Plattform werden den Gemeinden Handlungsansätze zur Gestaltung des demographischen Wandels in mehreren Bereichen, z.B. bei der schulischen und medizinischen Versorgung, im Einzelhandel sowie bei der Mobilität, aufgezeigt.³⁴

Den Kommunen kommt eine vielfältige Rolle bei der Bewältigung des demographischen Wandels zu. Bei der städtebaulichen Entwicklung gilt dies sowohl bei der Ortsinnenentwicklung, als auch bei einer weiteren Außenentwicklung. Beispielsweise ist im Zusammenhang mit einer weiteren -im Rahmen der Vorgaben der Landes- und Regionalplanung bedarfsgerechten- Bereitstellung von Wohnbauland dessen wirtschaftliche Tragfähigkeit besonders zu prüfen.

Eine Hilfestellung hierzu kann z.B. das derzeitige Modellprojekt des Landes, „Folgekostenrechner Rheinland-Pfalz“, bieten, der die demografische Entwicklung und die vorhandene Infrastruktur berücksichtigt. Vorgesehener Projektabschluss ist im Laufe des Jahres 2013.

Zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme bzw. als Instrument für ein Flächenmanagement sei auch auf das Projekt Raum plus verwiesen.³⁵

Weitere Landesprojekte und von der demographischen Entwicklung berührte Themenfelder sowie Ausführungen zu Demografiecheck und -strategie des Landes sind dem Internetauftritt des Demografieministeriums entnehmbar.³⁶

Es gilt, den demografischen Wandel nicht nur als Herausforderung zu sehen, sondern auch mit seinen Chancen wahrzunehmen und aktiv zu gestalten.

Dabei hängt die Zukunftsfähigkeit der Kommunen nicht nur von der demographischen Entwicklung, sondern von einer Vielzahl anderer Faktoren ab.

³⁴ www.zukunftsideoen.de, Abruf 15/01/2013.

³⁵ <http://www.mwkel.rlp.de/Bodenschutz/Flaecheninanspruchnahme-Flaechenmanagement/>, Abruf 15/11/2012. Siehe auch vorliegendes Kap. II 2.2.3.

³⁶ <http://msagd.rlp.de/demografie/>, Abruf 15/11/2012. Siehe zudem z.B. „Zukunftsradar 2030 - Demographischer Wandel“ der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) e.V. unter www.zirp.de, Abruf 15/11/2012. Auch auf bundesweite und europäische Ansätze zum demographischen Wandel kann im vorliegenden Raumordnungsbericht indes nicht weiter eingegangen werden.

So macht das z.B. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Rahmen einer Expertise Schrumpfung und Wachstum als mehrdimensionalen Prozess an sechs Indikatoren fest:

- Bevölkerungsentwicklung in % der letzten fünf Jahre,
- Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohner (Dreijahresdurchschnitt),
- Arbeitsplatzentwicklung in % der letzten fünf Jahre,
- Arbeitslosenquote (Zweijahresdurchschnitt),
- Realsteuerkraft in Euro je Einwohner (Zweijahresdurchschnitt),
- Kaufkraft in Euro je Einwohner.³⁷

In einer externen Studie des Berlin-Institutes zur Zukunft der Dörfer werden zur Bewertung der demographischen Zukunftsfähigkeit von Dörfern verschiedene Kriterien zu Grunde gelegt, neben der Einwohnergrößenklasse u.a. die Einwohnerentwicklung, Leerstände im Ortskern und Fahrtzeiten zum nächsten Oberzentrum.³⁸ Die Studie benennt -vor dem Hintergrund der demographischen Analyse von Gemeinden in Thüringen und Hessen- verschiedene Handlungsvorschläge für eine Zukunft des ländlichen Raumes, wie z.B. aktives Flächenmanagement, die Nutzung der Energiewende für die wirtschaftliche Erneuerung des ländlichen Raumes bis hin zur Einrichtung von Fonds für den Rückbau von Dörfern.³⁹

Auswirkungen der -sich auch gegenseitig verstärkenden- Aspekte wie zunehmender Geburtenrückgang, Überalterung, Abwanderung, Unterauslastung von Infrastrukturen, Verringerung der Finanzmittel werden auch in der Raumanalyse zum Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal thematisiert.

Danach sind „Arbeitsplatz- und Attraktivitätsverluste durch Abwanderung oder Aufgabe von Unternehmen, der Wegzug v. a. junger Menschen aus den strukturschwachen Orten in die Ballungsräume und hohe Arbeitspendlerquoten, die Überalterung der Dagebliebenen und die ausbleibende Zuwanderung sowie der allmähliche Rückgang der Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen in der Fläche (...) z. T. heute bereits in einigen Teilen des Welterbes Oberes Mittelrheintal Realität. Bei Fortsetzung dieser tiefgreifenden Veränderungen zusammen mit abnehmenden staatlichen und kommunalen Finanzierungsspielräumen ist damit zu rechnen, dass langfristig ganze Siedlungs- und Sozialstrukturen wegbrechen können.“⁴⁰

Im weiteren Zusammenhang wird dort aufgezeigt, dass u.a. „Standards wie z. B. zur Sicherung der Daseinsgrundfunktionen zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen neu zu bewerten sein (werden), um Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen auch in Zukunft erreichbar, tragfähig und bezahlbar realisieren zu können.“⁴¹

Im nachfolgenden Kapitel des vorliegenden Raumordnungsberichtes wird u.a. die infrastrukturelle Versorgung in den Nahbereichen thematisiert.

³⁷ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn, 2012. Unter <http://www.bbsr.bund.de> können verschiedene interaktive Anwendungen gestartet werden, die verschiedene Regionalprofile mit Strukturindikatoren bis auf Ebene der Verbandsgemeinden aufzeigen. Abruf 15/11/2012.

³⁸ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Die Zukunft der Dörfer; Berlin, November 2011; siehe www.berlin-institut.org, Abruf 15/11/2012; S.46 ff.

³⁹ Ebenda, S. 72 ff.

⁴⁰ Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal – Herausforderungen und Visionen für die zukünftige Entwicklung, Mainz, Februar 2013; s. dortige Anlage II A Raumanalyse, Kap. 2.8, S.35.

⁴¹ Ebenda, S. 36.

II. Nachhaltige Regionalentwicklung

1. Leistungsfähige Gesellschaft ausbauen

1.1 Erwerbstätigkeit

Mit rd. 428.200 Personen wohnte 2011 knapp ein Drittel der landesweit 1,379 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald. In den Jahren 2006 bis 2011 wuchs die Zahl der Beschäftigten deutlich um jeweils 7 %. Somit konnte die Planungsregion Mittelrhein-Westerwald von der guten Arbeitsmarktlage in gleicher Weise profitieren wie das Land.

Den höchsten absoluten Anstieg der Beschäftigungszahlen konnte von 2006 bis 2011 mit einem Zuwachs von 3.285 zusätzlichen Arbeitsplätzen die kreisfreie Stadt Koblenz erreichen. Dies entspricht einer Steigerung um 10,5 %. Unter den Landkreisen weist Mayen-Koblenz mit zusätzlichen 7,7 % sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die höchste Bilanz auf, die damit über dem Regions- und Landesdurchschnitt lag. Deutlich unterdurchschnittlich, wenn auch ebenfalls mit Zuwächsen, verlief die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den Landkreisen Cochem-Zell und Rhein-Lahn-Kreis.

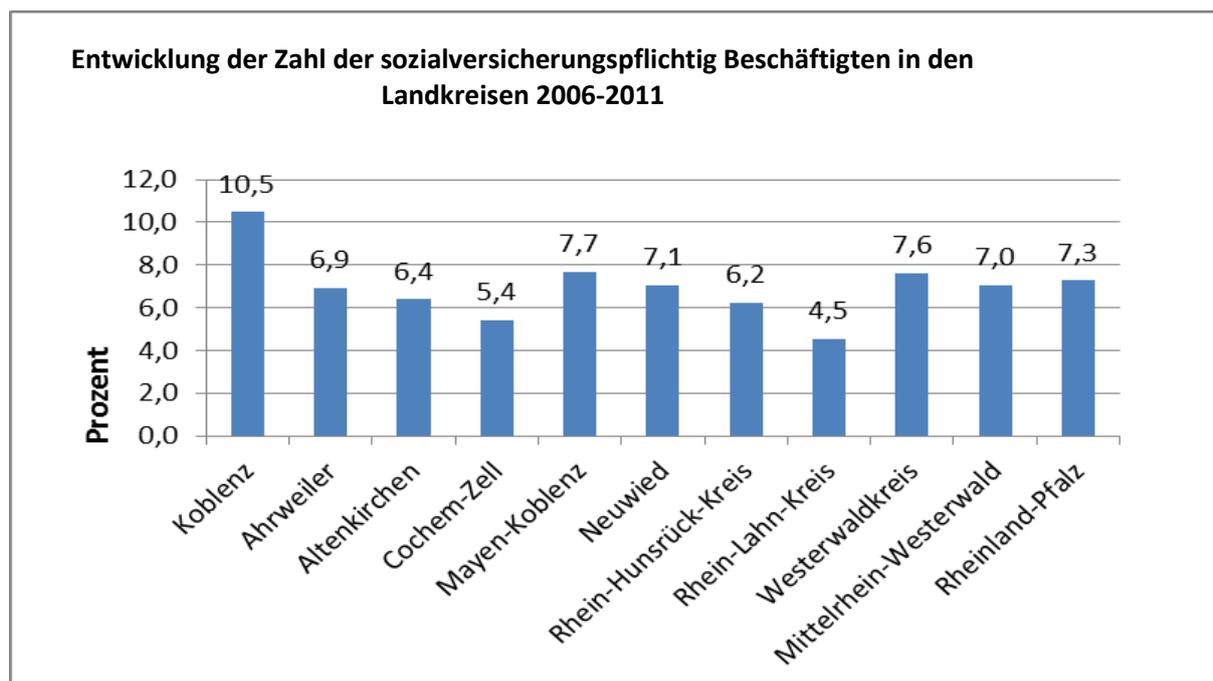


Abb. 25: Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Landkreisen 2006-2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Auf Verbandsgemeindeebene konnte Puderbach mit 11,2 % die größten Zuwächse an Arbeitsplätzen verzeichnen. Den tatsächlich größten Gewinn an Arbeitsplätzen konnte – abgesehen von Koblenz – Neuwied erreichen. Hier entstanden 1330 zusätzliche Arbeitsplätze. Insgesamt konnte jede Gemeinde von 2006 bis 2011 Arbeitsplätze gewinnen.

Differenziert nach Strukturtyp konnte der hochverdichtete Bereich um die Zentren Koblenz und Neuwied mit durchschnittlich 8,5 % die größten Beschäftigtenzuwächse verzeichnen. Der ländliche Raum wies mit durchschnittlich 6,3 % ein geringes Wachstum auf als der verdichtete Raum mit 6,5 %.

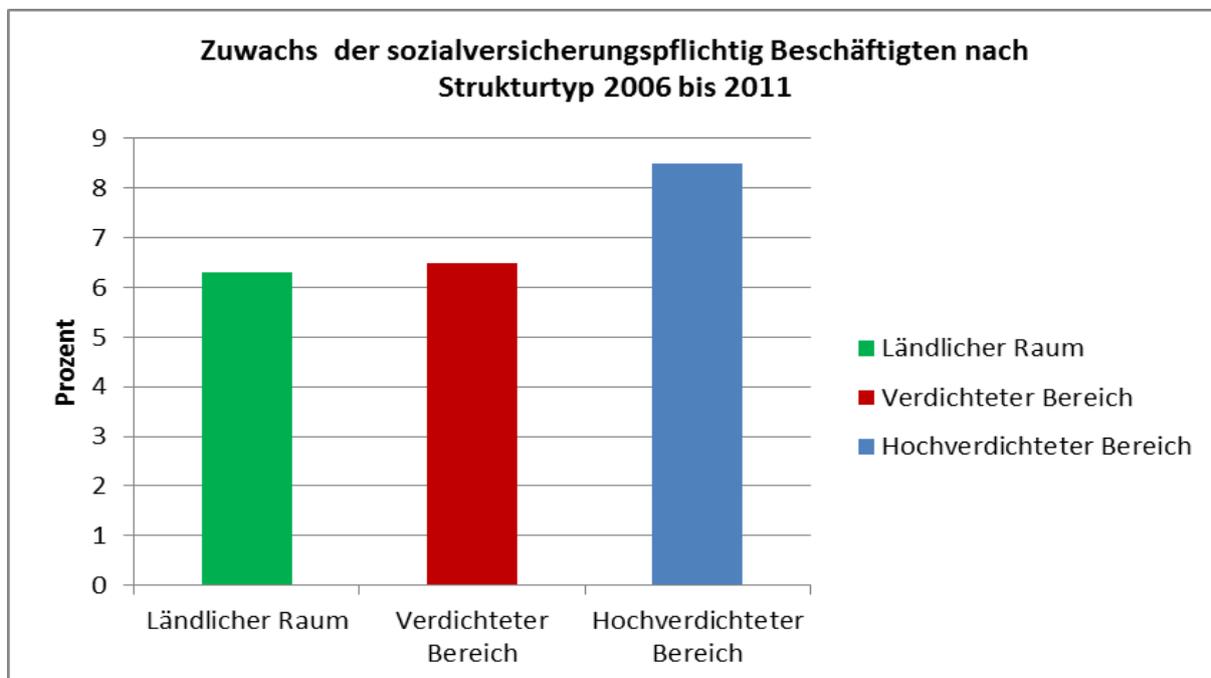


Abb. 26: Zuwachs der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Strukturtyp 2006 bis 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Die Zuwächse bei den Beschäftigtenzahlen resultieren jedoch vor allem aus einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigung. Sowohl in der Region als auch im Land gingen 2011 ca. 22 % mehr Teilzeitbeschäftigte einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach als noch im Jahr 2006. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten stieg dagegen im gleichen Zeitraum um nur jeweils rd. 4 %.

Damit verschob sich auch der prozentuale Anteil der Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigtenzahl um rd. 2 % zugunsten der Teilzeitbeschäftigten. Diese stellen nunmehr ein Fünftel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowohl in der Planungsregion als auch im Land.

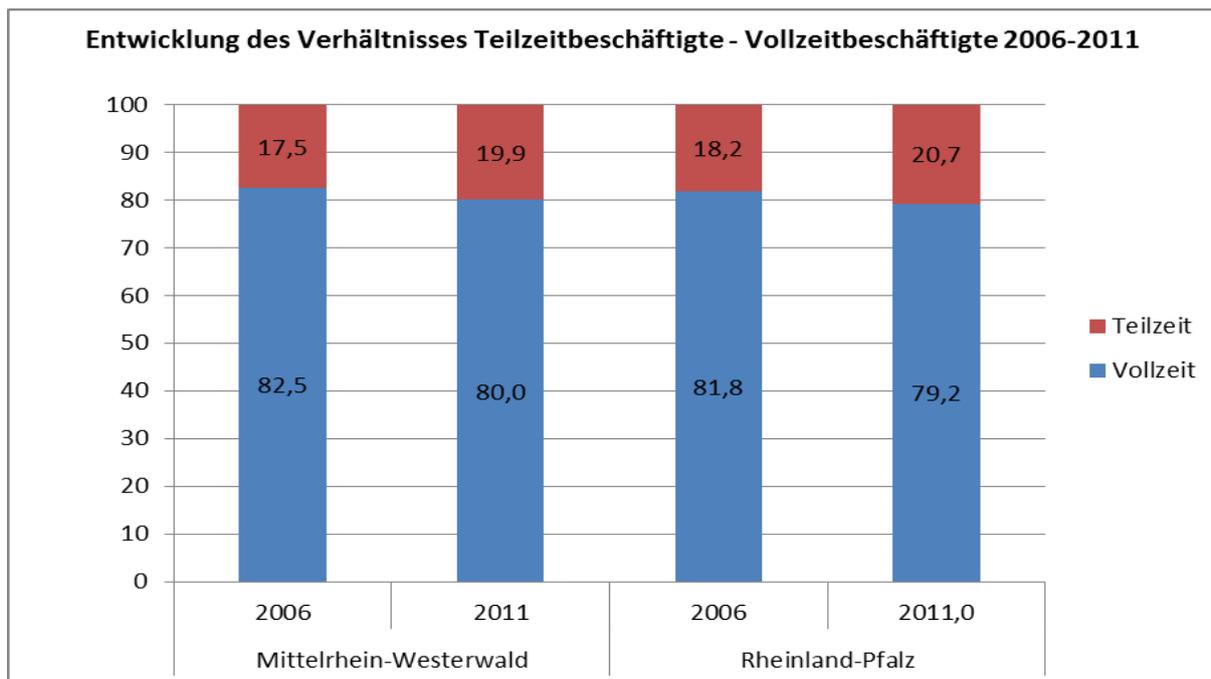


Abb. 27: Entwicklung des Verhältnisses Teilzeitbeschäftigte – Vollzeitbeschäftigte 2006 bis 2011 in der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald und in Rheinland-Pfalz in Prozent

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Besonders deutlich wird die zunehmende Bedeutung der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten in den Landkreisen Ahrweiler, Cochem-Zell, Rhein-Lahn-Kreis und Rhein-Hunsrück-Kreis. Während die Teilzeitbeschäftigten von 2006 bis 2011 in den Landkreisen Ahrweiler und Rhein-Hunsrück-Kreis einen Zuwachs von 25,3 % bzw. 24,8 % verzeichnen konnten, erhöhte sich der Anteil der Vollzeitbeschäftigten um nur 2,9 % bzw. 2,4 %. Die Landkreise Cochem-Zell und Rhein-Lahn-Kreis konnten nahezu ausschließlich Zuwächse der Teilzeitbeschäftigten verzeichnen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitarbeitsplätze stagnierte dagegen weitgehend. Hier konnten nur 285 bzw. 506 Arbeitsplätze gewonnen werden.

Ausgeglichenere zeigt sich das Verhältnis in Koblenz. Von den 3.285 zusätzlichen Arbeitsplätzen entfallen 2033 auf Vollzeitarbeitsplätze und 1.231 auf Teilzeitarbeitsplätze. Damit stieg auch in Koblenz analog zur Entwicklung in Land und Region der Anteil der Teilzeitbeschäftigten mit einem Plus von 18,5 % überproportional im Vergleich zum Anteil der Vollzeitbeschäftigten (+8,2 %); dennoch entstanden in Koblenz überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze im Vollzeitzbereich.

Insgesamt spiegelt die Entwicklung der Planungsregion die Entwicklung im Land wieder.

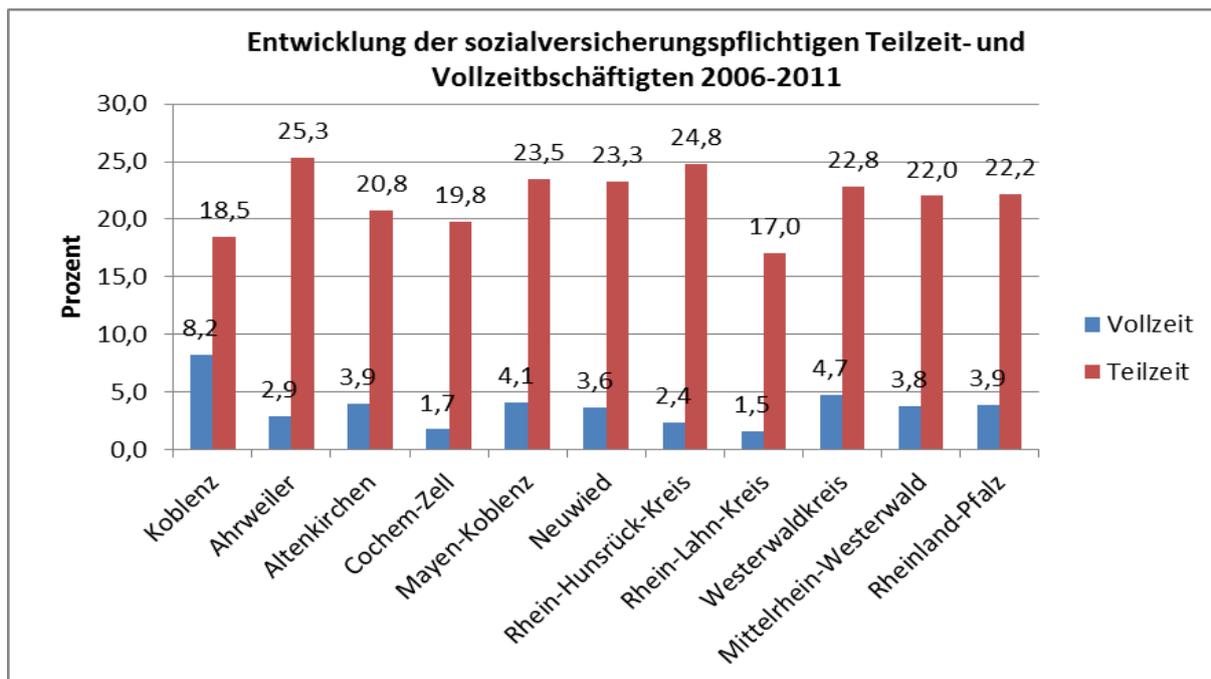


Abb. 28: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten in den Landkreisen 2006 bis 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Ein geschlechtsspezifischer Vergleich zeigt, dass von der günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt von 2006 bis 2011 Frauen in stärkerem Umfang als Männer profitieren konnten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig erwerbstätigen Frauen verzeichnete einen Zuwachs von 9 %, die der Männer dagegen nur von 5,5 %. Die Entwicklung in der Region spiegelt somit auch die Entwicklung im Land wieder. Insgesamt waren in der Region 2011 15.851 Frauen und 12.287 Männer mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als 2006.

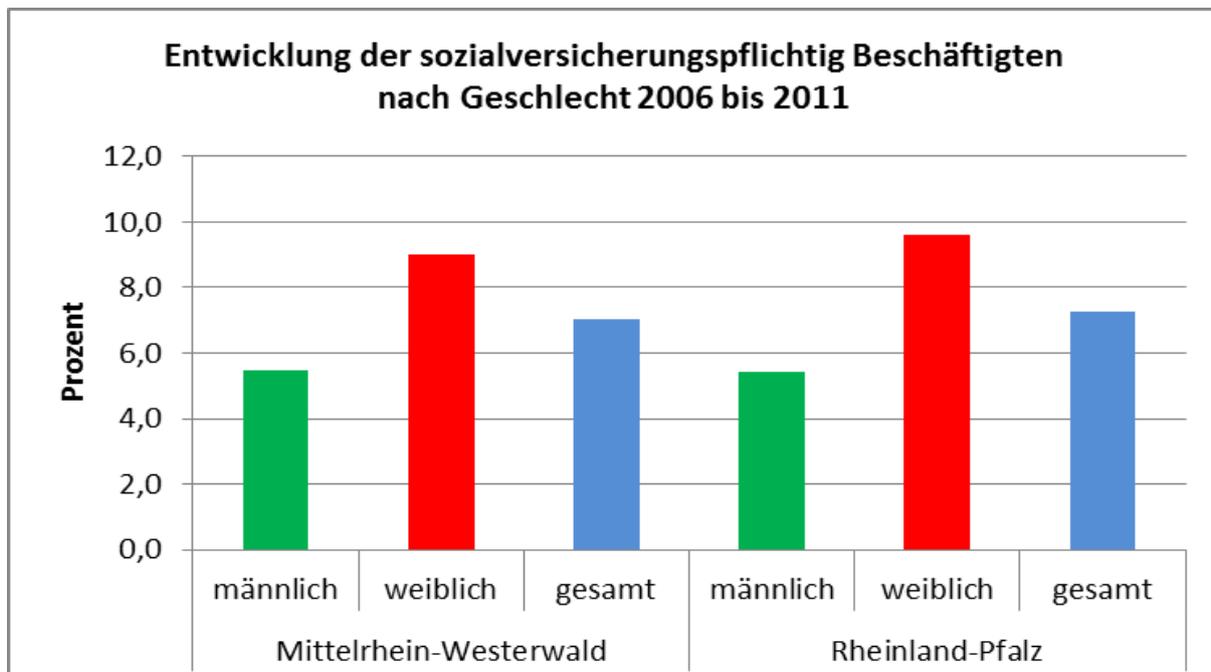


Abb. 29: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Geschlecht in der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald und Rheinland-Pfalz 2006 bis 2011 in Prozent

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Auch in den Landkreisen stieg der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen stärker als der der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer. Lediglich in Koblenz zeigte sich mit einer Zunahme von 10,6 % der männlichen Beschäftigten zu 10,4 % der weiblichen Beschäftigten ein ausgeglichenes Bild.

Der Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich durch diese Entwicklung leicht gegenüber dem Jahr 2006. Während in der Region 2006 im Durchschnitt 43,9 % der Beschäftigten Frauen waren, lag dieser 2011 bei 44,7 %.

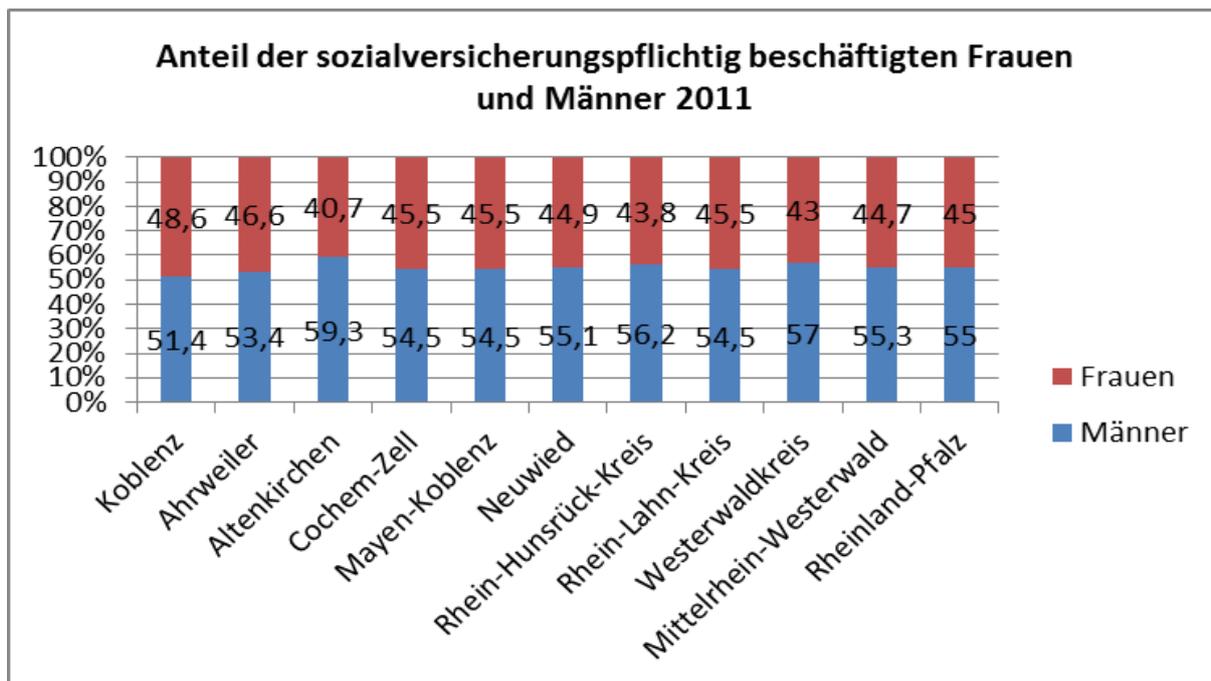


Abb. 30: Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männern in der kreisfreien Stadt und in den Landkreisen 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Auffallend ist der hohe Zuwachs an männlichen Teilzeitbeschäftigten. Im Bereich der Teilzeitarbeit konnten diese in der Planungsregion um 33,2 % zulegen. Frauen konnten dagegen lediglich Zuwächse von 20,4 % verzeichnen. Dennoch waren auch 2011 nur 5 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer teilzeitbeschäftigt (2006: 4 %). Dagegen sind knapp 39 % der Frauen teilzeitbeschäftigt (2006: 34,7 %).

Bezogen auf die Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ergibt sich folgende Verteilung:

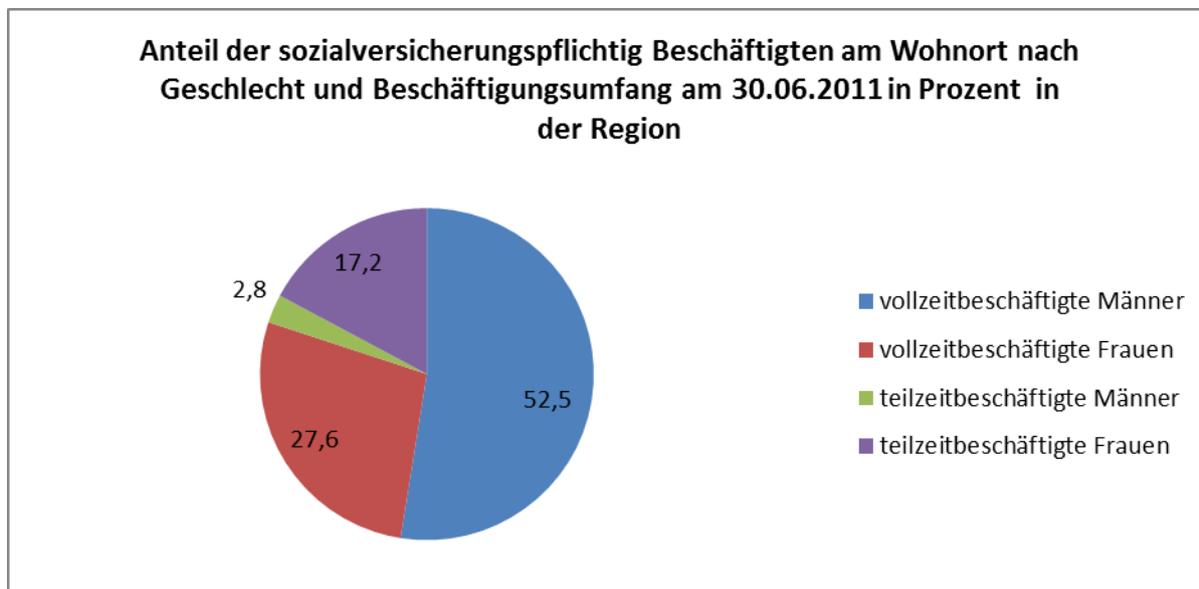


Abb. 31: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort nach Geschlecht und Beschäftigungsumfang 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Die diesbezüglich jeweils höchsten Anteile haben bei den männlichen Vollzeitbeschäftigten Hamm (Sieg) mit nahezu 60 %, bei den weiblichen Vollzeitbeschäftigten Bad Neuenahr-Ahrweiler mit 32 % sowie bei den männlichen Teilzeitbeschäftigten Koblenz mit 4,6 % und bei den weiblichen Teilzeitbeschäftigten Ulmen mit 20,6 %.⁴²

Die Anzahl der Nichtdeutschen unter der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort hat von 2006-2011 regionsweit um 16,1 % zugenommen und lag damit 2,4 %-Punkte unter dem Landesdurchschnitt.

⁴² Ohne Angaben in den Datengrundlagen: Herdorf und Daaden.

1.2 Bildung

Entwicklung der Schülerzahlen

Die Entwicklung der Schülerzahlen in der Region Mittelrhein-Westerwald zeigte in den Jahren 2007/2008 und 2011/2012 einen deutlichen Rückgang.

Mit einem Rückgang der Schülerzahlen um -7,8 % (sowohl bei schulstandortbezogener Betrachtung als auch bei Betrachtung der Schüler am Wohnort) zeigen sich die Auswirkungen der demographischen Entwicklung in der Region stärker als im Landesschnitt. Im rheinland-pfälzischen Durchschnitt sanken die Schülerzahlen (sowohl am Wohnort als auch am Schulstandort) um -6,8 %.

Auf Ebene der Landkreise und der kreisfreien Stadt Koblenz sind deutliche Unterschiede festzustellen:

Die geringsten Verluste von Schülern am Wohnort musste Koblenz hinnehmen (-3,7 %). Von den Landkreisen wies Mayen-Koblenz mit -5,6 % den geringsten Rückgang auf. Deutlich stärker sanken die Schülerzahlen in den Landkreisen Cochem-Zell, Rhein-Lahn-Kreis, Ahrweiler und Altenkirchen mit mindestens 9 %.

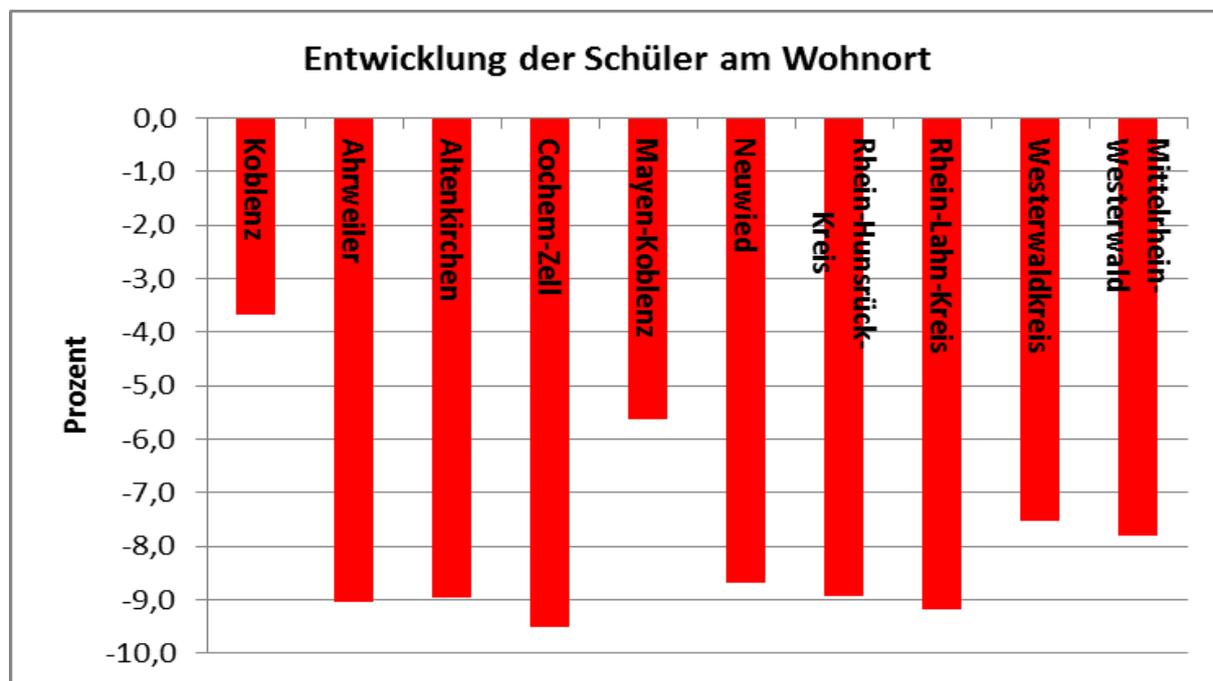


Abb. 32: Entwicklung der Schüler am Wohnort 2007/08 bis 2011/121

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Die natürliche Entwicklung der Schülerzahlen am Wohnort ist hierbei auf Landkreisebene oftmals nicht deckungsgleich mit der Entwicklung der Schülerzahlen am Schulstandort.

So kann der natürliche Rückgang der Schülerzahlen in Koblenz und den Landkreisen Altenkirchen, Rhein-Lahn-Kreis, Westerwaldkreis und Ahrweiler zumindest teilweise durch eine Zuwanderung aus benachbarten Landkreisen ausgeglichen werden. Die Schülerzahlen am Schulstandort sinken weniger stark als die Schülerzahlen am Wohnort.

In den übrigen Landkreisen leiden die Schulstandorte über die natürliche Entwicklung hinaus an Schülerschwund.

Gründe für die kreisgrenzenunabhängige Schulwahl könnten auf eine größere Attraktivität oder bessere Erreichbarkeit bestimmter Schularten in benachbarten zentralen Orten zurück zu führen sein.

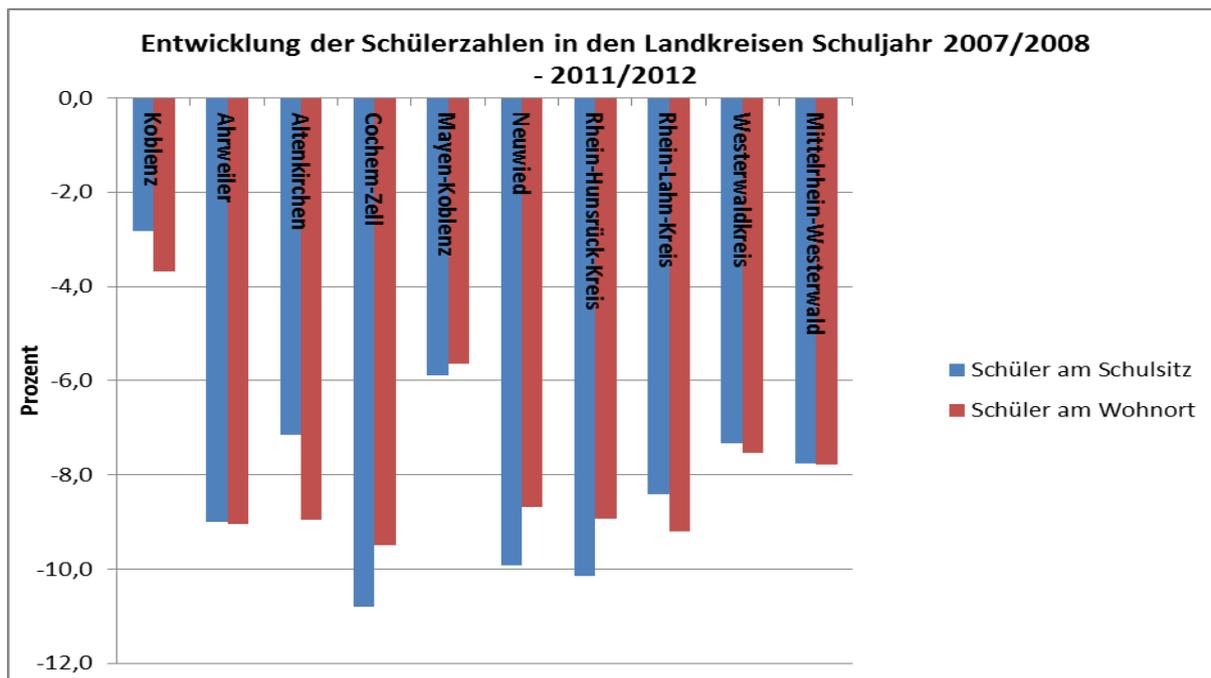


Abb. 33: Entwicklung der Schülerzahlen in den Landkreisen am Wohnort und am Schulsitz 2007/08 bis 2011/12

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Aufgrund der Schulreform in Rheinland-Pfalz und der damit verbundenen, bereits vielerorts durchgeführten Erweiterung der Hauptschulen zur Realschule plus ist ein Vergleich der heutigen Schulstandorte mit dem Basisjahr 2006/2007 des Regionalen Raumordnungsberichtes 2007 nur bedingt möglich.

Die Zahl der Gymnasien in der Region ist im Vergleich zum Vorbetrachtungszeitraum von 41 Standorten auf 43 gestiegen, ebenso die Zahl der Regionalen Schulen mit 29.

2011/2012 verbleiben 9 Hauptschulen (2006/2007: 33) und 10 Realschulen (2006/2007: 40). Zusätzlich wurden 63 Realschulen plus eingeführt.

Im Zeitraum der Schuljahre 2007/2008 -abweichend vom Basisjahr 2006/2007 des Regionalen Raumordnungsberichtes- bis 2011/2012 sank die Gesamtzahl der Schulen um 18 auf 508. Die Zahl der Grundschulen in der Region stieg von 300 auf 310.

Absolventen der allgemeinbildenden Schulen (am Schulstandort)

2011/12 verließen 13.951 Schüler (2006/2007: 15.200 Abgänger) die allgemeinbildende Schule, davon 6,2 % (868 Schüler) ohne Schulabschluss. Damit sank der Anteil der Abgänger ohne Schulabschluss seit dem Schuljahr 2006/2007 durchschnittlich um 2 %. Den geringsten Anteil an Schulabgängern ohne Abschluss wies erneut der Landkreis Ahrweiler mit 4,1 % (2006/2007: 5 %) auf. Die Landkreise Cochem-Zell, Neuwied, Rhein-Lahn-Kreis, Westerwaldkreis und auch Koblenz hatten überdurchschnittlich viele Abgänger ohne Abschluss zu verzeichnen.

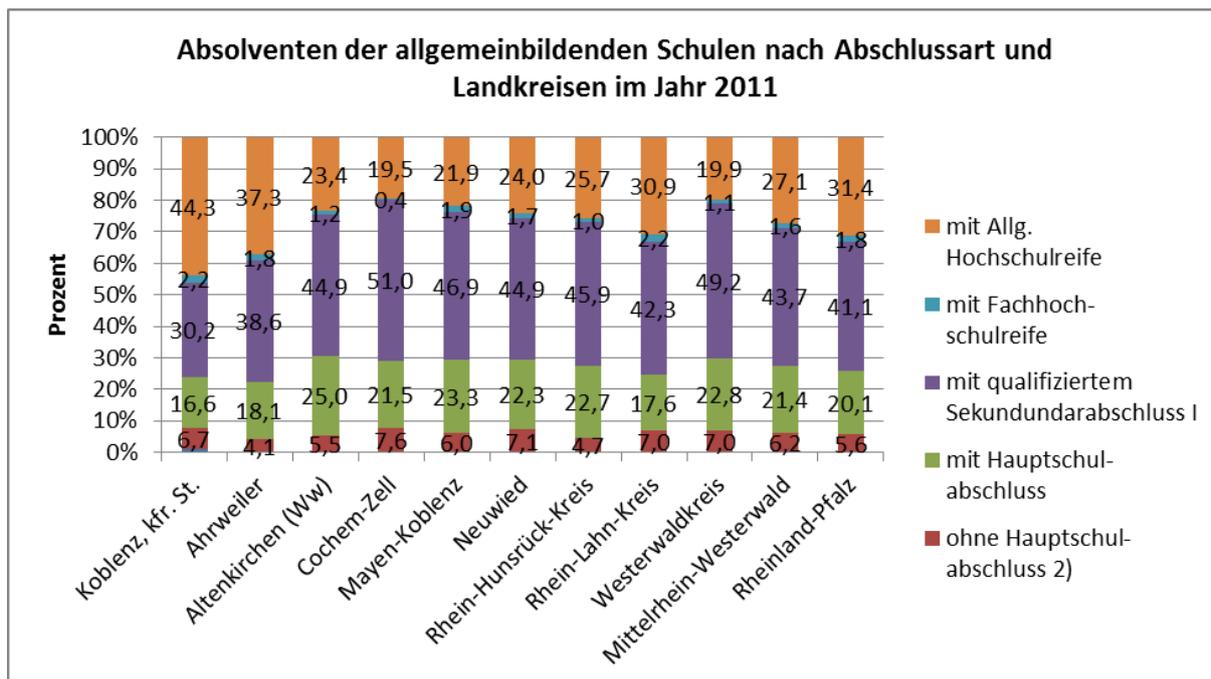


Abb. 34: Schulabgänger allgemeinbildender Schulen; Schuljahr 2011/2012

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Die allgemeine Hochschulreife erreichten insgesamt 27,1 % der Schüler in der Region. Seit 2006/2007 stieg der Anteil der Abgänger mit allgemeiner Hochschulreife in der Region zwar um ca. 7 %, trotzdem legten 2011/2012 4,3 % weniger Schüler erfolgreich die Abiturprüfung ab als im Landesschnitt.

Den höchsten Anteil an Abiturienten erreichte die Stadt Koblenz mit 44,3 %. Ebenfalls sehr hohe Abiturientenzahlen wiesen der Landkreis Ahrweiler sowie der Rhein-Lahn-Kreis auf. Deutlich unterdurchschnittlich war der Anteil der Abiturienten in den Landkreisen Cochem-Zell und Westerwaldkreis mit jeweils unter 20 %.

In der Region lag der Anteil der männlichen Schulabgänger mit Allgemeiner Hochschulreife mit durchschnittlich 23,6 % aller männlichen Absolventen deutlich unter dem Anteil der weiblichen Schulabgänger mit 31,4 %. In Koblenz machten 2011/2012 die Hälfte aller die Schule verlassenden Mädchen Abitur; in Cochem-Zell waren es dagegen nur 22 %.

Den höchsten Anteil an männlichen Abiturienten erreichte ebenfalls Koblenz mit 38,1 %. Die wenigsten männlichen Jugendlichen machten im Westerwaldkreis Abitur (16,9 %).

Dagegen machten auch 2011/2012 deutlich weniger weibliche als männliche Jugendliche den Hauptschulabschluss und auch die Abgänger ohne Schulabschluss waren überdurchschnittlich häufig männlich.

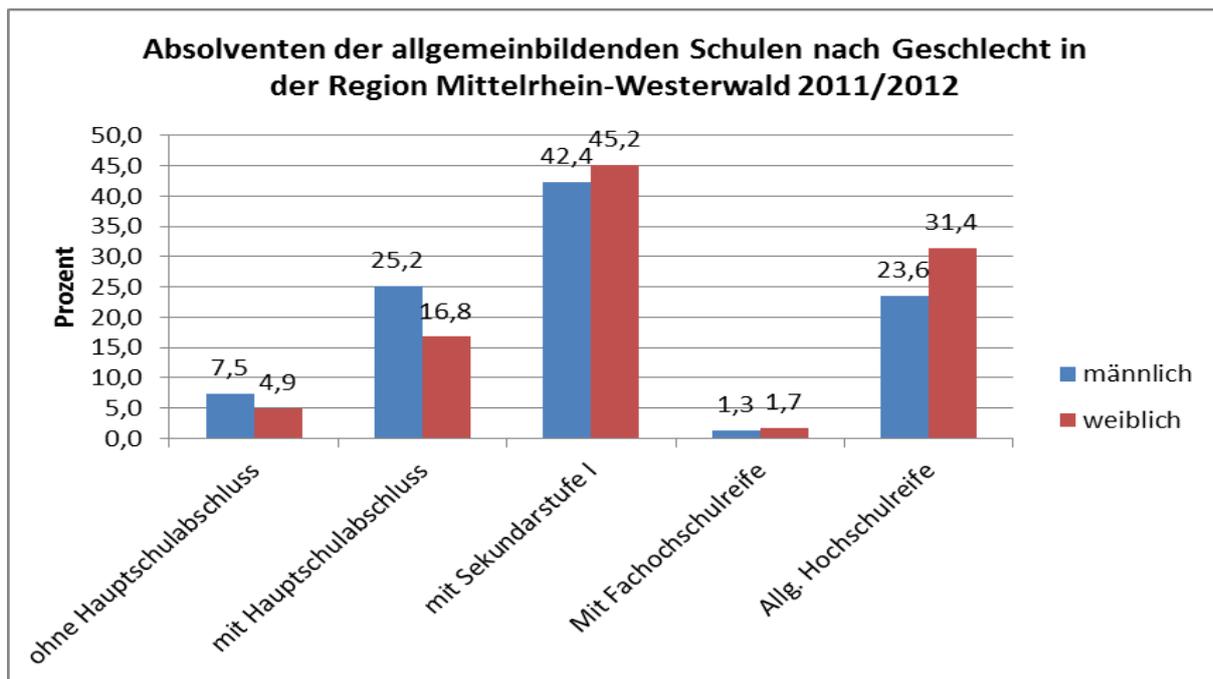


Abb. 35: Absolventen allgemeinbildender Schulen nach Geschlecht in der Region Mittelrhein-Westerwald 2011/2012

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Bezogen auf die Gesamtheit der Absolventen 2011/2012 ergibt sich die folgende Aufteilung:

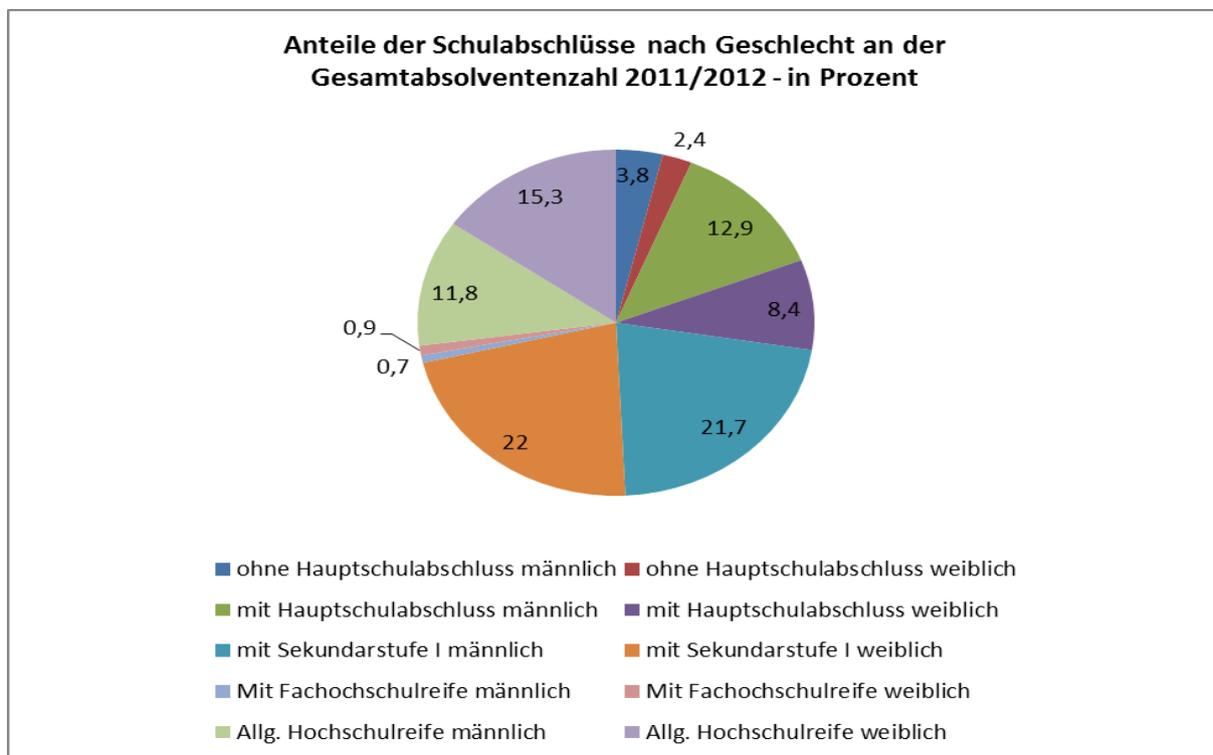


Abb. 36: Anteile der Schulabschlüsse nach Geschlecht an der Gesamtabsolventenzahl 2011/2012 – in Prozent

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung



Auf Ebene der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden stellt sich die Veränderung der Schüler am Wohnort an allgemeinbildenden Schulen der Schuljahre 2007/2008 gegenüber 2011/2012 insgesamt wie folgt dar: In sämtlichen Gebietskörperschaften waren die Schülerzahlen rückläufig, in fünf Fällen um mehr als 15 %, maximal bis zu rd. 21 %.

Dabei spiegelt sich die demographische Entwicklung insbesondere in der Betrachtung der Grundschulen wieder: Bei zwölf Gebietskörperschaften sank die Zahl der Grundschüler um mehr als 20 % - einmal nahezu um ein Drittel.

Bezüglich den weiterführenden Schulen gab es nur in sechs Fällen leichte Zuwächse um bis zu 5,8 %; bei den Gymnasien hingegen gab es in 16 Gebietskörperschaften einen Rückgang. Insbesondere bei den Zuwächsen der gymnasialen Schülerzahlen dürfte auch die Umwandlung von Schularten eine Rolle spielen: in acht Fällen erhöhte sich die Zahl der Gymnasiasten in diesem Fünfjahreszeitraum um über 20 %, vielfach bei gleichzeitig signifikantem Rückgang der Schülerzahlen an den dortigen übrigen Weiterführenden Schulen.

In 13 Gebietskörperschaften auf Ebene der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden waren rückläufige Schülerzahlen sowohl an den Grundschulen als auch an den Weiterführenden Schulen und Gymnasien zu verzeichnen.

2. Lebenswerte Gesellschaft weiterentwickeln

2.1 Infrastrukturelle Versorgung in den Nahbereichen

2.1.1 Grundzentren in der Region

Innerhalb des Zentrale-Orte-Konzeptes werden die Ober- und Mittelzentren im Landesentwicklungsprogramm und die Grundzentren im Regionalplan festgelegt.

Im verbindlichen Regionalen Raumordnungsplan Mittelrhein-Westerwald sind 37 Grundzentren im Grundnetz ausgewiesen; daneben gibt es 13 Grundzentren im Ergänzungsnetz, eines davon in Funktionsteilung.⁴³

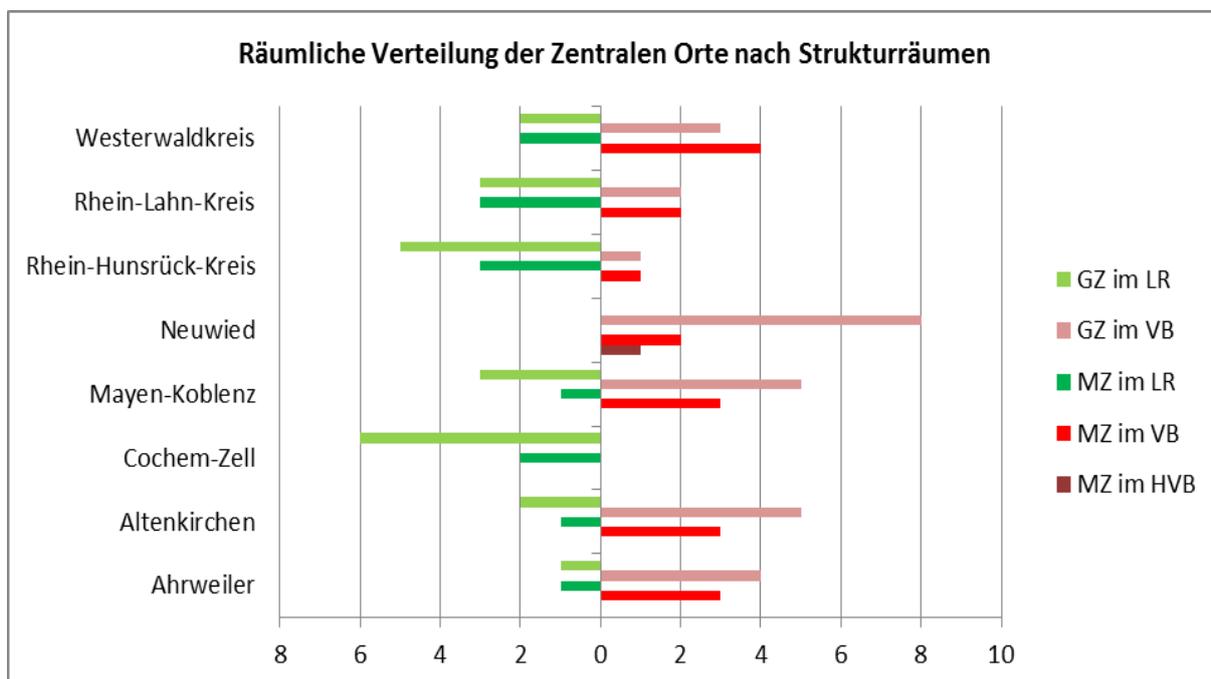


Abb. 37: Räumliche Verteilung der Zentralen Orte (Grund- und Mittelzentren) nach Strukturräumen
Quelle: LEP IV, RROP 2006; eigene Darstellung

Die meisten Zentralen Orte gehören dem verdichteten Bereich an: Neben dem Oberzentrum Koblenz liegt mit Neuwied noch ein Mittelzentrum im hochverdichteten Bereich (HVB); 46 zentrale Orte liegen im verdichteten Bereich (VB), 35 im ländlichen Raum (LR).

⁴³ Siehe RROP M-W 2006, Tabelle 1. Für den Regionalen Raumordnungsbericht 2007 wurde eine Erfassung der Ausstattung der Grundzentren mit verschiedenen Einrichtungen vorgenommen (RROB 2007, Kap. 2.1.1); auf eine Aktualisierung wurde aus Kapazitätsgründen verzichtet.

Vor dem Hintergrund der Modifizierung des Zentrale-Orte-Konzeptes im LEP IV mit den Vorgaben des Kooperationsgebotes und der Kooperationsempfehlung wurden neben dem Oberzentrum die Mittelzentren im Regionalplanentwurf 2011 in ihrer zum Teil neuen Ausrichtung nachrichtlich aufgenommen. Des Gleichen wurde insoweit eine Modifizierung der Grundzentren vorgenommen.⁴⁴ Neben den 28 Grundzentren im monozentralen Nahbereich sind im Regionalplanentwurf 25 Grundzentren im grundzentralen Verbund ausgewiesen, darunter die neu aufgenommenen grundzentralen Orte Ochtendung, Kempenich und Mundersbach. Das bisherige, noch im RROP 2006 enthaltene Grundzentrum Nastätten wurde mit dem LEP IV 2008 zum Mittelzentrum aufgestuft.⁴⁵

Zum Zentrale-Orte-Konzept wurde seitens des Landes nach Abschluss der Kommunal- und Verwaltungsreform eine Teilfortschreibung des LEP IV angekündigt.⁴⁶

Auf eine erforderliche Neubewertung von Standards wie zur Sicherung der Daseinsgrundfunktionen zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird auch im Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal hingewiesen.⁴⁷

⁴⁴ Vgl. LEP IV, G 43 und Z 44 mit Begründung.

⁴⁵ Mit dem LEP IV 2008 wurde zudem die Verbandsgemeinde Kirchberg als Mittelzentrum ausgewiesen. Dies wurde im Regionalplanentwurf 2011 nachrichtlich übernommen; eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung bezüglich einer Klage gegen diese LEP IV Ausweisung lag seinerzeit noch nicht vor. Die grundzentralen Orte innerhalb der Verbandsgemeinde Kirchberg wurden im Regionalplanentwurf weitergeführt.

⁴⁶ Eine Auftaktveranstaltung zur Teilfortschreibung des LEP IV zum Zentrale-Orte-Konzept wurde im April 2010 durchgeführt.

⁴⁷ Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal – Herausforderungen und Visionen für die zukünftige Entwicklung, Mainz, Februar 2013; s. dortige Anlage II A Raumanalyse, Kap. 2.8, S.36.

2.1.2 Erreichbarkeit

Im Raumordnungsbericht 2007 wurde die Erreichbarkeit von Gemeinden in Abhängigkeit ihrer zentralörtlichen Bedeutung analysiert.

Die gemäß Regionalplan 2006 grundsätzlich zu unterschreitenden Fahrtzeiten zu grundzentralen Orten wurde im Ergebnis in allen Fällen gewahrt, auch wenn insgesamt 13 Orte Fahrtzeiten von 20 und mehr Minuten aufwiesen.⁴⁸ Auf Grund der Datengrundlagen und externen –auswertungen ergaben sich jedoch in der Kartendarstellung Lücken in der Zuordnung.

Vorliegend ist nunmehr die Erreichbarkeit von Ober-, Mittel- und Grundzentren inner- und außerhalb von 20 PKW-Minuten kartographisch dargestellt.

Auffällig sind schlechtere Erreichbarkeiten von Teilräumen insbesondere in den Landkreisen Ahrweiler, Altenkirchen, Cochem-Zell, Mayen-Koblenz.

Beiderseits des Rheins, insbesondere rechtsrheinisch im Rhein-Lahn-Kreis sind ebenfalls schlechte Erreichbarkeiten zu verzeichnen. - Die Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur im Mittelrheintal wurde auch im Prozess zur Erstellung des Masterplans Welterbe Oberes Mittelrheintal diskutiert bzw. ist in diesen eingeflossen. Das regionalplanerische Anliegen der Errichtung einer Mittelrheinbrücke aus dem verbindlichen Plan 2006 ist auch im Regionalplanentwurf 2011 weiter enthalten.

Im Raumordnungsbericht 2007 wurde auf den seinerzeitigen LEP IV-Anhörungsentwurf mit den Überlegungen bzw. Planungen einer Schienenschnellverbindung zum Flughafen Frankfurt-Hahn hingewiesen. Diese Planung wurde im LEP IV 2008 als Ziel 147 verbindlich und nachrichtlich im Regionalplanentwurf 2011 wiedergegeben.⁴⁹

⁴⁸ Vgl. Raumordnungsbericht 2007, Kap. II 2.1.2. Die im RROP 2006 als Grundsatz vorgegebenen Fahrtzeiten sind im RROP-Entwurf 2011 nicht mehr enthalten.

⁴⁹ Vgl. RROP-Entwurf 2011, Kap. 3.1.2.1.

2.2 Wohnungswesen

2.2.1 Entwicklung und Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes

Die Wohnfläche in Wohngebäuden betrug zum Jahresende 2011 in Rheinland-Pfalz 47,7 qm je Einwohner. Der Anteil der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern betrug hier 65 %, dementsprechend in Mehrfamilienhäusern 35 %.

In der Region Mittelrhein-Westerwald lag die durchschnittliche Wohnfläche auf Ebene der Verbandsgemeinden bei rd. 49 qm/EW. Hier haben 45 Gebietskörperschaften einen höheren Durchschnitt als der Landeswert. Die Spannweite beträgt zwischen 41 (Verbandsgemeinde Dierdorf) und 58,3 (Cochem) qm/EW. Erwartungsgemäß sind die höchsten Werte im ländlichen Raum zu finden: Von den 22 Verbandsgemeinden mit Werten von über 50 qm/EW gehören 16 diesem Strukturraumtyp an -darunter auch die sieben höchsten Werte, von denen wiederum die drei Spitzenwerte im Landkreis Cochem-Zell liegen (Verbandsgemeinden Cochem, Zell, Treis-Karden).

Nur eine Verbandsgemeinde im ländlichen Raum -Rennerord- hat eine etwas geringere Wohnfläche je Einwohner als der Landesdurchschnitt. Insgesamt liegt die durchschnittliche Wohnfläche im ländlichen Raum in der Region bei 51,3 qm je Einwohner.

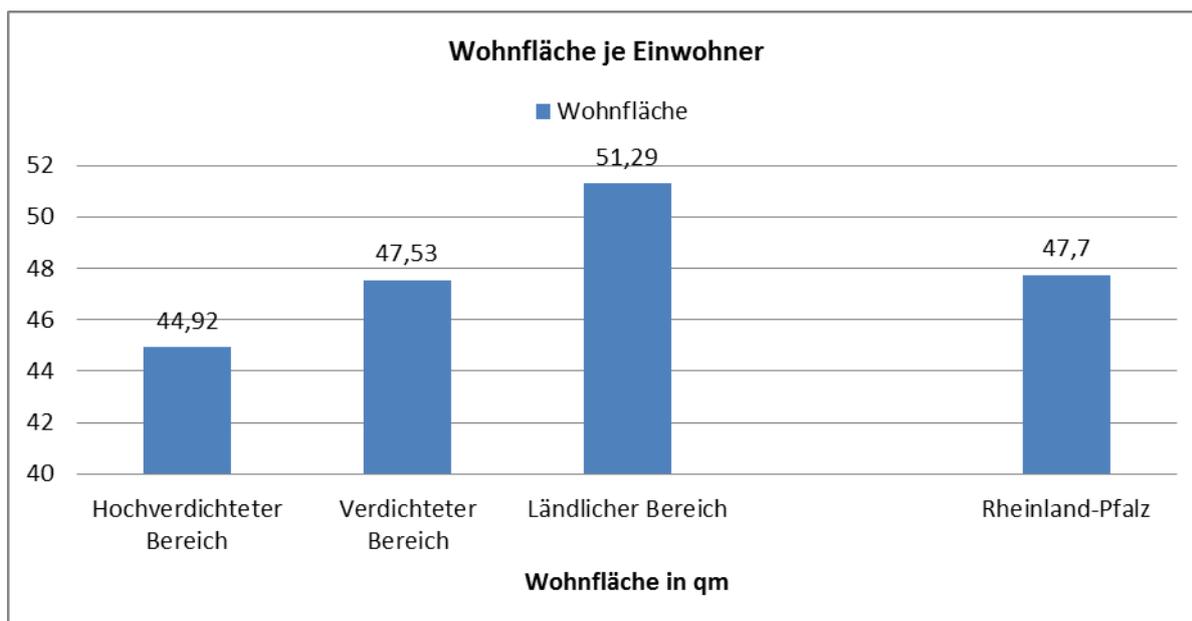


Abb. 38: Wohnfläche nach Strukturräumen in der Region Mittelrhein-Westerwald

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Der durchschnittliche Anteil der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern lag in der Region Mittelrhein-Westerwald auf Ebene der Verbandsgemeinden mit 76,8 % deutlich höher als der Landeswert von 65 %; über diesem liegen insgesamt 55 Gebietskörperschaften. Die Anteile bewegen sich hierbei zwischen 31,1 % (Koblenz) und 91,8 % (Verbandsgemeinde Daaden).

In 15 Gebietskörperschaften liegt der Anteil der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern bei weniger als 2/3 aller Wohnungen; nur eine hiervon liegt im ländlichen Raum, wobei es sich hier mit Mayen um eine große kreisangehörige Stadt handelt.

Die drei Verbandsgemeinden mit den höchsten Anteilen an Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern liegen gemäß LEP IV im verdichteten Bereich mit disperser Siedlungsstruktur; dies sind Daaden, Wallmerod und Gebhardshain.

Die Ein- und Zweifamilienhausquote ist erwartungsgemäß im ländlichen Raum höher als im verdichteten Raum: Einem Anteil von rd. 83 % der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern stehen rd. 74 % gegenüber.

Der durchschnittliche Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in der Region lag auf Ebene der Verbandsgemeinden bei 23,2 %; die Spannweite erstreckte sich von 8,2 % (VG Daaden) bis 68,9 % (Koblenz). Unter dem Regionsschnitt liegen mit 23 Gebietskörperschaften im verdichteten Bereich zwar nahezu gleich viele wie im ländlichen Bereich (24). Insgesamt gesehen konzentrieren sich die Mehrfamilienhäuser jedoch auf die verdichteten Bereiche.

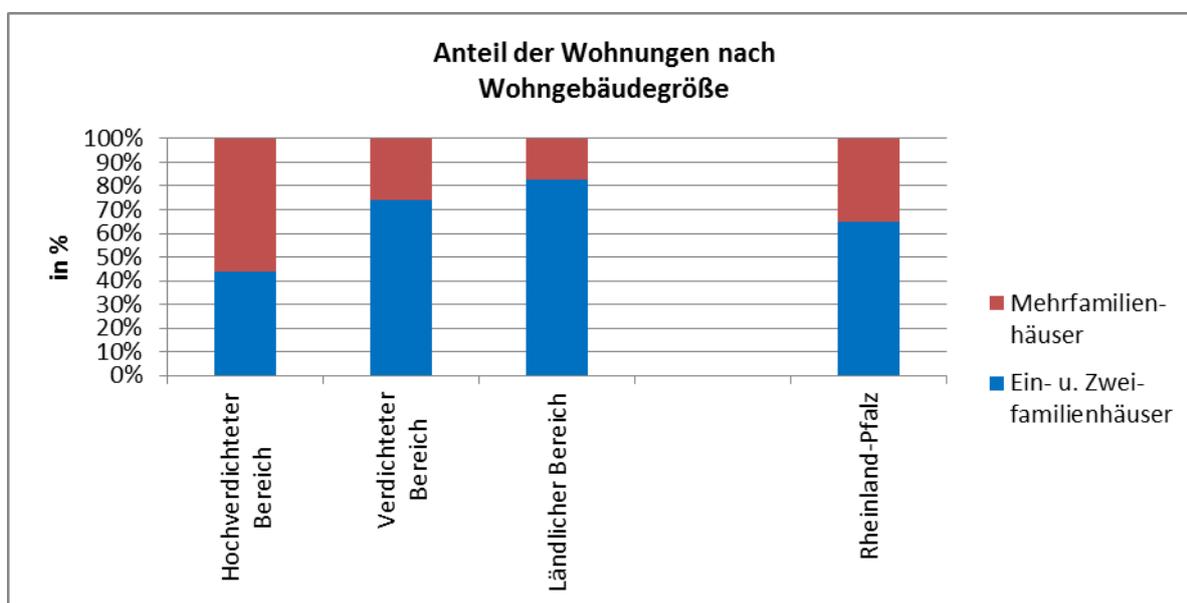


Abb. 39: Anteil der Wohnungen nach Wohngebäudegröße in den Strukturräumen der Region Mittelrhein-Westerwald

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Die Veränderung der Wohnfläche in Wohngebäuden je Einwohner hat auf Ebene der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden in Rheinland-Pfalz von 2006 bis 2011 4,9 % betragen. In der Region Mittelrhein-Westerwald ist eine Korrelation mit der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung insbesondere in Teilen der Landkreise Ahrweiler, Cochem-Zell, Rhein-Hunsrück-Kreis und Rhein-Lahn-Kreis aus dem Vergleich der regionalen Karten im Anhang ersichtlich.

2.2.2 Bedarf an Wohnbauland und Baufertigstellungen

Im Regionalen Raumordnungsbericht 2007 wurde die seinerzeitige Wohnungsbedarfsprognose des Statistischen Landesamtes wiedergegeben. Diese zeigte eine erhebliche Bandbreite auf: Hiernach sollte der Wohnungsbedarf in der Region Mittelrhein-Westerwald im Jahr 2015 bei 20.700 bis 59.630 Wohnungen liegen.⁵⁰

Für den Regionalplanentwurf 2011 wurden zur Berechnung für den weiteren Wohnbauflächenbedarf verschiedene Teilkomponenten festgelegt. Danach errechnet sich der Bedarfswert wie folgt:

Bedarfswert (Bedarf an weiteren Wohnbauflächen in ha) = Einwohnervorausberechnung zum Planungshorizont des Flächennutzungsplans x Bedarfsausgangswert (nach Z 31) : Wohnbaudichte (nach Z32) x Planreichweite (Anzahl der Jahre zwischen Zeitpunkt der Flächen-nutzungsplanung und Planungshorizont des Flächennutzungsplans) : 1.000.⁵¹

Der hiernach errechnete Gesamtbedarf an Wohnbauflächen unter Berücksichtigung der prognostizierten rückläufigen Bevölkerungsentwicklung lag bis zum Jahr 2020 bei rd. 1.391 ha in der Gesamtregion. Bei einer angenommenen durchschnittlichen Wohnbaudichte von 20 WE/ha entspräche dies über 27.800 Wohneinheiten.

Die Bedarfsausgangswerte leiten sich ab aus einem Gutachten des Statistischen Landesamtes zur Auswertung der Baufertigstellungen in den Jahren 2000 bis 2008 -über den dort sogenannten Trendwert- und berücksichtigen in ihrer Ausgestaltung die zentralörtlichen Gemeindefunktionen.⁵²

Im Regionalplanentwurf sind folgende Bedarfsausgangswerte pro tausend Einwohner und Jahr vorgesehen: 4,3 Wohneinheiten für das Oberzentrum, 3,0 für die Mittelzentren und 2,5 für die Grundzentren.

Im Rahmen der Anhörung zum Regionalplanentwurf 2011 wurden zur Ableitung der Bedarfsausgangswerte bzw. Festlegung in Ziel 31 verschiedene Anregungen vorgebracht, die insbesondere auf eine Erhöhung der Bedarfsausgangswerte abzielen. Andere Anregungen zu den Berechnungsgrößen für den Bedarf betrafen z.B. die Reduzierung der Wohnbaudichte.

Die Auswertung der Anregungen war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Regionalen Raumordnungsberichtes noch nicht abgeschlossen. Für die weitere Planfortschreibung ist auch die fortbestehende Gültigkeit z.B. der Bedarfsausgangswerte zu prüfen, was nachfolgende Ansätze aufzeigen.⁵³

⁵⁰ Regionaler Raumordnungsbericht 2007, Kap. 2.2.2. Für das Jahr 2050 ging diese Mittlere Variante von einem Überhang von 18.180 Wohnungen bis zu einem maximal nahezu ebenso hohen Bedarf von 17.530 Wohnungen aus.

⁵¹ RROP-Entwurf 2011, Kap. 1.3.2, Ziel Z 30 ff.

⁵² RROP-Entwurf 2011, Kap. 1.3.2, Ziel 31 und Begründung. Siehe auch: Auswertung der Baufertigstellungsstatistik und der Bevölkerungsstatistik als Grundlage landesplanerischer Vorgaben zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung, Vortrag von Dr. Stefan Weil, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, in: Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland Pfalz (Hrsg.:.): Nachhaltige Flächenhaushaltspolitik - Dokumentation zur Fachtagung „Nachhaltige Flächenhaushaltspolitik“ am 25. Februar 2010 im Schloss Waldthausen; abgerufen unter www.mwkel.rlp.de, 15/05/2012.

⁵³ Eine überwiegende Mehrzahl der Stellungnahmen zu dem Kapitel Wohnbauflächenentwicklung bezog sich auf die Anrechnung von Wohnbauflächenreserven und Baulücken.

Baufertigstellungen

Die absolut meisten Baufertigstellungen⁵⁴ wiesen im Jahr 2011 wie auch fünf Jahre zuvor die Landkreise Mayen-Koblenz und Westerwaldkreis auf. Hier wie auch in allen anderen Landkreisen und der kreisfreien Stadt ist jedoch die Zahl der absoluten Baufertigstellungen drastisch zurückgegangen.

Die Baufertigstellungen in der Region Mittelrhein-Westerwald bezogen auf die Bevölkerung lagen im Jahr 2011 mit 1,9 unter dem Landeswert von 2,3 Wohnungen pro 1.000 Einwohner. Fünf Jahre zuvor lag der Wert in der Region noch doppelt so hoch. Auf Ebene der Landkreise ist der Maximalwert von 8,1 fertiggestellten Wohnungen pro 1.000 EW im Jahr 2006 (Cochem-Zell) auf 3,2 im Jahr 2011 (Rhein-Hunsrück-Kreis) deutlich gesunken.

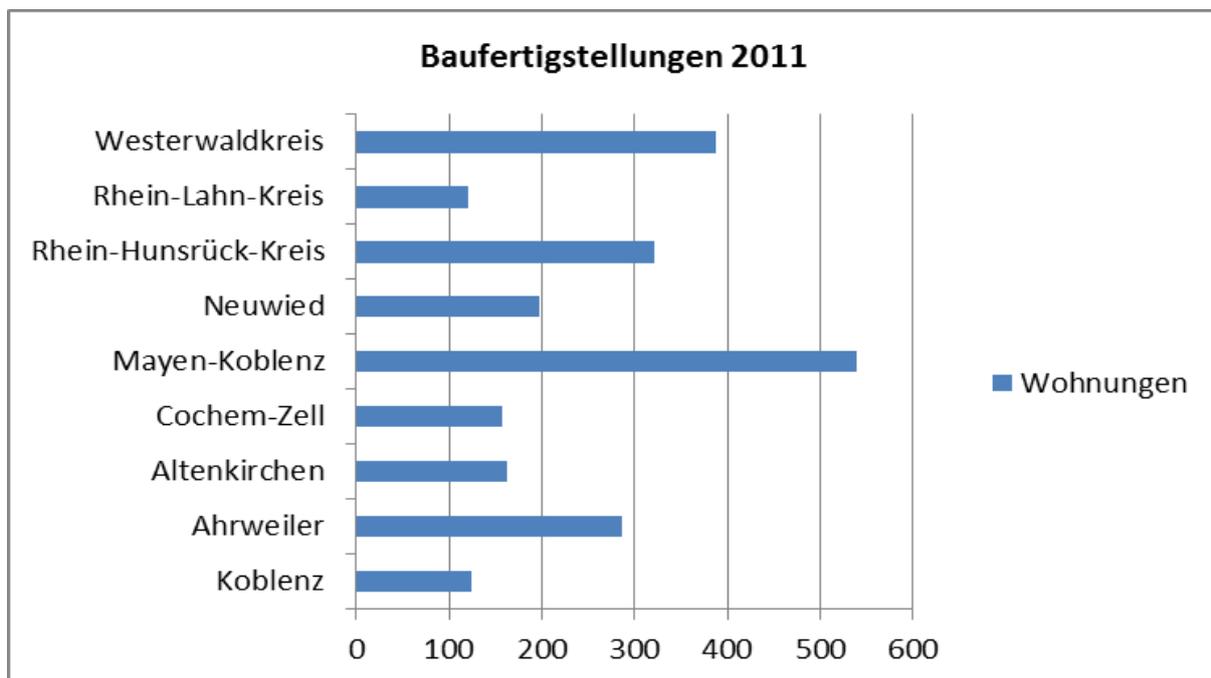


Abb. 40: Baufertigstellungen 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

54 Neuerrichtungen von Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.

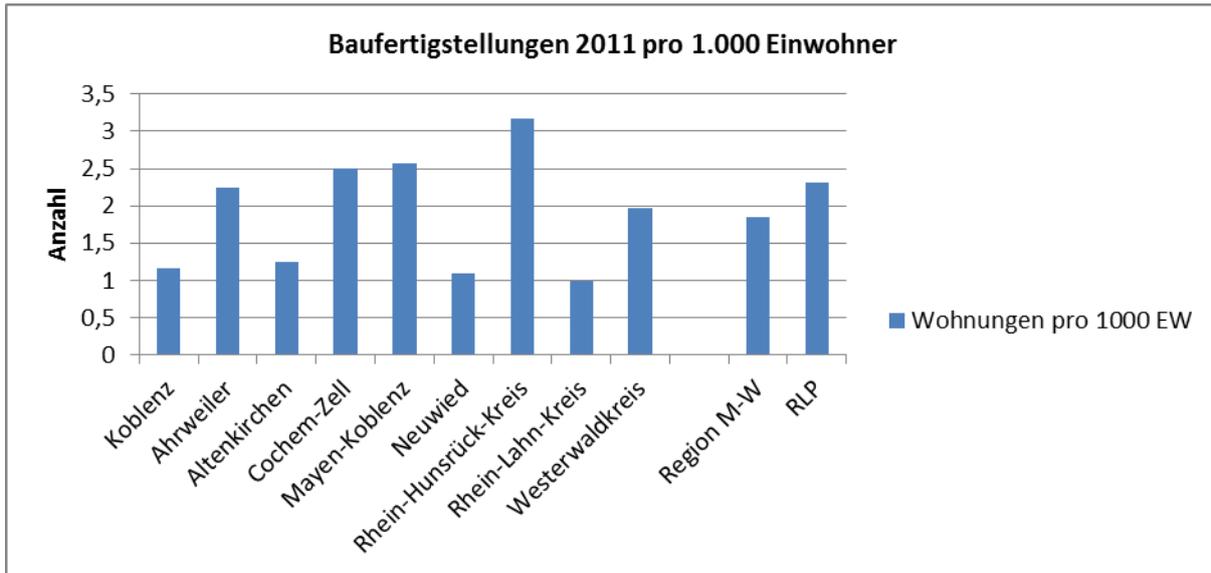


Abb. 41: Baufertigstellungen 2011 pro 1.000 Einwohner
 Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Die Baufertigstellungsrate von 1,9 Wohneinheiten pro 1.000 Einwohner im Jahr 2011 lag damit unterhalb des im Gutachten des Statistischen Landesamtes zur Auswertung der Baufertigstellungen in den Jahren 2000 – 2008 abgeleiteten sogenannten Trendwertes von 2,5 für die Gesamtregion. Dieser Trendwert diente der Ableitung der Bedarfsausgangswerte im Regionalplanentwurf 2011 als eine Kenngröße zur Bestimmung des weiteren Wohnbauflächenbedarfes.⁵⁵

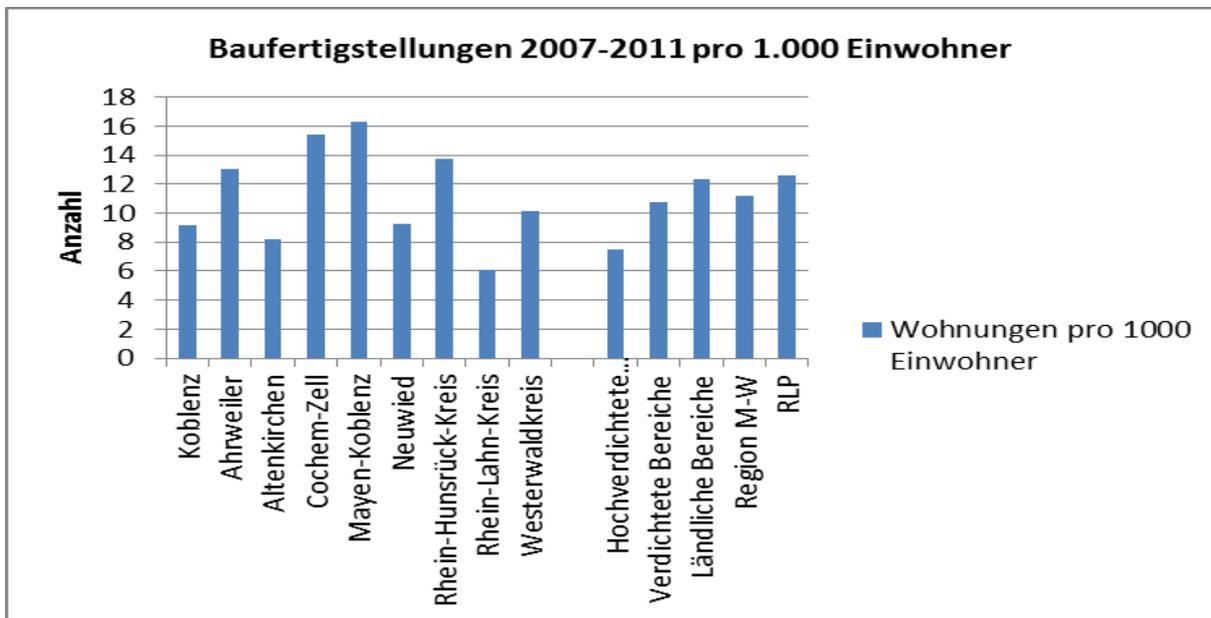


Abb. 42: Baufertigstellungen 2007 bis 2011 pro 1.000 Einwohner
 Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

⁵⁵ Siehe RROP-Entwurf 2011, Kap. 1.3.2 Ziele Z 30, 31 und Begründung.



Abb. 43: Durchschnittliche Baufertigstellungen im Zeitraum 2007 bis 2011 pro 1.000 Einwohner

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Auch bei Betrachtung des 5-Jahreszeitraums 2007 bis 2011 lagen die Baufertigstellungen unter dem Trendwert des Statistischen Landesamtes. Regionsweit wurden 2007-2011 11,2 Wohnungen pro 1.000 EW, - d.h. jährlich durchschnittlich 2,25 - fertiggestellt.

Auf Ebene der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden entfielen auf den hochverdichteten Bereich 1,5, den verdichteten Bereich 2,1 und den ländlichen Bereich etwas unter 2,5 Wohnungen pro 1.000 EW.

Auch auf Ebene des Oberzentrums mit 1,8 und der verbandsfreien Mittel- und Grundzentren der Region mit jeweils 2,2 Wohnungen pro 1.000 EW lag die durchschnittliche jährliche Baufertigstellungsrate in den Jahren 2007 bis 2011 unterhalb des vorgenannten Trendwertes, aber auch unterhalb der im Regionalplanentwurf zugewiesenen Bedarfsausgangswerte von 4,3 Wohneinheiten pro tausend Einwohner und Jahr für das Oberzentrum, 3,0 für Mittelzentren und 2,5 für Grundzentren.

Von den neun verbandsfreien Mittelzentren und zwei verbandsfreien Grundzentren wies jeweils nur eine Gebietskörperschaft als Durchschnittswert des 5-Jahreszeitraums eine höhere Baufertigstellung auf: das Mittelzentrum Remagen 3,6 bzw. das Grundzentrum Grafschaft 2,9.⁵⁶ In beiden zentralen Orten wurden der Trendwert des Statistischen Landesamtes sowie die Werte des Regionalplanentwurfes jedoch nicht durchgängig übertroffen: Im Jahr 2011 lag die Baufertigstellungsrate nur noch bei 2,1 in Remagen -was mehr als einer Halbierung gegenüber 2010 (4,5) entspricht- bzw. 1,5 in Grafschaft. Von 2007 bis 2011 lagen in Remagen in zwei Jahren und in Grafschaft in drei Jahren die Baufertigstellungsrate unterhalb des Trend- bzw. jeweiligen Bedarfsausgangswertes.

Vor dem Hintergrund der vorgenannten Baufertigstellungsraten auf Ebene der Region, der Strukturräume und der betrachteten Ebene der Zentralen Orte erscheint im Fall der grundsätzlichen Beibehaltung der Berechnungsmethodik zur weiteren Wohnbauflächenbedarfsermittlung im Regionalplanentwurf eine Erhöhung der Bedarfsausgangswerte nicht gerechtfertigt.⁵⁷

⁵⁶ Verbandsfreie Mittelzentren: Bad Neuenahr-Ahrweiler, Remagen, Sinzig, Andernach, Mayen, Bendorf, Neuwied, Boppard, Lahnstein. Verbandsfreie Grundzentren: Grafschaft, Herdorf.

⁵⁷ Im Weiteren ist auch allgemein auf die demographische Entwicklung bzw. rückläufige Bevölkerungsentwicklung zu verweisen. Im vorliegenden Beispiel sind in beiden Kommunen die Bevölkerungszahlen von 2007 bis 2011 rückläufig und werden auch bis 2030 stark abnehmen: Remagen -4,5%, Grafschaft -3,3%).

2.2.3 Angebot an Wohnbauland / „Raum+Monitor“

Im Regionalen Raumordnungsbericht 2007 wurden bei der Darstellung der seinerzeitigen Wohnbauflächenreserven auf noch ausstehende Plausibilitätsprüfungen und insoweit eine eingeschränkte Aussagefähigkeit der Daten hingewiesen. Es erfolgte lediglich eine Zusammenfassung der Wohnbaulandreserven auf Ebene der Landkreise.⁵⁸

Im Jahr 2010 wurde mit dem landesweiten Projekt „Raum+ Rheinland-Pfalz 2010“ eine systematische Erfassung und Bewertung der Siedlungsflächenpotenziale für eine zukunftsfähige Siedlungsflächenentwicklung durchgeführt. Unter Einbindung der Kommunen und Vertretern der Regional- und Landesplanung wurde von einem Gutachterbüro die Einstufung von Siedlungsflächenreserven inner- und außerhalb der Ortslage mit einer landesweit gleichen Methodik nach verschiedenen Merkmalen vorgenommen. Im Ergebnis lagen damit auch in der Region Mittelrhein-Westerwald insbesondere die vorhandenen und zur Verfügung stehenden Wohnbauflächenpotenziale für jede einzelne Gebietskörperschaft methodisch abgesichert vor.⁵⁹

Im Zuge der Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans wurden in den Planentwurf aus dem Jahr 2011 die Potenzialwerte zu einem Stichtag im Mai 2011 informatorisch in den Anhang aufgenommen; die Träger der vorbereitenden Bauleitplanung wurden hierfür vorab um eine Überprüfung der Erhebungsergebnisse des Projekts Raum+ gebeten.⁶⁰

Danach gab es in der Region insgesamt 4.365 ha Wohnbauflächenpotenziale - Innenpotenziale und Außenreserven zusammengerechnet; dies entspricht 3,5 ha pro tausend Einwohner.

Die Spannweite auf Ebene der Verbandsgemeinden bzw. verbandsfreien Gemeinden beträgt hierbei zwischen 0,2 und 10,3 ha / 1.000 EW.

Die Wohnbauflächenpotenziale verteilen sich auf die Strukturraumtypen wie folgt:

	Wohnbauflächenpotenziale						
	ha absolut				ha /1.000 EW		
	Min.	Max.	Ø	gesamt	Min.	Max.	Ø
Hochverdichteter Bereich	102	128	115	230	1,2	1,6	1,4
Verdichteter Bereich	2,6	129	49	1.880	0,2	6,3	3
Ländlicher Bereich	23,4	141	78	2.255	2,1	10,3	5,1

Tab. 2: Wohnbauflächenpotenziale nach Strukturraumtypen

Quelle: Regionaler Raumordnungsplan, Entwurfssfassung 2011, nach Raumordnungskataster der SGD Nord; eigene Berechnungen

⁵⁸ RROB 2007, Kap. 2.2.3, Datenstand Dezember 2006.

⁵⁹ Der Abschlussbericht liegt veröffentlicht vor und ist einsehbar im Internet unter www.mwkel.rlp.de Rubrik Landesplanung/Raum plus.

⁶⁰ Regionaler Raumordnungsplan Mittelrhein-Westerwald, Entwurfssfassung zum Anhörungs- und Beteiligungsverfahren, September 2011, Kap. 1.3.2 und Anhangtabelle.

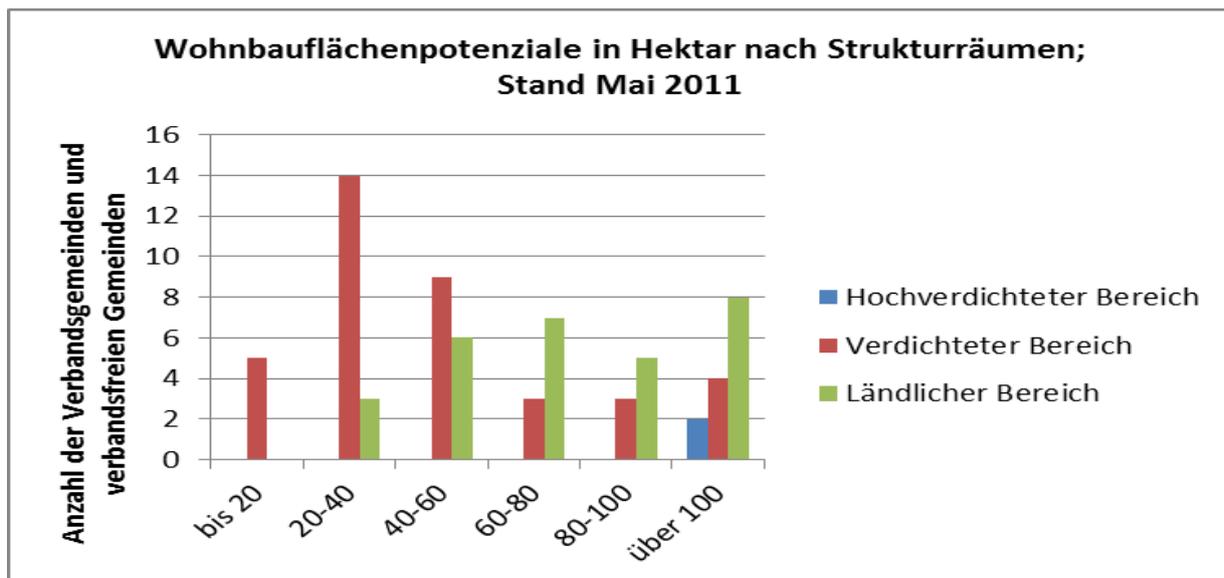


Abb. 44: Wohnbauflächenpotenziale nach Strukturraumtypen

Quelle: Regionaler Raumordnungsplan, Entwurfsfassung 2011, nach Raumordnungskataster der SGD Nord; eigene Berechnungen

Nahezu ein Drittel aller Verbandsgemeinden der Region besitzen jeweils mindestens 80 ha Wohnbauflächenpotenziale.

Die 29 Verbandsgemeinden des ländlichen Bereichs haben insgesamt mehr Wohnbauflächenpotenziale als die 40 Gebietskörperschaften des verdichteten und hochverdichteten Bereichs zusammen.

Nachstehend sind die jeweiligen Anteile am Gesamtpotenzial, der Bodenfläche bzw. der Siedlung- und Verkehrsfläche der Region gegenübergestellt.

	Anteile an der Region		
	Gesamtpotenzial Wohnbaufläche (zum 25.05.2011)	Bodenfläche (zum 31.12.2011)	Siedlung- und Verkehrsfläche (zum 31.12.2011)
Hochverdichteter Bereich	5 %	3 %	7 %
Verdichteter Bereich	43 %	39 %	44 %
Ländlicher Bereich	52 %	58 %	49 %

Tab. 3: Gegenüberstellung der Anteile von Wohnbauflächenpotenzialen, Bodenfläche und Siedlungs- und Verkehrsfläche auf Ebene der Verbandsgemeinden nach Strukturraumtypen an der Gesamtregion

Quelle: Statistisches Landesamt/LIS, Raum+Monitor; eigene Berechnungen

Fortentwicklung Raum+Monitor

In der Fortentwicklung des Projekts Raum+ als GIS-Plattform mit der Bezeichnung „Raum+Monitor“ für ein landesweit einheitliches Bauflächenmonitoring können die Träger der vorbereitenden Bauleitplanung die örtlich vorhandenen Flächenpotenziale weiter verifizieren und aktualisieren.

Insoweit sind in nachfolgender Tabelle die Wohnbauflächenpotenziale vom Mai 2011 einer aktuelleren Momentaufnahme aus dem Oktober 2012 auf Ebene der kreisfreien Stadt und der Landkreise gegenübergestellt.

Gesamtpotenzial Wohnbauflächen			
Planungsebene	Quelle: Raum plus 2010; Stand 25.05.2011	Quelle: Raum+Monitor; Stand 29.10.2012	nachrichtlicher Vergleich: Quelle: Regionaler Raumordnungsbericht 2007 nach SGD Nord; Stand September 2007
Kfr. St. Koblenz ⁶¹	128	128	-
LK Ahrweiler	312	273	374
LK Altenkirchen	398	393	563
LK Cochem - Zell	310	309	494
LK Mayen-Koblenz	771	750	686
LK Neuwied	558	537	871
Rhein-Hunsrück-Kreis	521	519	731
Rhein-Lahn-Kreis	569	528	725
Westerwaldkreis	797	744	931
Mittelrhein-Westerwald	4.365	4.180	5.375

Tab. 4: Vergleichende Übersicht der Wohnbauflächenpotenziale in der Region Mittelrhein-Westerwald
Quelle: wie angegeben; eigene Darstellung

In rd. eineinhalb Jahren hat sich demnach die in der Region erfasste Zahl an Wohnbauflächenpotenzialen um 185 ha verringert. Neben der verbindlichen Überplanung bzw. Überbauung von Flächen oder Rücknahmen der Darstellung von Außenreserven in Flächennutzungsplänen dürfte es sich hierbei auch noch um nachträgliche Korrekturen der ursprünglich erfassten Flächenpotenziale seitens der Kommunen handeln.

Insgesamt zeigt der nachrichtliche Vergleich von 2011 zu den im Jahr 2007 erfassten Zahlen eine deutliche Abweichung von über 1.000 ha Wohnbauflächenreserven in der Region. Hierbei ist nicht nur von einer Überplanung bzw. Überbauung auszugehen, sondern insbesondere auch von einer methodischen Korrektur, deren Notwendigkeit bereits im Regionalen Raumordnungsbericht 2007 aufgezeigt worden ist.⁶²

Mit dem Projekt Raum plus bzw. Raum+Monitor steht den Planungsträgern insofern ein exakteres und einheitliches Instrument zum Flächenmonitoring zur Verfügung, welches auch die differenzierte GIS-technische Aufbereitung und Analyse von Flächenreserven in Form von Außen- und Innenpotenzialen sowie zusätzlich von Baulücken ermöglicht:

Außenreserven und Innenpotenzial

Der Gesamtpotenzialwert in der Region von rd. 4.180 ha verfügbaren Wohnbauflächen im Oktober 2012 setzt sich zusammen aus dem Außenpotenzialwert addiert mit dem Innenpotenzialwert.

Hierbei entfielen auf die Außenreserven rd. 3.177 ha Wohnbauflächen und 845 ha Mischbauflächen. Mit der 50 %-igen Anrechnung der Mischbauflächen ergab sich eine Größenordnung von rd. 3.600 ha Wohnbauflächenpotenzial in Form von Außenreserven.

Das Innenpotenzial betrug 508 ha Wohnbau- und 145 ha Mischbauflächen, was einem ange-rechneten Innenpotenzialwert von 581 ha entspricht.

⁶¹ Für die Gebietskörperschaft wurde im Regionalen Raumordnungsbericht 2007 kein Wert angegeben.

⁶² Vgl. Regionaler Raumordnungsbericht 2007, Kap. II 2.2.3.

Flächenreserven in Zentralen Orten

Eine ergänzende Auswertung in Aufschlüsselung der Flächenreserven nach Zugehörigkeit zur Zentralörtlichkeit ergibt folgendes Bild:⁶³

	Zentrale Orte ⁶⁵		Orte mit Eigenentwicklung		Gesamtpotenzial in ha
	Außenreserven	Innenpotenziale	Außenreserven	Innenpotenziale	
Ahrweiler	141	18	101	13	273
Altenkirchen	121	31	209	31	392
Cochem-Zell	91	22	153	43	309
Mayen-Koblenz	369	46	273	50	738
Neuwied	220	42	227	49	537
Rhein-Hunsrück-Kreis	169	22	307	21	519
Rhein-Lahn-Kreis	119	16	351	41	528
Westerwaldkreis	172	28	460	82	742
Summe der Landkreise in der Region Mittelrhein-Westerwald	1402	225	2081	330	4038

Tab. 5: Gesamtwohnbaufächenreserven in Zentralen Orten und Orten mit Eigenentwicklung auf Ebene der Landkreise in der Region Mittelrhein-Westerwald

Quelle: www.RIS.rlp.de, Raum+Monitor; Stand 20.02.2013; eigene Berechnung

Das unterschiedliche Gewicht der jeweiligen zentralen Orte als gewünschte Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung kann in der folgenden Abbildung näherungsweise anhand ihrer Anteile an Wohnbaufächenpotenzial, Bevölkerungsanteil und den Anteilen an der Boden- sowie Siedlungs- und Verkehrsfläche bezogen auf den jeweiligen Kreis abgelesen werden:

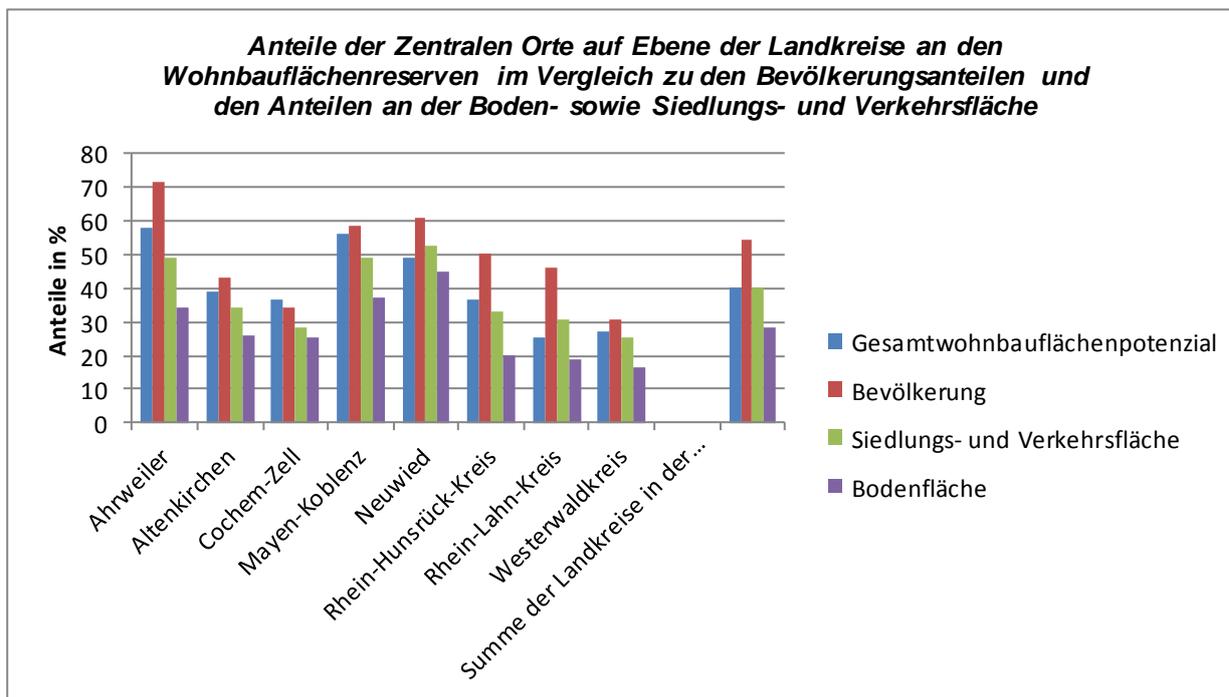


Abb. 45: Anteile der Zentralen Orte auf Ebene der Landkreise an den Wohnbaufächenreserven im Vergleich zu den Bevölkerungsanteilen und den Anteilen an der Boden- sowie Siedlungs- u. Verkehrsfläche

Quellen: Statistisches Landesamt; www.RIS.rlp.de, Raum+Monitor; Stand 20.02.2013; eigene Berechnung

⁶³ Die ergänzende Auswertung von Februar 2013 zeigt ein verfügbares Gesamtwohnbaufächenpotenzial von 4.166 ha in der Region (4.038 ha auf Ebene der Landkreise + 128 ha in der Stadt Koblenz) gegenüber insgesamt 4.180 ha mit Stand von Oktober 2012.

⁶⁵ Zentrale Orte nach RROP-Entwurf 2011.

Bei einer Auswertung ist zu berücksichtigen, dass insbesondere die Gesamtanzahl sowie die unterschiedlichen Gegebenheiten einzelner zentraler Orte hinsichtlich Bevölkerungsdichte oder Flächengröße die Ausprägungen der jeweiligen Gesamtanteile in den Landkreisen stark beeinflussen.

Gleichwohl ist ersichtlich, dass z.B. die neun zentralen Orte im Landkreis Ahrweiler eine andere Rolle innerhalb des eigenen Landkreises einnehmen als die zehn zentralen Orte innerhalb des Rhein-Lahn-Kreises oder die elf zentralen Orte innerhalb des Westerwaldkreises.⁶⁶

So lebt über 70 % der Bevölkerung von Ahrweiler in einem der zentralen Orte des Landkreises. Mit einem Anteil von nahezu 60 % des Bauflächenpotenzials wird sich auch die künftige Siedlungsentwicklung überwiegend auf die zentralen Orte erstrecken, deren Bodenfläche nur ein Drittel der Kreisfläche und ca. die Hälfte der heutigen Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst. Durch die Konzentration der Siedlungsentwicklung auf die zentralen Orte werden sich die Anteile von Bevölkerung und Siedlungs-/Verkehrsfläche voraussichtlich weiter zu Gunsten der zentralen Orte verschieben. Im Westerwaldkreis wohnt dagegen bereits heute nur knapp ein Drittel der Bevölkerung in einem zentralen Ort. Auch die verfügbaren Bauflächenpotenziale liegen zu knapp 70 % in nicht zentralen Orten.

Allgemein darf die weitere Siedlungsentwicklung nicht zu einem Bedeutungsverlust einzelner zentraler Orte führen.

Die Methodik der Potenzialflächenerfassung und differenzierte Analysen auf überregionaler Ebene sind im Abschlussbericht Raum plus ausführlich dargelegt.

Vor dem Hintergrund der im Projekt Raum plus ebenfalls erfassten Nachfragesituation und Verfügbarkeit der Flächenreserven zeigt der Abschlussbericht verschiedene Handlungsempfehlungen auf.

Diese können auf die entsprechenden gemeindebezogenen Situationen in der Region Mittelrhein-Westerwald übertragen werden. So sollen sich z.B. Kommunen mit schwacher Nachfrage und großen Reserven schwerpunktmäßig auf die Mobilisierung innerörtlicher Potenziale konzentrieren; von einer weiteren Erschließung von Flächen außerhalb der Ortslage wird demnach dringend abgeraten. Vorhandene Reserven sollen verbindlich in der Priorität zurückgestuft werden. Zudem wird auf die Notwendigkeit interkommunaler Konzepte hingewiesen.⁶⁷

Die grundsätzliche Notwendigkeit eines Flächenmanagements und der Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme wird in den meisten Verbandsgemeinden der Region anerkannt.

So zeigt eine erste Auswertung der Stellungnahmen aus dem Anhörungsverfahren zum Regionalplanentwurf 2011, dass sich auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung insgesamt 37 der 69 Gebietskörperschaften zum Kapitel Wohnsiedlungsentwicklung / Schwellenwerte für die Wohnbauflächenentwicklung geäußert haben. Zum dortigen Ziel Z 30 wurden 30 Stellungnahmen abgegeben, die vielfach konstruktive Anregungen beinhalten. Gleichwohl werden von einigen Gebietskörperschaften auf Ebene der Verbandsgemeinden bzw. verbandsfreien Gemeinden generelle Bedenken zu Zielvorgaben in diesem Themenkomplex vorgebracht.

Bei der weiteren Auswertung des Anhörungsverfahrens zum Regionalplanentwurf bzw. der Konzeption von Vorgaben der Wohnbauflächenentwicklung mit Blick auf eine nachhaltige Siedlungsentwicklung sind insbesondere auch die aktuell verfügbaren Flächenreserven wie auch die künftige demographische Entwicklung und das zentralörtliche System zu berücksichtigen.

⁶⁶ Die Bodenfläche der Landkreise Ahrweiler und Rhein-Lahn-Kreis ist mit jeweils über 78.000 ha nahezu gleich groß; der Westerwaldkreis hat jedoch eine um 20.000 ha größere Bodenfläche.

⁶⁷ Abschlussprojekt Raum plus RLP 2010, Kap. III., S. 47.

Vor allem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und den damit verbundenen zunehmenden Problemen der Tragfähigkeit der gemeindlichen Infrastruktureinrichtungen, gilt es die zentralen Orte durch die Regionalplanung weiterhin zu stärken. Dies dient neben der nachhaltigen Auslastung der Infrastruktureinrichtungen auch dem schonenden Umgang mit Grund und Boden durch die höheren Dichtewerte der zentralen Orte. Im Regionalen Raumordnungsplanentwurf 2011 sind mit Ochtendung, Kempenich und Mudersbach drei zusätzliche Grundzentren vorgesehen, um die Versorgung der Bevölkerung im Nahbereich nachhaltig sicherzustellen.

Insbesondere im ländlichen Raum kommt gem. G 10 den zentralen Orten eine besondere Funktion als Schwerpunkte der siedlungsstrukturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zu.⁶⁸

Um der sich aus Tabelle 5 und Abbildung 45 abzeichnenden Entwicklung einer Verschiebung der Bevölkerungsanteile durch hohe Bauflächenpotenziale in den nicht-zentralörtlichen Bereichen entgegen zu wirken, könnte der „Flächentausch“, den Ziel 33 ermöglicht, zu Gunsten der Gemeindeteile mit zentralörtlicher Funktion eine Rolle spielen. Dies obliegt jedoch der Planungshoheit der Gemeinden. Hierzu gilt es, die Gemeinden weiterhin zu sensibilisieren, die zukünftige Siedlungsentwicklung vor allem auf die zentralörtlichen Bereiche zu konzentrieren.⁶⁹

Grundsätzlich ist auch die Umsetzung eines nachhaltigen Siedlungsflächenmanagements in der Verknüpfung mit raumordnerischen Erfordernissen in einem raumordnerischen Vertrag unter Einbezug der Datenplattform Raum+Monitor denkbar.

Die Kommunen in der Region Mittelrhein-Westerwald setzen bereits bisher unterschiedliche Prioritäten in der Flächenentwicklung. Ein überregional bekanntes Beispiel einer konsequent auf die Innenentwicklung bedachten Kommune ist die Verbandsgemeinde Wallmerod, welche ein besonderes kommunales Förderprogramm aufgelegt hat und auch auf Bundesebene als REFINA-Projekt ausgezeichnet worden ist.⁷⁰

⁶⁸ Entwurf zum Regionalen Raumordnungsplan 2011, Kapitel 1.2 Raumstruktur.

⁶⁹ Entwurf zum Regionalen Raumordnungsplan 2011, Kapitel 1.3.2 Wohnsiedlungsentwicklung/ Schwellenwerte für die Wohnbauflächenentwicklung.

⁷⁰ Vgl. www.wallmerod.de.

Wohnbaulandpreise

Die Wohnbaulandpreise für baureifes Land sind von 2006 bis 2011 in Rheinland-Pfalz um 17 % gestiegen.

In fünf Landkreisen der Region Mittelrhein-Westerwald fand ebenfalls eine Steigerung statt, von 2,4 % im Rhein-Hunsrück-Kreis bis maximal über 22 % im Rhein-Lahn-Kreis. In zwei Landkreisen gingen die Bodenpreise allerdings zurück, um 6,8 % im Landkreis Ahrweiler bzw. um 11,5 % im Landkreis Cochem-Zell. Vergleichswerte für die Stadt Koblenz und den Landkreis Mayen-Koblenz liegen nicht öffentlich vor.

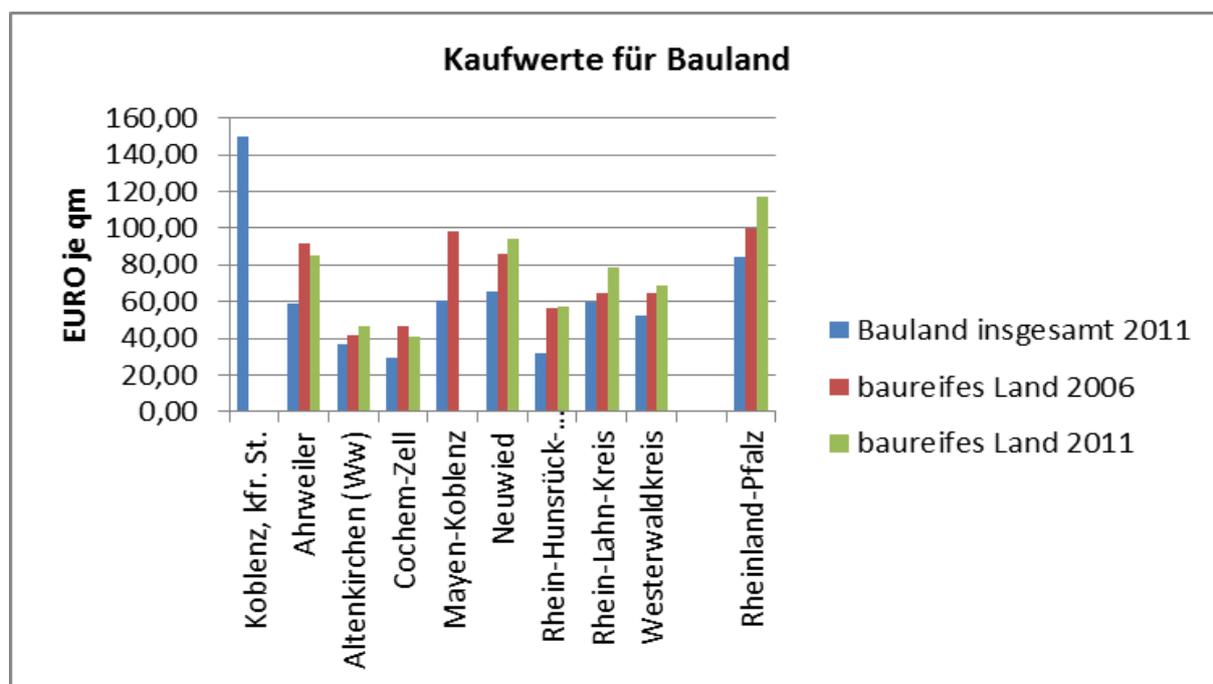


Abb. 46: Kaufwerte für Bauland 2006 und 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Durchschnittlich betragen 2011 die Baulandpreise insgesamt im Land rd. 84 € je qm und auf Ebene der Landkreise der Region 49 € je qm. Die günstigsten Baulandpreise finden sich im Landkreis Cochem-Zell.

Das Bodenwertniveau auf örtlicher Ebene kann vom Kreisdurchschnitt erheblich abweichen. Allgemein steht laut Landesgrundstücksmarktbericht in Ballungsgebieten einer hohen Nachfrage ein geringes Angebot gegenüber, wohingegen in ländlich strukturierten Bereichen ein Angebotsüberhang besteht. Die Entwicklungen werden dort auf die demographische Entwicklung in Kombination mit anderen Einflüssen wie ungünstige Verkehrsanbindungen zurückgeführt. Im nördlichen Rheinland-Pfalz zeigt der Landesgrundstücksmarktbericht anhand verschiedener Autobahnanbindungen, der Rheinschiene, der Anbindung an die ICE-Strecke Köln-Rhein/Main und der Nähe zu grenznahen Ballungsgebieten das höhere Preisniveau verschiedener Gebietskörperschaften für Wohnbauland in der Region auf.⁷¹

⁷¹ Oberer Gutachterausschuss für Grundstückswerte für den Bereich des Landes Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Auszug aus dem Landesgrundstücksmarktbericht Rheinland-Pfalz 2013 - Transparenz des Grundstücksmarktes -, Kap. 2.2, S. 23 ff; abgerufen unter <http://www.isim.rlp.de> am 05.03.2013.

3. Gesellschaft und Umwelt integrieren und natürliche Lebensgrundlagen bewahren

3.1 Regionale Kennziffern / Flächenentwicklung

Mit 643.292 ha nimmt die Region Mittelrhein-Westerwald flächenmäßig etwas weniger als ein Drittel der Landesfläche ein.

Im Jahr 2011 waren hiervon 95.166 ha der Siedlungs- und Verkehrsfläche (14,8 % der Regi-
onsfläche) sowie 40.492 ha (6,3 %) der Gebäude- und Freifläche zugeordnet.

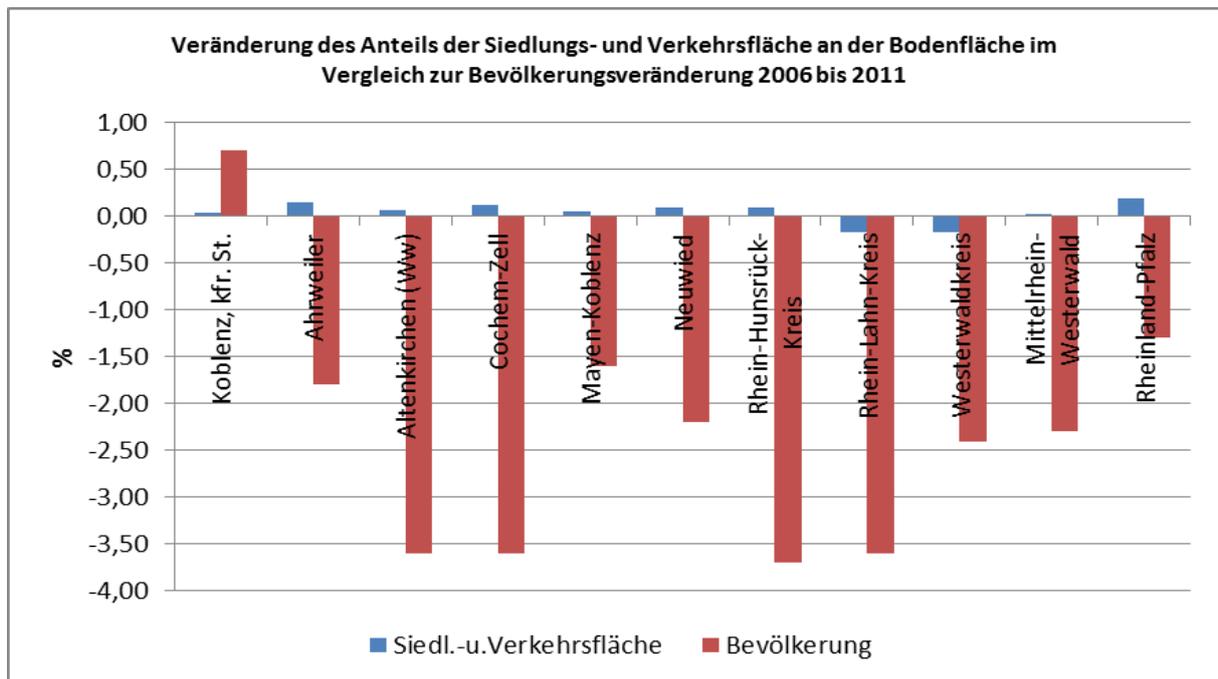


Abb. 47: Veränderung des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche im Vergleich zur Bevölkerungsveränderung 2006 bis 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Im Raumordnungsbericht 2007 wurde die Notwendigkeit einer Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme bzw. einer Flächenhaushaltspolitik, welche die demographische Entwicklung angemessen berücksichtigt, veranschaulicht.⁷²

Gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum hat sich nunmehr der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche weniger stark erhöht; gleichzeitig ist der Bevölkerungsrückgang deutlich stärker ausgeprägt.

In der kreisfreien Stadt und in sechs Landkreisen der Region fand von 2006 bis 2011 eine geringere Zunahme des Anteils an Siedlungs- und Verkehrsfläche statt als im Landesdurchschnitt; in zwei Landkreisen verringerte sich sogar der Anteil. Die Bevölkerungsentwicklung in der Region weist mit -2,3 % nunmehr einen Abstand von einem Prozentpunkt im Vergleich zur rückläufigen Entwicklung auf Landesebene auf.

⁷² Vgl. Regionaler Raumordnungsbericht 2007, Kap. II. 3.1.



Unter den Trägern der vorbereitenden Bauleitplanung wiesen im Jahr 2006 noch sieben Gebietskörperschaften einen Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche von unter 10 % an der Gesamtfläche auf; fünf Jahre später war dies nur noch bei fünf Verbandsgemeinden zutreffend.

Wie 2006 hatten im Jahr 2011 neben der kreisfreien Stadt Koblenz drei weitere Gebietskörperschaften einen diesbezüglichen Wert von über 30 %. Insgesamt übertrafen 16 Gebietskörperschaften einen anteiligen Wert von 20 % der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche.

In 25 Fällen -20 davon rechtsrheinisch- war bei den Verbandsgemeinden bezüglich der Veränderung des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche eine Abnahme zu verzeichnen. Bei 44 Gebietskörperschaften fand hier eine Zunahme statt, davon elfmal mit über 2 %.

Gerade bei der Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung sind verschiedene raumordnerische Vorgaben zum Schutz des Freiraums vor Überbauung zu beachten bzw. zu berücksichtigen. Ein Teil hiervon ist in den nachfolgenden Kapiteln wiedergegeben.

3.2 Beiträge regionalplanerischer Ausweisungen

Die Vorgaben in den Regionalen Raumordnungsplänen in Form von textlichen Zielen und Grundsätzen und räumlichen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten können dazu beitragen, Gesellschaft und Umwelt zu integrieren und die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren.

Raumordnerische Ziele sind keiner Abwägung mehr zugänglich und gemäß Raumordnungsgesetz zu beachten, wohingegen die Grundsätze Abwägungsdirektiven darstellen.⁷³

Auf Grund des Zielcharakters von Vorranggebieten können konkurrierende Maßnahmen in diesen nur über einzelfallbezogene Zielabweichungsverfahren zugelassen werden.⁷⁴

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung im Regionalen Raumordnungsbericht 2007 lag nur ein einziges abgeschlossenes Zielabweichungsverfahren betreffend Freiraumstrukturen vor. Bis Juli 2013 wurden insgesamt 13 diesbezügliche Zielabweichungsverfahren durchgeführt. Hierbei spielten auch die neuen in Aufstellung befindlichen Ziele des Regionalplanentwurfs 2011 eine wesentliche Rolle bei der Zulassung der Zielabweichung.

In der Region Mittelrhein-Westerwald ist über die Hälfte der Bodenfläche mit regionalplanerisch ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten des Regionalen Raumordnungsplans 2006 belegt.⁷⁵ Drei Landkreise haben einen höheren Anteil; in einem Landkreis erreicht der Gesamtwert nahezu zwei Drittel der Bodenfläche.

Änderungen im Regionalplanentwurf 2011 ergeben sich auch durch die Aufnahme weiterer Vorrang- und Vorbehaltsgebiete wie zum Grundwasser- sowie zum Ressourcenschutz bzw. auf Grund von Modifikationen vor dem Hintergrund neuer Fachbeiträge.

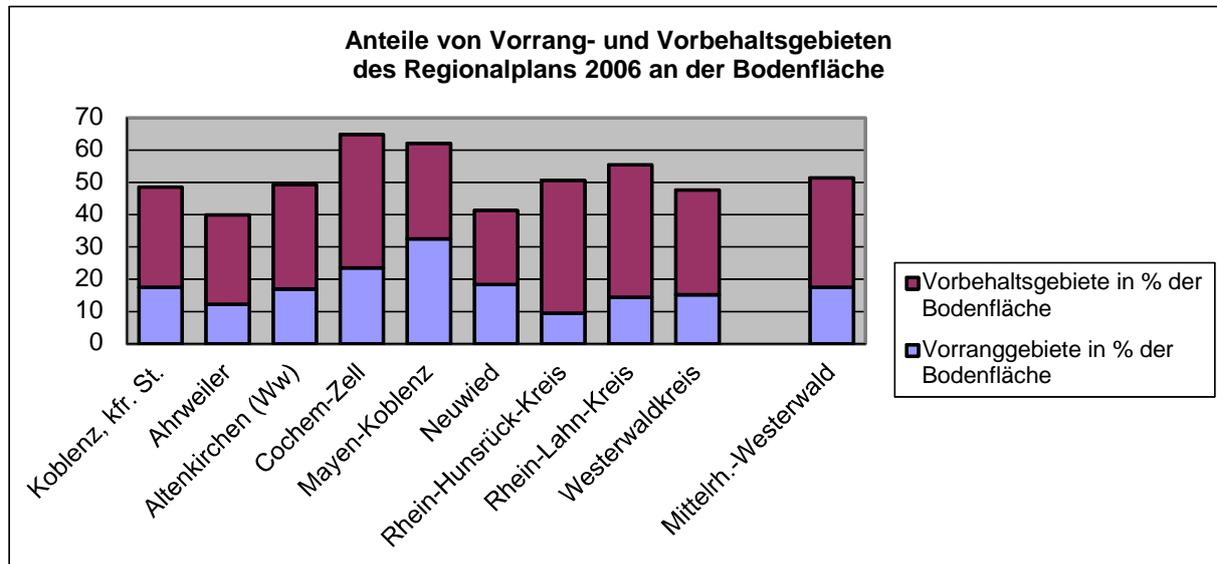


Abb. 48: Anteile von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten des Regionalplans 2006 an der Bodenfläche

Quelle: eigene Berechnung

⁷³ §§ 3, 4 Raumordnungsgesetz. Die Bauleitpläne sind nach § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch den Zielen der Raumordnung anzupassen.

⁷⁴ Hierzu müssen seit Verbindlichwerden des Regionalplanes veränderte Tatsachen oder Erkenntnisse vorliegen, welche die Abweichung raumordnerisch vertretbar machen; zudem darf der Regionalplan nicht in seinen Grundzügen berührt sein (§ 10 Abs. 6 Landesplanungsgesetz).

⁷⁵ Ohne Vorbehaltsgebiete für Erholung sowie Regionale Grünzüge, Grünzäsuren und Räume für den besonderen Schutz des Landschaftsbildes.

3.2.1 Vorbeugender Hochwasserschutz – Flächenvorsorge in der Region

Hochwasser als bekanntes und immer wieder auftretendes wasserwirtschaftliches Extremereignis prägt die Flusslandschaften von Rhein und Mosel sowie der vielen kleineren Flüsse, Bäche und Gewässer in der Region. Im Zuge des Klimawandels sind bereits verstärkt auftretende Hochwasserereignisse festzustellen und ein weiterer Anstieg der Zahl der Ereignisse vor allem in den Wintermonaten prognostiziert⁷⁶

Die Raumordnung wurde durch eine Änderung des Raumordnungsgesetzes im Jahr 2005 in die Lage versetzt Freiräume zur Sicherung eines vorbeugenden Hochwasserschutzes auszuweisen.⁷⁷ Darüber hinaus können auch Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes nach den Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes in die Raumordnungspläne aufgenommen werden.⁷⁸

Durch die EU-Richtlinie 2007/60/EG über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken wurde ein intensiver fachlicher Abstimmungsprozess in den Einzugsgebieten der Flüsse angestoßen, der die nachteiligen Auswirkungen von Hochwasser minimieren soll. Die Ergebnisse und Zwischenergebnisse dieses Prozesses fließen über die Fachbeiträge auch in die Erstellung der Regionalen Raumordnungspläne mit ein und verbessern so den Hochwasserschutz in der Raumordnung.⁷⁹ Auch Erkenntnisse der Fachbehörden zu aktuellen Entwicklungen wie beispielsweise den Auswirkungen des Klimawandels können so berücksichtigt werden.

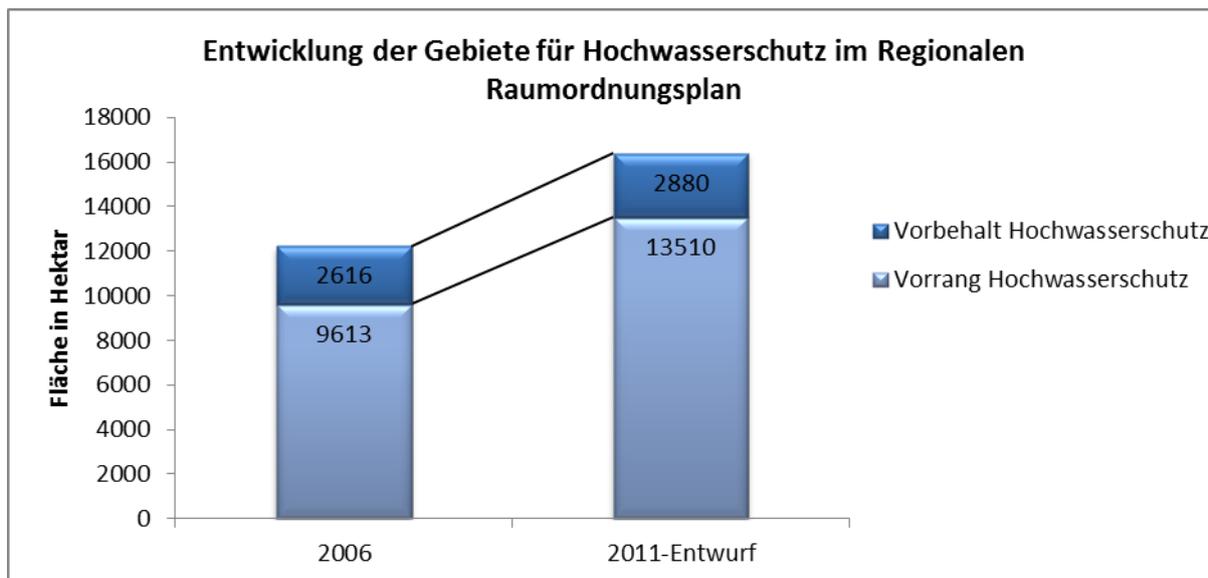


Abb. 49: Entwicklung der Gebiete für Hochwasserschutz im Regionalen Raumordnungsplan

Quelle: eigene Darstellung

⁷⁶ http://www.kliwa.de/download/KLIWA_Monitoringbericht_2011.pdf abgerufen am 04.02.2013

⁷⁷ Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes vom 3. Mai 2005, BGBl 2005 I Nr. 26, vom 9. Mai 2005.

⁷⁸ Artikel 3 des Gesetzes zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes vom 3. Mai 2005 ergänzte § 7 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes.

⁷⁹ Weitere Informationen unter: <http://www.wasser.rlp.de/>.

Der derzeit gültige Regionale Raumordnungsplan der Region Mittelrhein-Westerwald enthält Vorranggebiete für Hochwasserschutz mit einer Gesamtfläche von 9.613 Hektar. Diese sind von jeglicher Bebauung freizuhalten und als Ziel der Raumordnung zu beachten. Im aktuellen Entwurf des Regionalen Raumordnungsplans wurde diese Fläche auf 13.510 Hektar erweitert, was rd. 2,1 Prozent der Regionsfläche entspricht.

Als textliches Ziel der Raumordnung sind gemäß RROP 2006 zusätzlich die Auensysteme der Gewässer mit Vorrang für die natürliche Fließgewässerentwicklung geschützt und ebenfalls von jeglicher Bebauung freizuhalten. Im RROP-Entwurf sind diese enthalten in den Gebieten für den Biotopverbund. Insoweit wurden die textlichen Formulierungen und räumlichen Konkretisierungen im Regionalplanentwurf gegenüber dem RROP 2006 vor dem Hintergrund der wasser- und naturschutzfachlichen Fachbeiträge teilweise modifiziert.

Flankiert werden diese Ziele von den als Grundsatz festgelegten Vorbehaltsgebieten für Hochwasserschutz, die im gültigen Regionalen Raumordnungsplan eine Fläche von 2.616 Hektar umfassen und im aktuellen Entwurf auf 2.880 Hektar erweitert wurden. In diesen Gebieten soll dem vorbeugenden Hochwasserschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden.

Die vorhandene Bebauung soll auch hinter Hochwasserschutzanlagen soweit möglich und zumutbar an die Hochwassergefahr angepasst und entsprechend kompatibel ausgeformt werden.

Es wurden bisher keine Zielabweichungsverfahren in der Region durchgeführt, die die Ziele des Hochwasserschutzes im Regionalen Raumordnungsplan betroffen hätten.⁸⁰

Die derzeit auf Grund von EU-Vorgaben neu abgegrenzten / festgesetzten Überschwemmungsgebiete werden im Zuge der weiteren RROP-Fortschreibung berücksichtigt.

3.2.2 Artenschutz

In der Region Mittelrhein-Westerwald existieren in den großen zusammenhängenden Waldgebieten von Soonwald, Moselhunsrück und Ahreifel viele relativ störungsarme Waldlebensräume. Diese stellen wertvolle Rückzugsräume für störungsempfindliche Arten dar. Hier konnte sich auch im räumlichen Zusammenhang mit den großen Waldgebieten in der Region Trier ein Verbreitungsschwerpunkt der Wildkatze etablieren, die sich mittlerweile auch in die anderen Teile der Region ausbreitet. Als zweite wichtige Leitart der großen Waldlebensräume ist der Schwarzstorch in der Region beheimatet.

In der Region liegt ein Verbreitungsschwerpunkt des Rotmilans, der in der gesamten Region heimisch ist. Die größte Zahl der bekannten Rotmilanhorste liegt nach Informationen des Landschaftsrahmenplans östlich des Rheins.

Die Hangwälder der großen Flusstäler und deren Seitentäler bilden einen weiteren bedeutenden Bestandteil der Waldbiotope in der Region. In der Region Mittelrhein-Westerwald sind vor allem in diesen Gebieten die letzten größeren Vorkommen des Haseluhns in Rheinland-Pfalz beheimatet, die in besonderem Maße an diese Habitatstrukturen gebunden sind. Durch zunehmenden Rückgang der bisherigen Nutzungen sind diese Habitate durch eine fortschreitende Verbuschung gefährdet.

⁸⁰ Auch nicht im Vorberichtsbezugsraum. Siehe RROB 2007, Kap. 3.2.1.

Die Energiewende aber auch zunehmende touristische Nutzungen der großflächigen und bisher störungsarmen Wälder erzeugen einen Nutzungsdruck auf die sensiblen Waldlebensräume in der Region.

Das vor allem in den Tälern von Rhein und Ahr vorkommende Halboffenland in der Region ist maßgeblich durch Streuobstwiesen geprägt. Durch den Rückgang dieser Bewirtschaftungsform sowie durch Rodungen im Zuge von Siedlungserweiterungen sind diese Bereiche gefährdet.

Die Fließgewässer bilden mit ihren Auen wichtige Lebensräume und Verbindungsachsen. Sie werden durch bauliche Maßnahmen und intensive Nutzungen in ihrer Funktion beeinträchtigt.

Die Stillgewässer der Region, die teilweise auch durch den Rohstoffabbau entstanden sind, bilden wertvolle Lebensräume für Amphibien und zahlreiche Vogelarten. Gefährdungen entstehen auch hier vor allem durch Freizeitnutzungen und Eutrophierung. Aber auch Rekultivierungen und Wiederverfüllungen können Probleme darstellen.

Der derzeit gültige Regionale Raumordnungsplan Mittelrhein-Westerwald 2006 trägt durch die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Arten- und Biotopschutz in besonderem Maße zur Erhaltung der Artenvielfalt und gefährdeten Arten in der Region bei. Ergänzt werden diese Gebiete durch den Regionalen Grünzug und die Gewässer mit Vorrang für die Fließgewässerentwicklung.

In den Vorranggebieten für Arten- und Biotopschutz sind alle Nutzungen ausgeschlossen, die mit dem Ziel, die heimische Tier- und Pflanzenwelt nachhaltig zu sichern nicht vereinbar sind. In den Vorbehaltsgebieten für Arten- und Biotopschutz soll der nachhaltigen Sicherung der heimischen Tier- und Pflanzenwelt bei der Abwägung mit konkurrierenden Belangen ein besonderes Gewicht beigemessen werden.⁸¹

NATURA 2000 Gebiete sind im RROP 2006 nachrichtlich dargestellt. Die größten Europäischen Vogelschutzgebiete in der Region liegen im Landkreis Ahrweiler.

Es wurden seit 2007 keine Zielabweichungsverfahren zum Arten- und Biotopschutz durchgeführt. Von den Zielen des Regionalen Grünzuges wurde in diesem Zeitraum viermal eine Abweichung zugelassen.

Mit dem LEP IV veränderte sich die Steuerungssystematik der Raumordnung im Bereich des Artenschutzes. Das LEP IV weist den landesweiten Biotopverbund aus, der sich aus „Kernflächen/Kernzonen“ und „Verbindungsflächen Gewässer“ zusammensetzt. Der landesweite Biotopverbund erfasst weite Teile der bisherigen Vorranggebiete für Arten- und Biotopschutz des RROP 2006. Die Schutzkulisse des Natura 2000 Netzes ist vollständig vom landesweiten Biotopverbund erfasst. Dieser wird bei der Anpassung des Regionalen Raumordnungsplans an das LEP IV durch den regionalen Biotopverbund ergänzt werden.

Da der landesweite Biotopverbund große Teile der Vorranggebiete für Arten- und Biotopschutz umfasst, reduziert sich auf der Ebene der Regionalplanung die Kulisse der Vorranggebiete zum Arten- und Biotopschutz (jetzt regionaler Biotopverbund) deutlich. Insgesamt ist der landesweite und regionale Biotopverbund jedoch mit 348.345 ha deutlich größer als die Fläche der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Arten- und Biotopschutz nach RROP 2006 mit 194.387 ha.

⁸¹ RROP M-W 2006, Kap. 4.2.2.

Neu im RROP-Entwurf 2011 ist das Konzept der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Ressourcenschutz in denen eine gleichwertige Wertung von Grundwasserschutz und der Funktionen des regionalen Biotopverbunds erfolgt. Sie umfassen 1638 Hektar für Vorranggebiete und 320 Hektar für Vorbehaltsgebiete, was zusammen 0,3 % der Regionsfläche entspricht.

Im Entwurf des RROP 2011 wird die Kulisse der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Umweltbelange deutlich ausgeweitet. Dies ist nicht zuletzt auf die Integration der Natura 2000 Gebiete in den landesweiten Biotopverbund zurückzuführen, der seinen Ursprung jedoch im LEP IV hat und nur nachrichtlich übernommen ist. Er deckt 24 % der Regionsfläche ab.

Der Regionale Grünzug nimmt nach wie vor etwa 15 % der Regionsfläche ein. Im Vergleich zu den Vorranggebieten und Vorbehaltsgebieten für den Arten- und Biotopschutz, die im RROP 2006 30,2 % der Regionsfläche abdeckten, reduzierte sich der Anteil der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Regionalen Biotopverbund minimal auf 29,9 % der Regionsfläche. Allerdings fand eine Verschiebung bei den Vorrangflächen statt, die im RROP 2006 noch 9,7 % umfassten und im RROP 2011 auf 3,4 % reduziert wurden. Ausgeglichen wurde dies in der Flächenbilanz durch die Ausweitung der entsprechenden Vorbehaltsgebiete von 20,5 % auf 26,5 %.

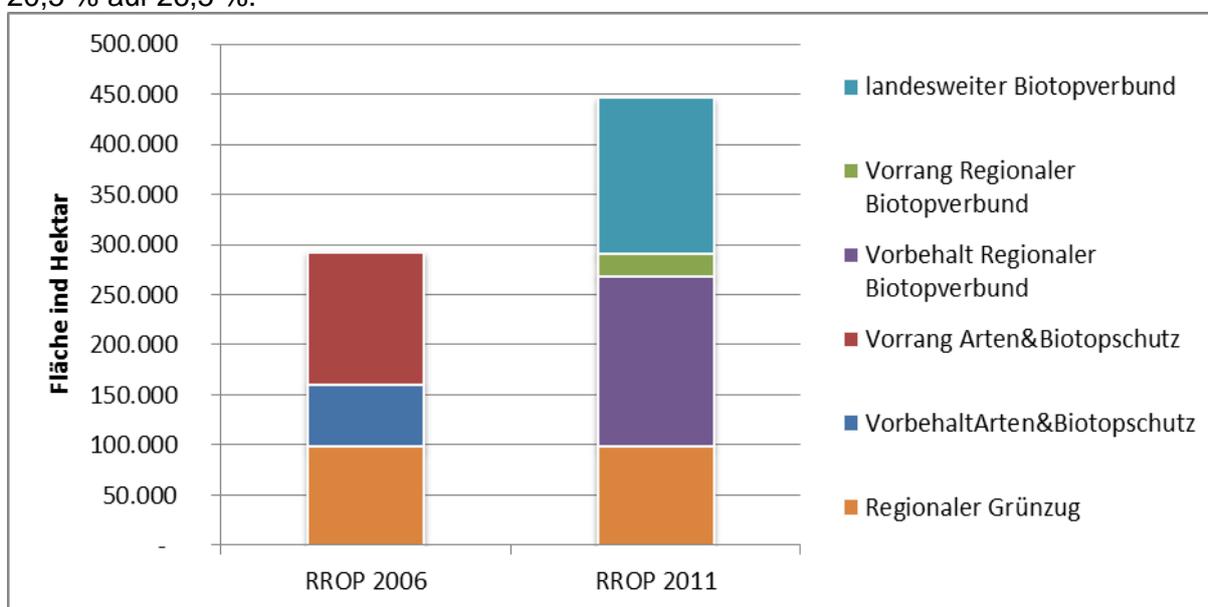


Abb. 50: Ausweisung freiraumplanerischer Inhalte RROP 2006 im Vergleich zu RROP-E 2011

Quelle: eigene Darstellung

Vor dem Hintergrund der neuen Vorgaben des LEP IV 2008 und der Landschaftsrahmenplanung als Fachbeitrag sind auch die textlichen Ziel- und Grundsatzaussagen des Regionalplans für den Entwurf überarbeitet worden.⁸²

⁸² Siehe RROP-Entwurf Kap. 2.1.3.1; vgl. auch RROB 2007, Kap. 3.2.2.

3.2.3 Grundwasserschutz

Die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) hat zum Ziel einen „guten Zustand“ für alle Gewässer bis zum Jahr 2015 zu erreichen und umfasst auch Maßnahmen zum Schutz des Grundwasserkörpers.⁸³ Auch durch die intensive, insbesondere landwirtschaftliche Nutzung der Kulturlandschaft sind noch Anstrengungen zur Verbesserung der Grundwasserqualität notwendig. Davon sind in der Region Mittelrhein-Westerwald besonders das Pellener Feld und das Maifeld betroffen.

Gleichwohl liegen in der Region wichtige Grundwasservorkommen und zahlreiche Heilquellen. Etwa die Hälfte der festgesetzten Heilquellenschutzgebiete des Landes Rheinland-Pfalz befinden sich in der Region Mittelrhein-Westerwald⁸⁴.

Der Regionale Raumordnungsplan 2006 trifft die Grundsatzaussage, dass eine in qualitativer wie quantitativer Hinsicht ausreichende Wasserversorgung in allen Teilräumen der Region als Lebensgrundlage für die Bevölkerung entscheidend ist und deshalb bei allen Planungen und Maßnahmen besonders beachtet werden soll.⁸⁵ In der Plankarte sind die festgesetzten und die geplanten Wasserschutzgebiete und Heilquellenschutzgebiete dargestellt, die bei raumbedeutsamen Entscheidungen besonders zu berücksichtigen sind.⁸⁶

Die Ausführungen zum Grundwasserschutz sind im Regionalplanentwurf 2011 deutlich weiterentwickelt worden. So weist der Entwurf nun 33.203 ha (5,2 % der Regionsfläche) Vorranggebiete für den Grundwasserschutz aus. In diesen Gebieten sind bereits mögliche Gefährdungen frühzeitig abzuwehren, um das Wasserdargebot weder qualitativ noch quantitativ zu gefährden. Bei den Vorranggebieten handelt es sich im Wesentlichen um zeitlich befristete sowie um bereits geplante und abgegrenzte Wasser- und Heilquellenschutzgebiete. Ergänzend weist der Entwurf 79.281 ha (12,3 % der Regionsfläche) Vorbehaltsgebiete für Grundwasserschutz aus, die grundsätzlich für die Wassergewinnung geeignete regional bedeutsame Grundwasservorkommen umfassen. In diesen Gebieten sollen konkurrierende Nutzung nur zugelassen werden soweit eine Veränderung der Wasserressourcen nicht zu besorgen ist.⁸⁷ Der Belang hat Grundsatzcharakter und ist der Abwägung zugänglich.

Ein besonderes potenzielles Konfliktfeld ergibt sich in Bezug auf den Grundwasserschutz und der Sicherung bzw. dem Abbau von wertvollen Rohstoffvorkommen in Teilen der Region.

⁸³ Siehe auch Kapitel 3.4 Schutz der Gewässer, Raumordnungsbericht des Landes Rheinland-Pfalz, 2008; bzw. www.wrrl.rlp.de.

⁸⁴ Vgl. Raumordnungsbericht des Landes Rheinland-Pfalz, 2008, Karte III 3.4.3, S. 236.

⁸⁵ RROP M-W 2006, Kap. 4.2.1, G1.

⁸⁶ Vgl. auch RROB 2007, Kap. 3.2.3.

⁸⁷ Siehe RROP-Entwurf 2011 Kap. 2.1.3.2.

3.2.4 Freizeit und Erholung, Landschaftsbild

Die Flusstäler von Rhein, Mosel, Ahr, Lahn, Sieg, Wied und Nette durchziehen die Region und bieten eine attraktive Kulisse für Ausflugsziele. Gerade die Weinbaugebiete in der Region sind traditionelle Anziehungspunkte für Touristen und die Naherholung. Sie werden ergänzt durch die landschaftlichen Potenziale der Mittelgebirge Eifel, Hunsrück, Taunus und Westerwald, die sich auch in den zahlreichen Landschaftsschutzgebieten und Naturparks widerspiegeln.

Diese landschaftliche Vielfalt bietet gute Voraussetzungen und Potenziale für Freizeit und Erholung sowie Fremdenverkehr bzw. Tourismus in der Region Mittelrhein-Westerwald. Hervorzuheben sind dabei das UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal sowie das UNESCO-Weltkulturerbe Limes als europaweit verbindendes kulturelles und touristisches Element. Als wichtiger Impuls führte auch die Bundesgartenschau 2011 im Oberzentrum Koblenz zur besseren Vernetzung und teilweise zur Entstehung weiterer Attraktionen in der Region.

Darüber hinaus verfügt die Region auf Grund der historischen Städte und Stätten in den großen Flusstälern sowie der ländlich geprägten Gemeinden in den Höhenlagen über ein außerordentliches Potential für touristische Angebote und Ferienangebote. Ein reichhaltiges kulturelles Angebot, zahlreiche Möglichkeiten im Kur- und Bäderbereich, die Gastlichkeit in den berühmten Weinbaugebieten und die durch den Weinanbau und die Landwirtschaft geprägte und gepflegte Kulturlandschaft sind die bedeutenden Elemente des Tourismus in der Region Mittelrhein-Westerwald.

Die Tourismusregion Westerwald-Lahn ist in Rheinland-Pfalz am stärksten durch inländische Gäste geprägt (ca. 76 % der Übernachtungen durch Inländer).⁸⁸ Die landesweit höchste Bettenauslastung ist in der Tourismusregion Ahr zu finden (35 %), die stark vom Tourismuszentrum Bad Neuenahr geprägt ist, welches direkt hinter Mainz auf 2. Stelle der übernachtungsstärksten Tourismusorte im Land liegt. Die Schwerpunkte des Tourismus bilden in der Region die großen Flüsse Ahr, Mosel und das Obere Mittelrheintal.

Der Regionale Raumordnungsplan 2006 weist zum Schutz des hohen Erlebniswertes dieser Kulturlandschaften als Grundlage für die Erholungsfunktion und den Tourismus verschiedene Kategorien aus: großräumige Erholungsräume, Vorbehaltsgebiete für Erholung sowie für Gemeinden die besondere Funktionszuweisung Erholung.⁸⁹

Das LEP IV 2008 weist landesweit bedeutsame Erholungsräume und landesweit bedeutsame Bereiche für Erholung und Tourismus aus, die von der Regionalplanung als Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Erholung und Tourismus für die Region konkretisiert werden sollen. Dies erfolgte im Entwurf des Regionalen Raumordnungsplans 2011 in Form von Vorbehaltsgebieten für Erholung, die mit 435.067 Hektar 67,6 % der Regionsfläche umfassen. Vorranggebiete für Erholung sind auch im RROP-Entwurf nicht vorgesehen; die besondere Gemeindefunktion Erholung ist nicht mehr enthalten.

Aufgrund ihrer hohen Bedeutung für die Landschaft und den Tourismus sind jedoch gemäß Z 59 des RROP-Entwurfs die großen Flusstäler und insbesondere die Hangbereiche in den Vorbehaltsgebieten Erholung und Tourismus vor störenden Nutzungen mit einem Ziel der Raumordnung geschützt. Ziel 60 schränkt zusätzlich die Neuanlage und Ausdehnung von Campingplätzen in den Vorbehaltsgebieten Erholung und Tourismus ein.

⁸⁸ Vgl. Statistische Analysen No 22, Tourismus in Rheinland-Pfalz, Statistisches Landesamt, 2011.

⁸⁹ Vgl. RROP M-W 2006, Kap. 2.4, sowie RROP 2007, Kap. 3.2.4.

Der RROP-Entwurf knüpft damit inhaltlich an die Zielaussagen des RROP 2006 zum Landschaftsbild an, vgl. dortiges Kap. 4.2.7. Hierzu wurde im Zeitraum von 2007 bis 2013 ein einziges Zielabweichungsverfahren durchgeführt, dass sich jedoch auf beide Ziele bezog.

Die Vorbehaltsgebiete Erholung und Tourismus im RROP-Entwurf 2011 haben die Funktion und weitestgehend die Kulisse der Räume für den besonderen Schutz des Landschaftsbildes mit übernommen. Sie verbinden somit auch die Schutzfunktionen für Erholung, Tourismus und den Schutz des Landschaftsbildes.⁹⁰

Im weiteren Zusammenhang mit Erholungsräumen und dem Schutz des Landschaftsbildes spielen auch die Kulturlandschaften eine besondere Rolle. Die im LEP IV 2008 enthaltenen landesweit bedeutsamen Kulturlandschaften wurden im Rahmen der Landschaftsrahmenplanung ergänzt und insoweit in den RROP-Entwurf übernommen.

Diese bilden indes keine Umsetzungsgrundlage für die durch das LEP IV, Teilfortschreibung Erneuerbare Energien, vorgesehene Konkretisierung der landesweit bedeutsamen historischen Kulturlandschaften im Hinblick auf den Ausschluss von Windenergie⁹¹.

⁹⁰ Siehe auch G 58, G 97-G 100, RROP-E 2011 sowie RROB 2007, Kap. 3.2.5 mit weiteren Ausführungen zum Landschaftsbild.

⁹¹ Vgl. Stellungnahme der Planungsgemeinschaft zum zweiten Anhörungsentwurf des LEP IV gemäß Beschluss der Regionalvertretung vom 13.12.2012.

4. Wirtschaftskraft stärken und ökoeffizientes Wirtschaften fördern

4.1 Regionale Kennziffern

4.1.1 Wertschöpfung nach Wirtschaftsabschnitten

Die Bruttowertschöpfung bildet die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region oder Wirtschaftssektors ab.

In der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald wurden 2009 27.686 Millionen € an Bruttowertschöpfung erbracht. Dies entspricht wie schon 2005 rund 30 % der Bruttowertschöpfung des Landes Rheinland-Pfalz.

Der Großteil der Bruttowertschöpfung entfällt in der Region auf die Dienstleistungsbereiche. Innerhalb des tertiären Sektors tragen öffentliche und private Dienstleistungen sowie Finanzierung und Vermietung mit 28 % bzw. 27 % die größten Anteile zur Bruttowertschöpfung in der Region bei. Die beiden Dienstleistungsbereiche erwirtschaften zusammen über die Hälfte der gesamten Bruttowertschöpfung. Innerhalb des produzierenden Gewerbes dominiert das verarbeitende Gewerbe.

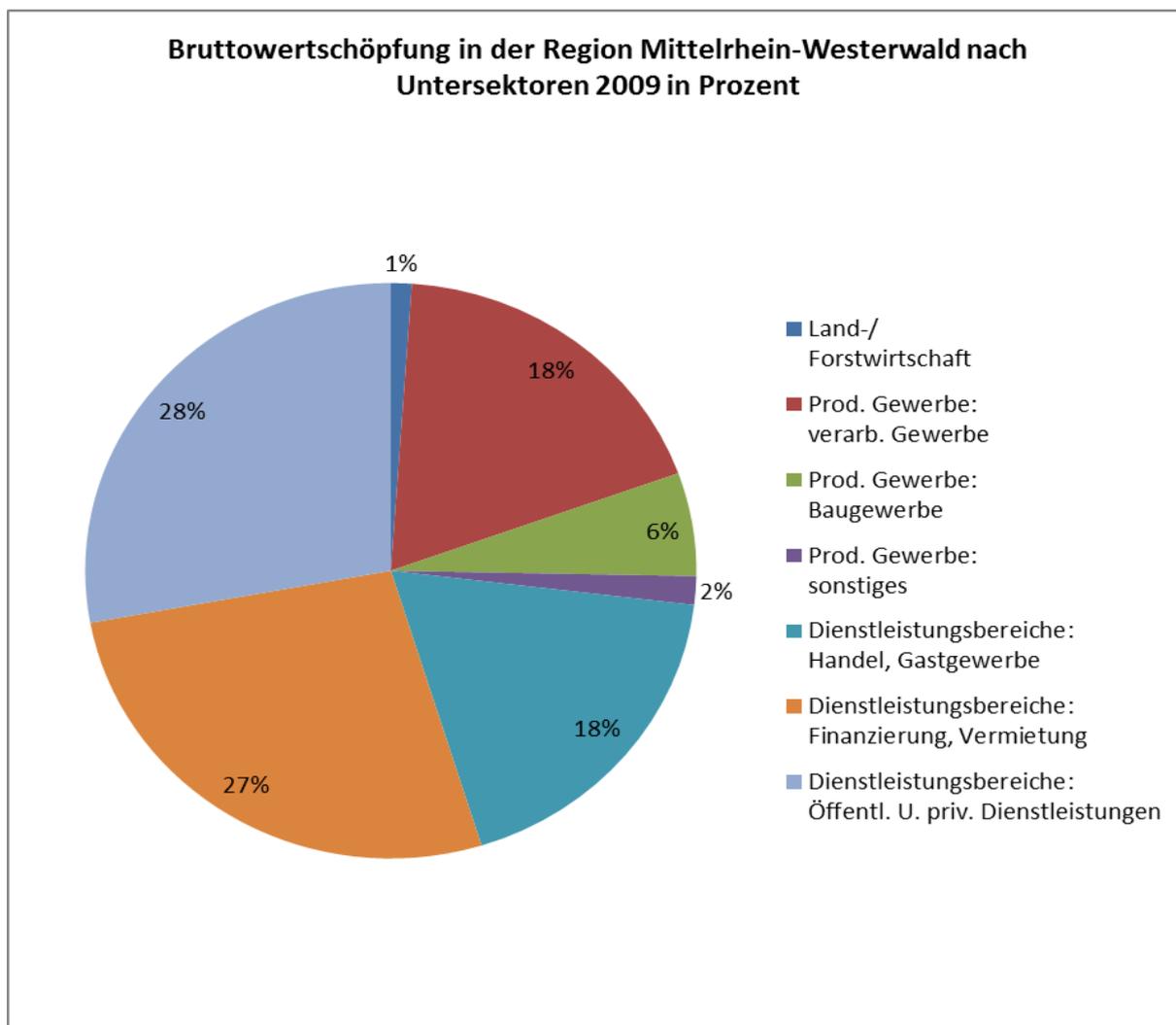


Abb. 51: Bruttowertschöpfung in der Region Mittelrhein-Westerwald nach Untersektoren 2009 in Prozent
Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung



Nach der kreisfreien Stadt Koblenz erwirtschafteten 2009 der Westerwaldkreis und der Landkreis Mayen-Koblenz die höchsten Anteile der regionsinternen Bruttowertschöpfung. Die drei Gebietskörperschaften tragen 48,7 % zur Gesamtbruttowertschöpfung der Region bei.

Mit 44.500 € ist die Bruttowertschöpfung pro Kopf in Koblenz mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Region (20.100 €/Kopf).

4.1.2 Arbeitsmarkt

Arbeitsplätze nach Wirtschaftssektoren

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort erhöhte sich von 2006 bis 2011 von 353.172 auf 376.736 Personen.

Während die Beschäftigungszahlen 2006 zunächst stiegen, führte 2009 die weltweite Wirtschaftskrise auch in der Region Mittelrhein-Westerwald zu einem leichten Rückgang der Beschäftigtenzahlen (-1 %). Ab 2010 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen jedoch kontinuierlich bis 2011 wieder an. Insgesamt konnte ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen von 6,7 % (Land: 7,7 %) erreicht werden.

Die höchsten Gewinne an Arbeitnehmern konnten im Betrachtungszeitraum der Westerwaldkreis sowie der Landkreis Mayen-Koblenz für sich verzeichnen. Die Landkreise Neuwied und Altenkirchen konnten von der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geringer profitieren.



Abb. 52: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in der kreisfreien Stadt und den Landkreisen 2006-2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Auf Ebene der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden konnten die Gemeinde Grafschaft mit 24,8 % und die Stadt Remagen mit 18,5 % den höchsten Zugewinn an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort verzeichnen. In Grafschaft entstanden 382 zusätzliche Arbeitsplätze, in Remagen 565.

Einbußen an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort mussten nur neun Verbandsgemeinden hinnehmen. Den mit Abstand höchsten Arbeitsplatzverlust musste die Verbandsgemeinde Betzdorf hinnehmen (-1.137 Arbeitsplätze). Hier reduzierte sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort um -18,5 %.

Die Region Mittelrhein-Westerwald ist wie Rheinland-Pfalz eine Dienstleistungsregion. Über 90 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort arbeiten im Dienstleistungsbereich. Das produzierende Gewerbe bietet rund 7 % der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze der Region. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sind die Ausnahme. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der große Teil der Selbständigen nicht mit erfasst wird.

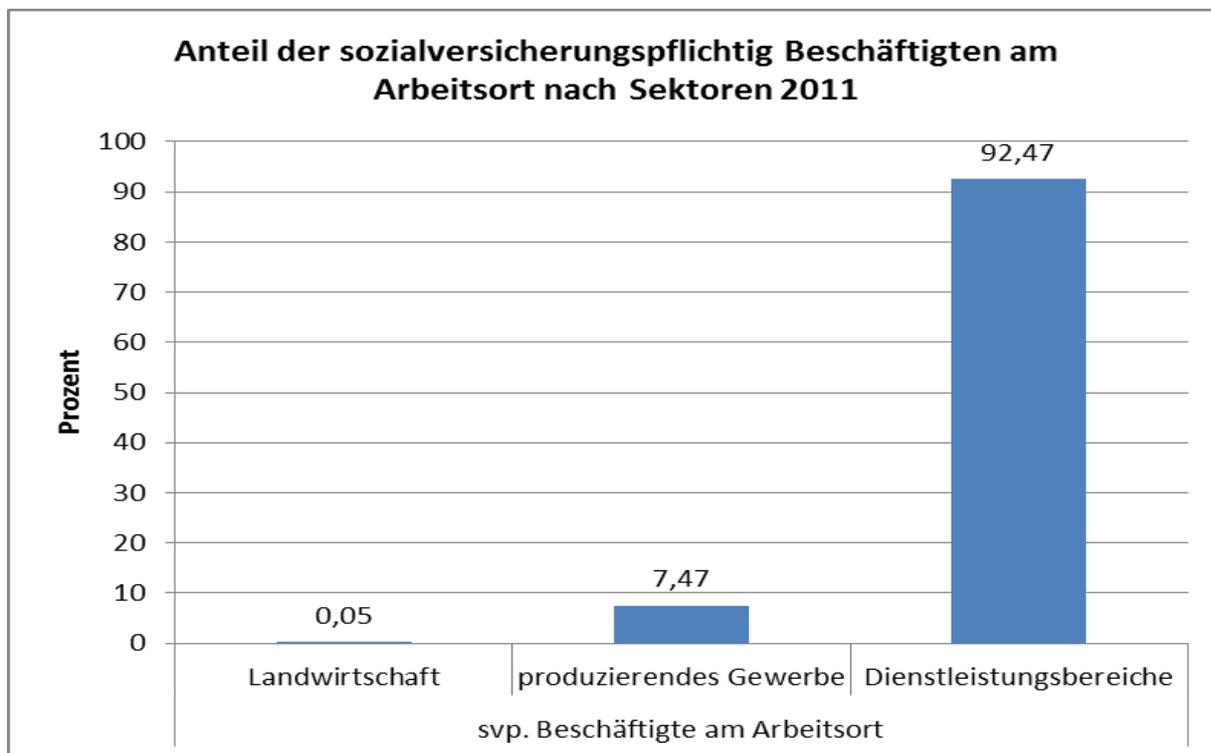


Abb. 53: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in der Region Mittelrhein-Westerwald nach Sektoren 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Die Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Landkreisen und Verbandsgemeinden (absolut und prozentual) ist dem Anhang zu entnehmen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschulabschluss

Deutlich unterdurchschnittlich – mit Ausnahme der Stadt Koblenz – ist in der Region Mittelrhein-Westerwald der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort mit Hochschulabschluss. Während in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt 8,3 % der Beschäftigten am Arbeitsort einen Hochschulabschluss vorweisen, sind dies in der Region im Schnitt nur 6,3 %. Dieser Wert wird durch die Stadt Koblenz mit einem Anteil von 10 % Hochschulabsolventen unter den Arbeitnehmern beeinflusst. Alle Landkreise weisen einen unterdurchschnittlichen Anteil an Akademikern auf; der geringste Wert beträgt 3,9 % im Landkreis Cochem-Zell.

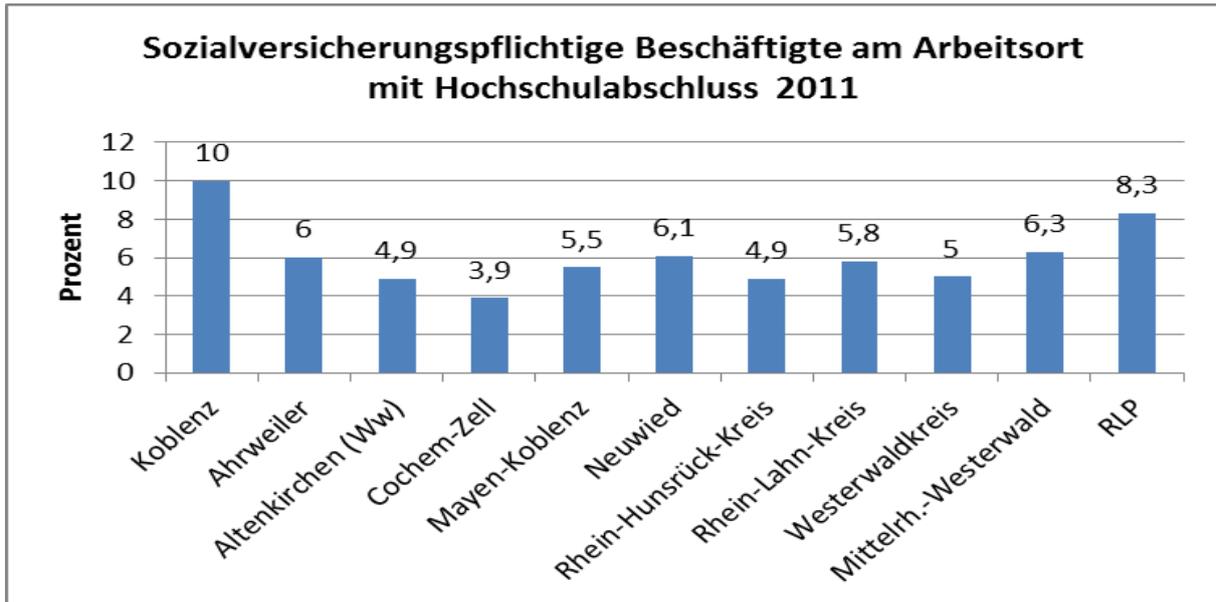


Abb. 54: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort mit Hochschulabschluss in der kreisfreien Stadt und den Landkreisen 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Auf Ebene der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden variieren die Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort mit Hochschulabschluss zwischen 2,1 % in der Verbandsgemeinde Altenahr und 9,7 % in Rhens.⁹²

⁹² Zwei Werte unterlagen der Geheimhaltung.

Pendlerbewegungen

Die Region Mittelrhein-Westerwald ist -analog wie Rheinland-Pfalz- eine Auspendlerregion. Auf dem Weg zur Arbeit pendeln 280.419 Arbeitnehmer in die Region ein, 331.891 Personen mit Wohnsitz in der Region pendeln aus. Somit ergibt sich ein Pendlersaldo von -51.472.

Dies bedeutet, lediglich rund 22,5 % der insgesamt 428.208 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in der Region arbeiten auch dort (96.317 Personen). Die übrigen 77,5 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in der Region gehen einer Tätigkeit außerhalb der Regionsgrenzen nach.

Bezogen auf die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze vor Ort ergibt dies eine Stellenbesetzung von 75 % durch Einpendler in die Region.

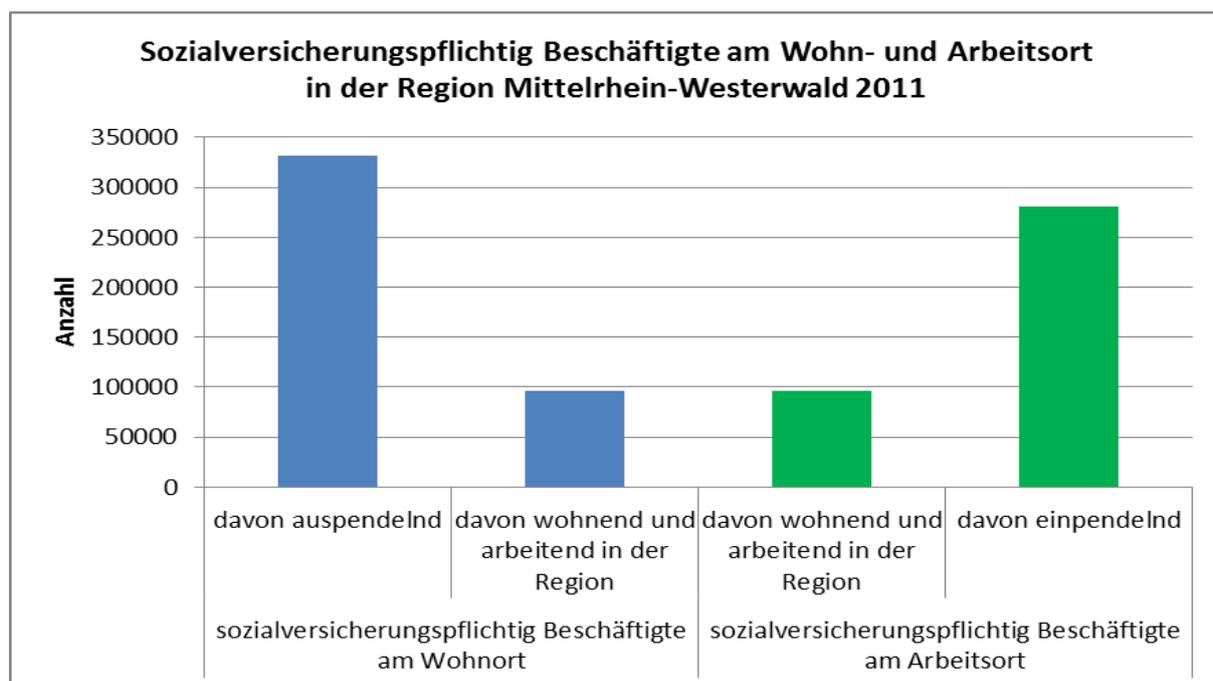


Abb. 55: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohn- und Arbeitsort in der Region Mittelrhein-Westerwald 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Im Vergleich zum rheinland-pfälzischen Durchschnitt ist der Anteil der Pendler in der Region, sowohl ein- als auch auspendelnd, leicht überdurchschnittlich: Sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen in Rheinland-Pfalz sind zu 70 % von Nicht-Rheinland-Pfälzern besetzt. Gleichzeitig pendeln 73 % der Rheinland-Pfälzer zur Arbeit in benachbarte Länder aus. Beide Werte liegen also rund 5 % unter denen der Region.

Auf Ebene der Landkreise und der kreisfreien Stadt Koblenz wird die Bedeutung des Oberzentrums als Arbeitsplatzstandort deutlich.

Koblenz weist als einzige Gebietskörperschaft ein Pendlersaldo von +31.254 Arbeitnehmern auf. Nur 37,4 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort verlassen die Stadtgrenzen zur Arbeit.

Aufgrund der großen Arbeitsplatzdichte in Koblenz sind trotzdem 67,1 % der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Koblenz von Einpendlern besetzt. Denn Koblenz bietet mit 65.917 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen am Arbeitsort mehr als doppelt so viele Arbeitsplätze als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Koblenz wohnen (31.941).

In den Landkreisen variieren die Anteile der Auspendler von 73 % im Landkreis Neuwied bis 85 % im Westerwaldkreis. Man lebt überwiegend nicht dort, wo man arbeitet. Die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze vor Ort sind wiederum überwiegend durch Einpendler besetzt.

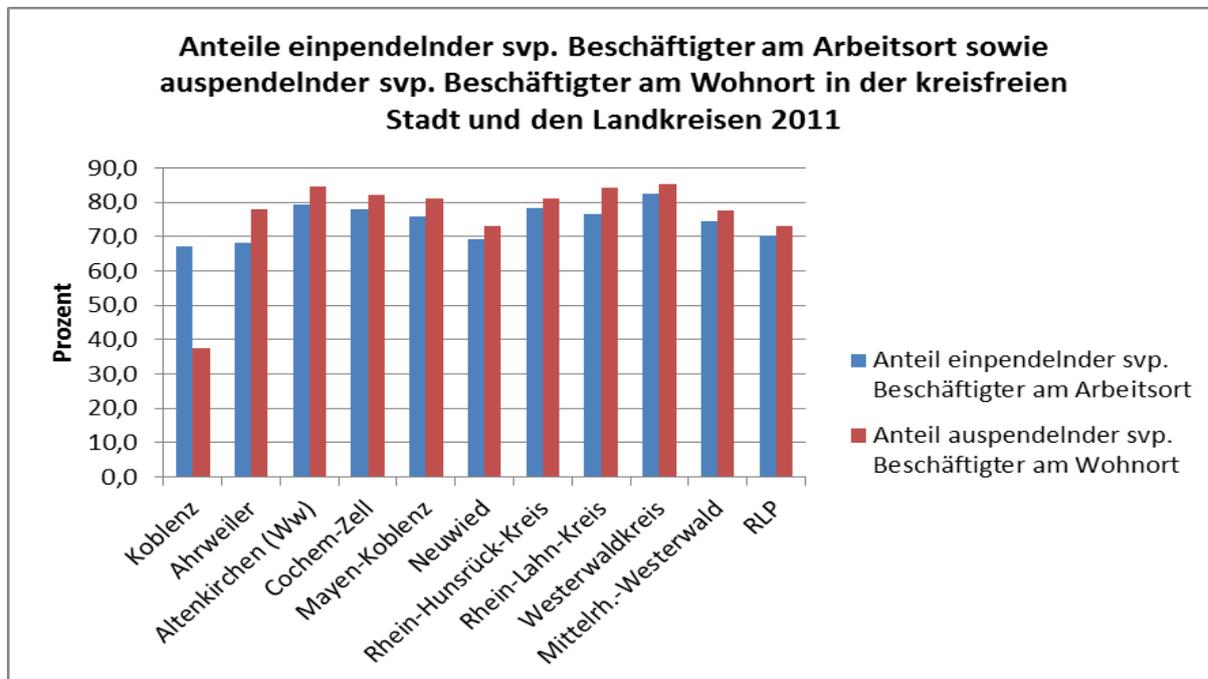


Abb. 56: Anteile einpendelnder sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort sowie auspendelnder sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer am Wohnort in der kreisfreien Stadt und den Landkreisen 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Berechnung

Unter den Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden weisen sieben Kommunen positive Wanderungssaldi auf. Bei diesen handelt es sich ausschließlich um ausgewiesene Mittelzentren: Bad Neuenahr-Ahrweiler, Cochem, Andernach, Mayen, Simmern (Hunsrück), Höhr-Grenzhausen und Wirges.

Alle übrigen Kommunen zeigen ein negatives Wanderungssaldo.

4.1.3 Gewerbeflächen

Eine quantitativ und qualitativ ausreichende Verfügbarkeit von Gewerbeflächen ist Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit einer Region. Gleichwohl sind bei der Bereitstellung von gewerblichen Flächen die Grundsätze einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung und die Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme zu berücksichtigen.

Zur Darstellung der Gewerbeflächenpotenziale der Region wurde auf die Daten des Projekts „Raum+ Rheinland-Pfalz 2010“ bzw. „Raum+ Monitor“ zurückgegriffen. Dieses beinhaltet eine systematische Erhebung sämtlicher Siedlungsflächenreserven im Innen- und im Außenbereich ab einer Größe von 2.000 m². Seit Abschluss der Erhebung können die Daten von den Trägern der Flächennutzungsplanung gepflegt und auf dem neuesten Stand gehalten werden.

In der Region Mittelrhein-Westerwald gibt es derzeit Gewerbeflächeninnenpotenziale von rund 860 ha. Ca. ein Viertel dieser Fläche (223 ha) steht laut den kommunalen Angaben dem Markt durch Blockaden allerdings aktuell nicht zur Verfügung. Die Gewerbeflächenpotenziale verteilen sich hiernach folgendermaßen auf die kreisfreie Stadt und die Landkreise:

	Innenpotenziale in ha				
	Gewerbliche Bauflächenreserven		Mischbauflächen		
	insgesamt	davon nicht blockiert	insgesamt	davon nicht blockiert	davon 50 %
Koblenz	76,6	61,4	k.A.	-	-
Ahrweiler	41,6	24,2	45,9	9,9	4,9
Altenkirchen	62,9	47,4	52,5	22,4	11,2
Cochem-Zell	59,7	46,8	27,6	19,1	9,6
Mayen-Koblenz	206,6	149,8	56,9	34,2	17,1
Neuwied	160,5	129,8	28,5	15,6	7,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	46,0	37,2	38,4	18,2	9,1
Rhein-Lahn-Kreis	47,7	32,8	18,9	14,8	7,4
Westerwaldkreis	159,6	108,4	40,3	14,1	7,1
Mittelrhein-Westerwald	861,1	637,7	309,1	148,3	74,2

Tab. 6: Innenpotenziale: Gewerbliche Bauflächen- und Mischbauflächenreserven auf Ebene der krf. Stadt und den Landkreisen

Quelle: Raum+ Rheinland-Pfalz, Stand: 13. März 2013

Da Gemischte Bauflächen gemäß der Baunutzungsverordnung dem Wohnen und der gewerblichen Nutzung dienen sollen, erfolgt lediglich eine hälftige Berücksichtigung der Mischbauflächen: Von den rund 310 ha an durch die Bauleitplanung ausgewiesener Mischbaufläche bzw. von diesen vorhandenen Innenpotenziale sind 148 ha Reservefläche nicht blockiert.⁹³ Hiervon können bei 50 %-iger Anrechnung grundsätzlich 74 ha einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden.

⁹³ Nicht blockiert oder ohne Angabe/nicht erfasst.

Im Außenbereich stehen über 3.370 ha Gewerbliche und rd. 850 ha Gemischte Bauflächen zur Verfügung; bei deren 50 %-iger Anrechnung ergeben sich somit für Gewerbenutzung grundsätzlich geeignete Flächen in einer Größenordnung von rd. 3.800 ha.

	Außenpotenziale in ha		
	Gewerbliche Bauflächenreserven	Mischbauflächen	Mischbauflächen 50 %
Koblenz	45,20	4,46	2,23
Ahrweiler	127,04	48,68	24,34
Altenkirchen	300,45	95,45	47,725
Cochem-Zell	329,54	185,05	92,525
Mayen-Koblenz	814,80	140,06	70,03
Neuwied	367,30	74,60	37,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	502,60	144,84	72,42
Rhein-Lahn-Kreis	180,62	62,02	31,01
Westerwaldkreis	706,89	93,68	46,84
Mittelrhein-Westerwald	3374,44	848,84	424,42

Tab. 7: Außenreserven: Gewerbliche Bauflächen- und Mischbauflächenreserven auf Ebene der krf. Stadt und den Landkreisen

Quelle: Raum+ Rheinland-Pfalz, Stand: 15./16. April 2013

Auf die Strukturräume bezogen verteilen sich die Außenreserven wie folgt:

	Außenpotenziale in ha		
	Gewerbliche Bauflächenreserven	Mischbauflächen	Mischbauflächen 50 %
Hochverdichteter Bereich	161,01	12,85	6,43
Verdichteter Bereich	1399,81	237,64	118,82
Ländlicher Bereich	1813,62	598,35	299,17
Mittelrhein-Westerwald	3374,44	848,84	424,42

Tab. 8: Gewerbliche Bauflächen- und Mischbauflächenreserven nach Strukturraumtypen

Quelle: Quelle: Raum+ Rheinland-Pfalz, Stand: 15./16. April 2013; eigene Berechnungen

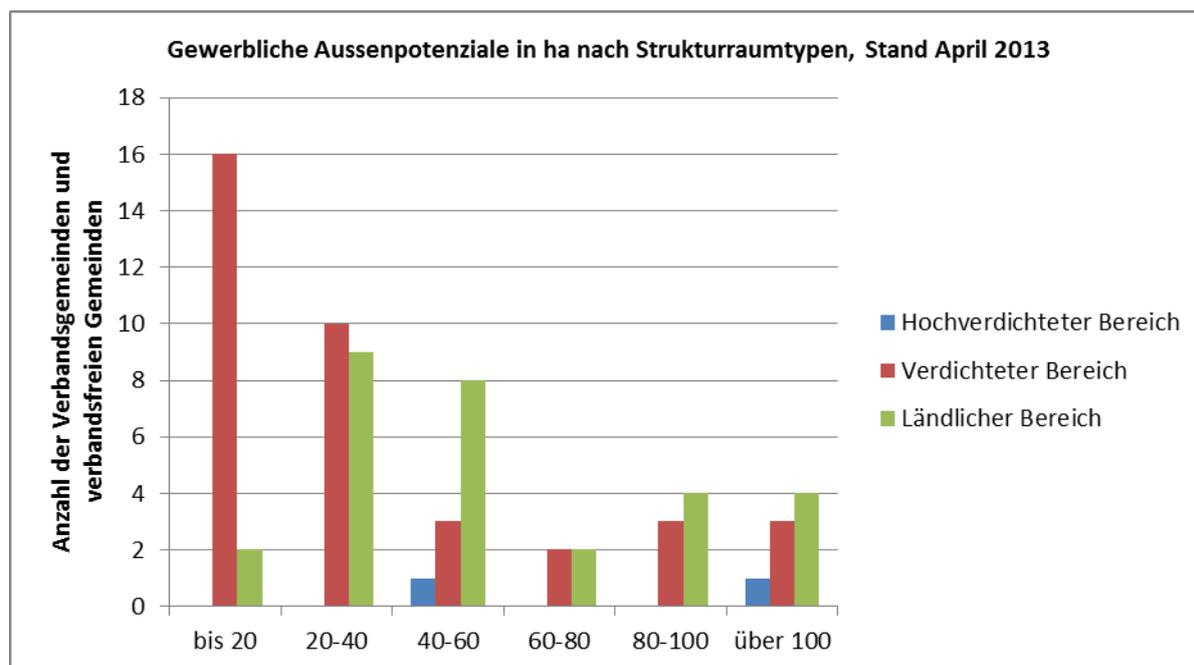


Abb. 57: Gewerbliche Außenpotenziale nach Strukturraumtypen (ohne Gemischte Bauflächen)

Quelle: Quelle: Raum+ Rheinland-Pfalz, Stand: 15./16. April 2013; eigene Berechnungen

Zehn Verbandsgemeinden des ländlichen Raumes haben jeweils über mindestens 60 ha gewerbliche Außenpotenziale, zusammen 1.109 ha, was rd. einem Drittel aller gewerblichen Außenpotenziale in der Region entspricht.

Im Raumordnungsbericht 2007 wurden ebenfalls die gewerblichen Bauflächenreserven dargestellt. Hiernach beliefen sich diese -unter Hinweis auf die dort beschriebenen methodischen Einschränkungen, ohne die Stadt Koblenz und insofern nur eingeschränkt vergleichbar- auf 3.996 ha.⁹⁴

Gemäß Regionalen Raumordnungsplan 2006 soll sich die gewerbliche Entwicklung vorwiegend auf die zentralen Orte bzw. die Gemeinden mit der besonderen Funktion Gewerbe konzentrieren. In der Region haben von den 159 „G“-Gemeinden 97 keine zentralörtliche Funktion; umgekehrt haben 15 grundzentrale Orte keine „G“-Funktion.⁹⁵

Im Entwurf zum neuen Regionalen Raumordnungsplan aus dem Jahr 2011 sind drei neue Grundzentren vorgesehen: Ochtendung, Kempenich und Mudersbach.

Nicht mehr beabsichtigt nach dem bisherigen Entwurf sind hingegen besondere Funktionszuweisungen, so dass Gemeinden zukünftig nicht mehr ausdrücklich die besondere Funktion „Gewerbe“ zugeordnet werden wird. Nach der bisherigen Entwicklung bei weiterhin hohem Bestand der gewerblichen Bauflächenreserven erscheint dies auch nicht erforderlich, zumal im RROP-Entwurf klargestellt ist, dass Zentrale Orte auch Gewerbebestandorte sind, aber insbesondere auch Standorte an den Schnittpunkten von übergeordneten Verkehrswegen und in der Nähe von Verknüpfungspunkten des Güterverkehrs und mit leistungsfähiger Telekommunikationsverbindung günstige Bedingungen für die gewerbliche Entwicklung bieten.⁹⁶

⁹⁴ Regionaler Raumordnungsbericht 2007, Kap. 4.1.3 nach SGD Nord, Stand September 2007: Gewerbliche Bauflächenreserven aus: Gewerbeflächen (ROK25-FNP) abzüglich Gewerbeflächen (ATKIS-Bestand) in ha; Datenstand ATKIS: Dez. 2006.

⁹⁵ Vgl. RROB 2007, Kap. 4.1.3; siehe RROP M-W 2006, Kap. 2.2.2 und dortiger Anhang.

⁹⁶ Siehe Entwurf zum RROP M-W 2011, Kap. 1.3.3, G 34 und G 35.

4.2 Ökoeffizientes Wirtschaften fördern - Beiträge regionalplanerischer Ausweisungen

4.2.1 Landwirtschaft und Weinbau

In der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald wurden 2011 243.651 ha landwirtschaftlich bewirtschaftet. Die Fläche hat sich seit 2008 zwar um 92 ha reduziert, dies entspricht jedoch bezogen auf die Gesamtfläche lediglich einer Verkleinerung um 0,04 %. Die landwirtschaftliche Fläche blieb somit annähernd konstant. Auch im Landesschnitt musste mit einer Reduzierung der landwirtschaftlichen Fläche um -0,3 % die Landwirtschaft keine großen Einbußen verkraften.

Bezogen auf die Gesamtfläche der Region ergibt sich 2011 ein Anteil der landwirtschaftlichen Fläche von 37,9 %.

Die Art der landwirtschaftlichen Nutzung, ob Ackerbewirtschaftung, Grünlandnutzung oder Obstanbau bestimmt in besonderer Weise die Kulturlandschaft.

In der Region Mittelrhein-Westerwald ergibt sich 2011 folgende Aufteilung der Nutzungen:

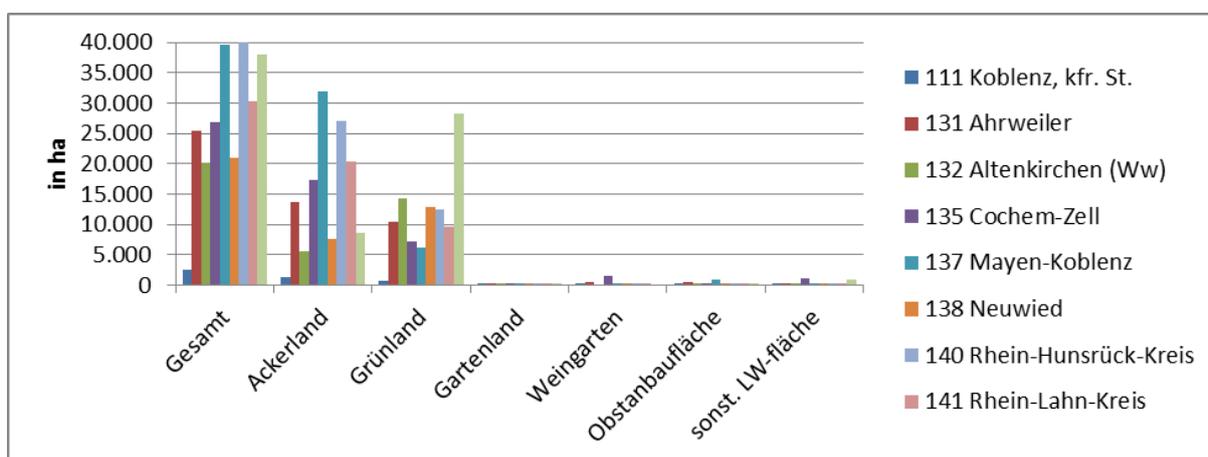


Abb. 58: Landwirtschaftsfläche in ha 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Gut 42 % der landwirtschaftlichen Fläche der Region wird als Grünland genutzt. Damit liegt ein Drittel der rheinland-pfälzischen Grünlandfläche in der Region Mittelrhein-Westerwald. Vor allem in den Landkreisen Altenkirchen, Neuwied und Westerwaldkreis ist die Grünlandnutzung landschaftsprägend.

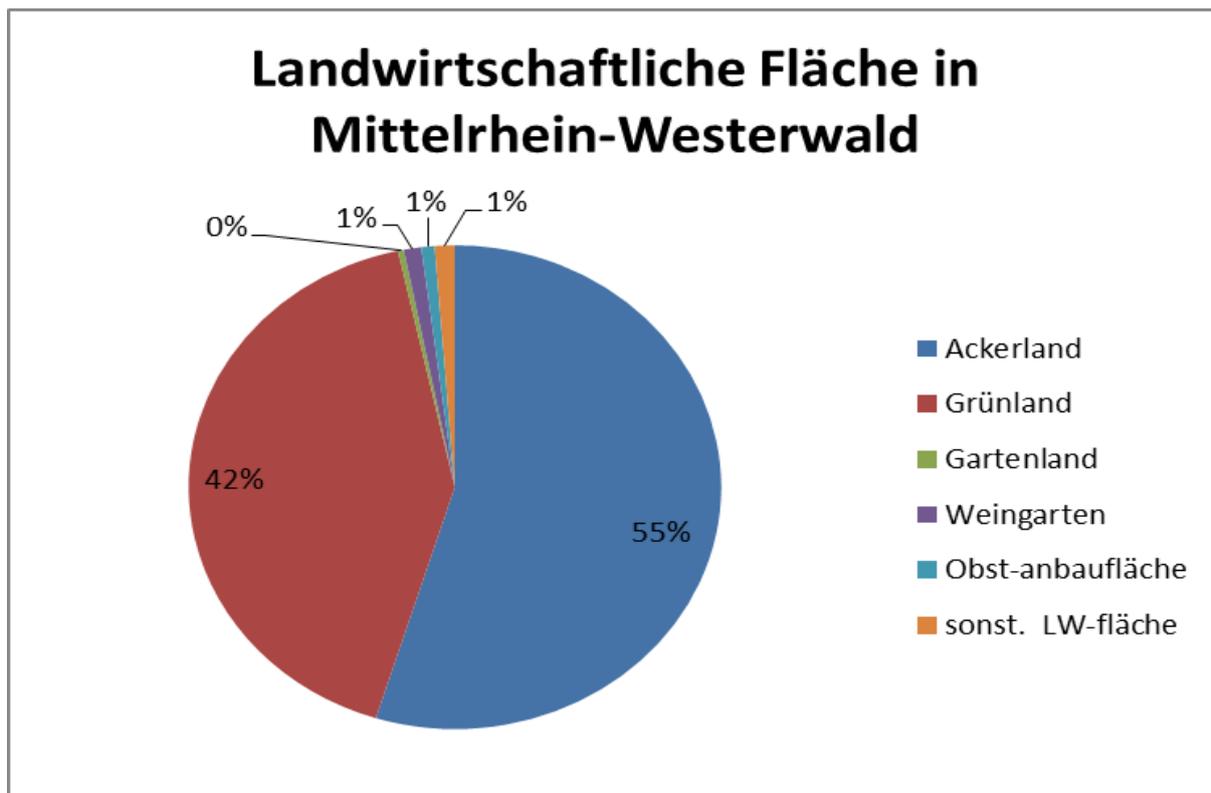


Abb. 59: Struktur der Landwirtschaftsfläche in Mittelrhein-Westerwald

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung und Berechnung

Ackerbau ist vor allem in den Landkreisen Mayen-Koblenz, Rhein-Hunsrück-Kreis und Rhein-Lahn-Kreis dominierend; der Anbau von Obst beschränkt sich überwiegend auf die Landkreise Ahrweiler, Mayen-Koblenz und die Stadt Koblenz. Bezogen auf die Landesfläche umfasst die Region ca. ein Viertel der Obstanbau- sowie der Ackerbaufläche des Landes.

Mit dem kleinsten Weinanbaugebiet Deutschlands, der Ahr und Ausschnitten der Weinanbaugebiete Mosel und Mittelrhein sind Weinberge in Teilbereichen der Region prägendes Element der Landschaft. Vier Prozent der Weinbauflächen des Landes liegen in der Region Mittelrhein-Westerwald. Schwerpunkt des Weinanbaus mit über 50 % der Weinbaufläche der Region ist der Landkreis Cochem-Zell, gefolgt vom Landkreis Ahrweiler.

Während die landwirtschaftliche Fläche insgesamt konstant blieb, haben die Weinanbaugebiete deutlich an Fläche verloren. In der Region Mittelrhein-Westerwald wurden 2011 9,7 % weniger Weinbauflächen bewirtschaftet als noch 2008. Im Landkreis Cochem-Zell ging die Weinbaufläche gar um 16,4 % zurück.⁹⁷

⁹⁷ Vgl. auch RROB 2007, Kap. 4.2.1.

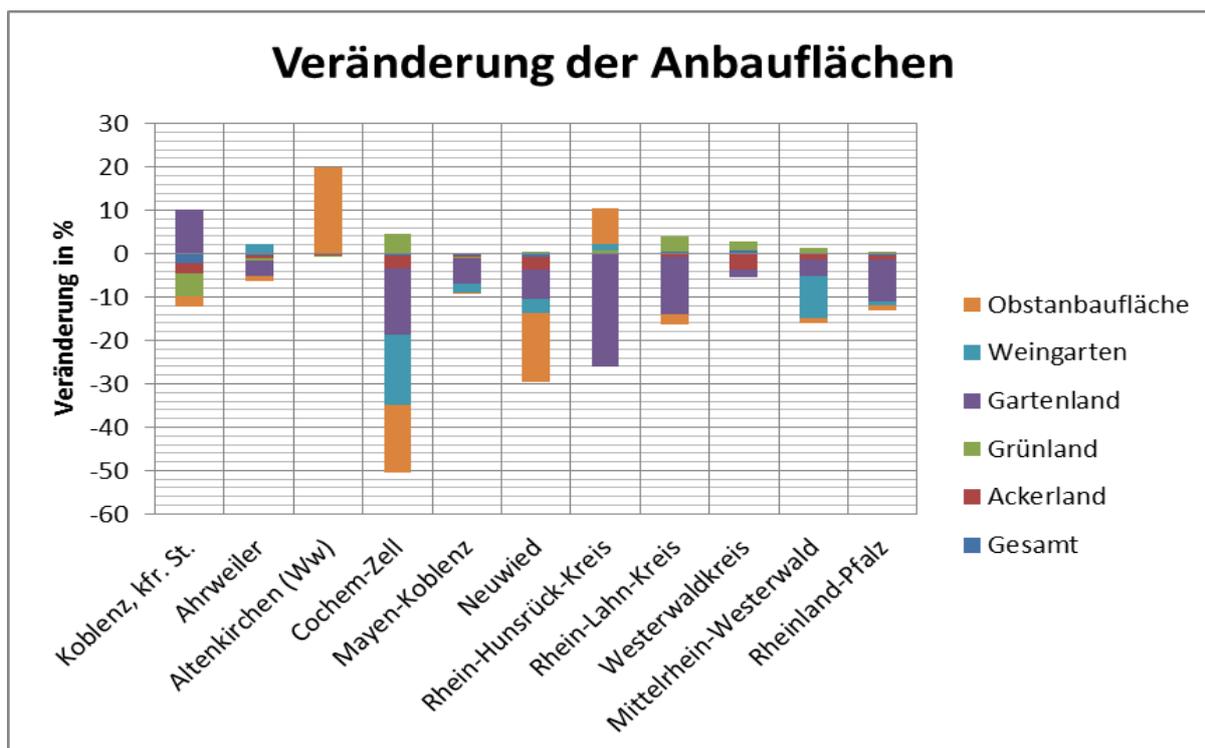


Abb. 60: anteilige Entwicklung der Landwirtschaftsfläche in % 2008 bis 2011

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

Der Regionale Raumordnungsplan 2006 sowie der Entwurf zum Regionalen Raumordnungsplan 2011 legen Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft fest, um die landwirtschaftliche Bodennutzung langfristig zu sichern und vor einem Ausufern anderer Wirtschaftsbereiche zu schützen. Aufgrund der Kleinteiligkeit und im Maßstab des Regionalplans oftmals kaum darstellbaren Flächengrößen werden die Weinbauflächen in den Steillagen zusätzlich durch ein textliches Ziel vor konkurrierenden Nutzungen geschützt. Dies dient auch dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Landwirtschaftliche Flächen sollen hochwertige Lebensmittel erzeugen, nachwachsende Rohstoffe produzieren, die Kulturlandschaft erhalten und angemessene Einkommen und soziale Absicherung für die landwirtschaftlichen Unternehmer sichern.⁹⁸

Die Ausweisungsmethodik für landwirtschaftliche Flächen im Entwurf des RROP 2011 hat sich im Vergleich zum RROP 2006 weiterentwickelt. Grundlage für die Ausweisung war der „Landwirtschaftliche Fachplan Mittelrhein-Westerwald 2010“, in dem die Landwirtschaftskammer umfangreich die Entwicklung der Landwirtschaft und ihre Anforderungen an den Raum analysiert hat und darauf aufbauend eine Bewertung der Bedeutung landwirtschaftlicher Flächen in der Region vornahm. Dabei wurden die folgenden Merkmale zugrunde gelegt:

- Ernährung- und Versorgungsfunktion
- Einkommensfunktion
- Wertschöpfungsfunktion
- Arbeitsplatzfunktion
- Schutzfunktion.

⁹⁸ Vgl. LEP IV G 119 und RROP 2006, Kap. 4.2.4 sowie RROP-Entwurf 2011 Kap. 2.2.1.

Der Entwurf des RROP 2011 weist insgesamt 105.927 Hektar an Vorrang und Vorbehaltsgebieten aus. Dies sind 9.921 Hektar mehr als im RROP 2006 (+1,54 %).

Eine Verschiebung ergab sich in der Wertigkeit der Flächenausweisungen: Die Vorranggebiete umfassen 5,04 % (+32.419 ha) mehr Fläche als im RROP 2006, während die Vorbehaltsgebiete 3,5 % (-22.498 ha) weniger Fläche umfassen.

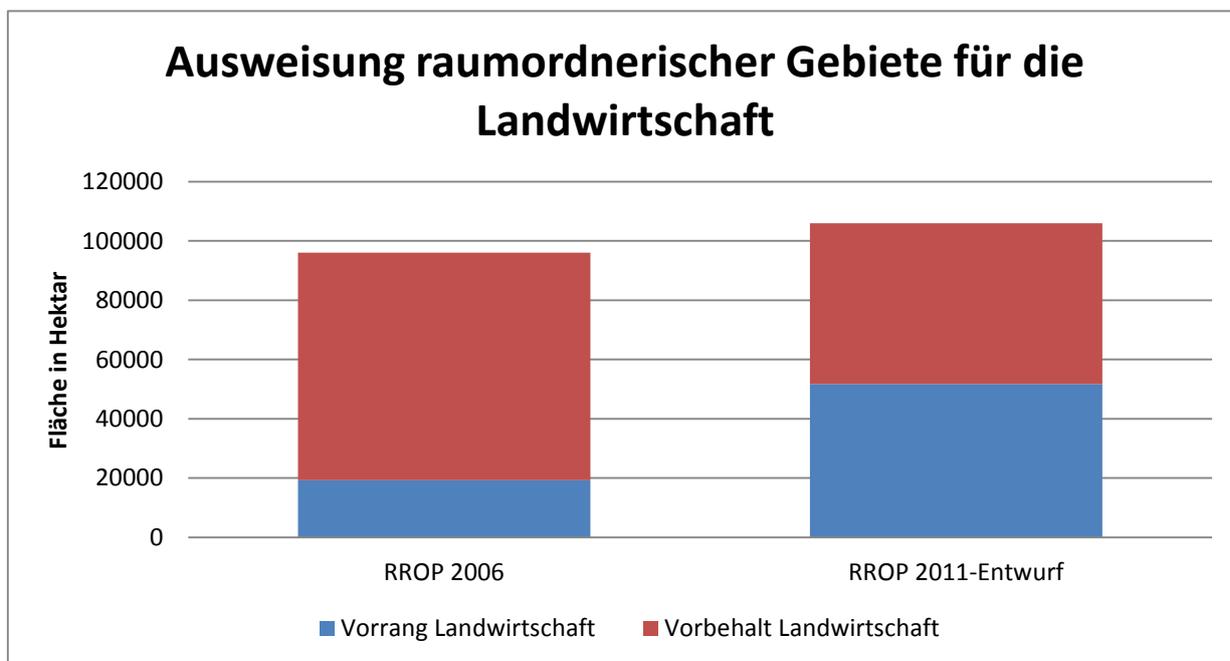


Abb. 61: Ausweisung raumordnerischer Gebiete für die Landwirtschaft

Quelle: eigene Darstellung

In der Zeit von 2007 bis 2013 wurden 6 Zielabweichungsverfahren für Vorhaben in Vorranggebieten für Landwirtschaft durchgeführt, die alle positiv entschieden wurden.

Die besondere Gemeindefunktion Landwirtschaft wurde im RROP-Entwurf 2011 nicht weitergeführt.

4.2.2 Forstwirtschaft

Das Land Rheinland-Pfalz ist das walddreichste Bundesland in Deutschland⁹⁹. Innerhalb von Rheinland-Pfalz hat die Region Mittelrhein-Westerwald einen besonders hohen Waldanteil mit 45 % im Vergleich zu 42 % im Landesdurchschnitt. Damit ist der Waldanteil in der Region seit 2005 um 0,4 % gestiegen.

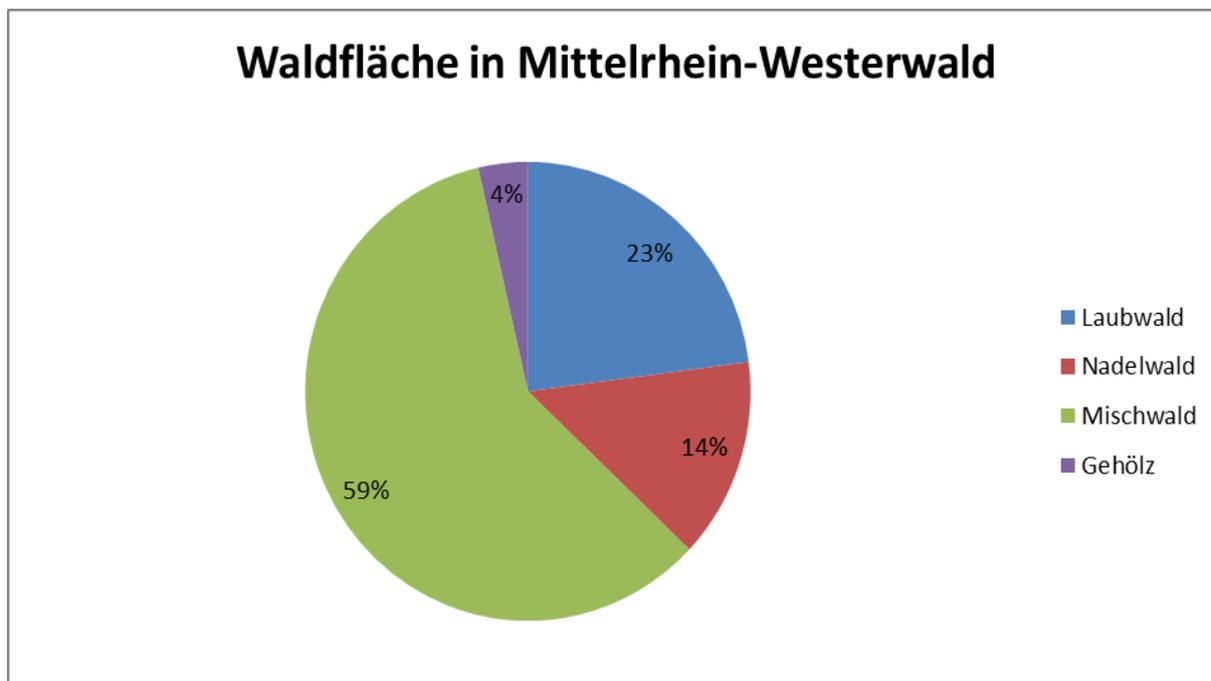


Abb. 62: Waldfläche in Mittelrhein-Westerwald

Quelle: Statistisches Landesamt; eigene Darstellung

In der Region Mittelrhein-Westerwald sind 289.801 Hektar der Fläche bewaldet. Den größten Anteil macht Mischwald mit 59 % aus, den kleinsten Gehölze mit 4 %.

Besonders bedeutsame Flächen wie z.B. Naturwaldreservate, forstwirtschaftliche Versuchsfelder oder Waldmehrbereiche aber auch Wälder im Genressourcenprogramm oder besonders ertragreiche Flächen sichert der regionale Raumordnungsplan 2006 als Vorranggebiete für die Forstwirtschaft. Diese dürfen nicht für andere Nutzungen und Funktionen, welche die forstwirtschaftlichen Belange und die übrigen Waldfunktionen beeinträchtigen können, in Anspruch genommen werden. Bei allen raumbedeutsamen Maßnahmen und Entscheidungen ist darauf zu achten, dass sowohl die natürliche Eignungsgrundlage dieser Gebiete als auch deren wirtschaftliche Nutzbarkeit erhalten bleibt bzw. nach Möglichkeit verbessert wird.¹⁰⁰

⁹⁹ Vgl. Landesraumordnungsbericht 2008, Kapitel 4.5.

¹⁰⁰ RROP M-W 2006, Kap. 4.2.5, Z 1.

Im regionalen Raumordnungsplan 2006 sind rd. 13.900 ha als Vorranggebiete für die Forstwirtschaft ausgewiesen; das entspricht einem Anteil von über 2 % an der Region. Daneben sind keine Vorbehaltsgebiete für Forstwirtschaft ausgewiesen. Es erfolgte stattdessen eine Darstellung von „sonstigen Waldflächen“. Als Grundsatz der Raumordnung ist im Regionalen Raumordnungsplan die Beanspruchung von Wald für andere Nutzungen nur zulässig, soweit sie nicht außerhalb des Waldes realisiert werden können. Den Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes wird hiermit Rechnung getragen.¹⁰¹

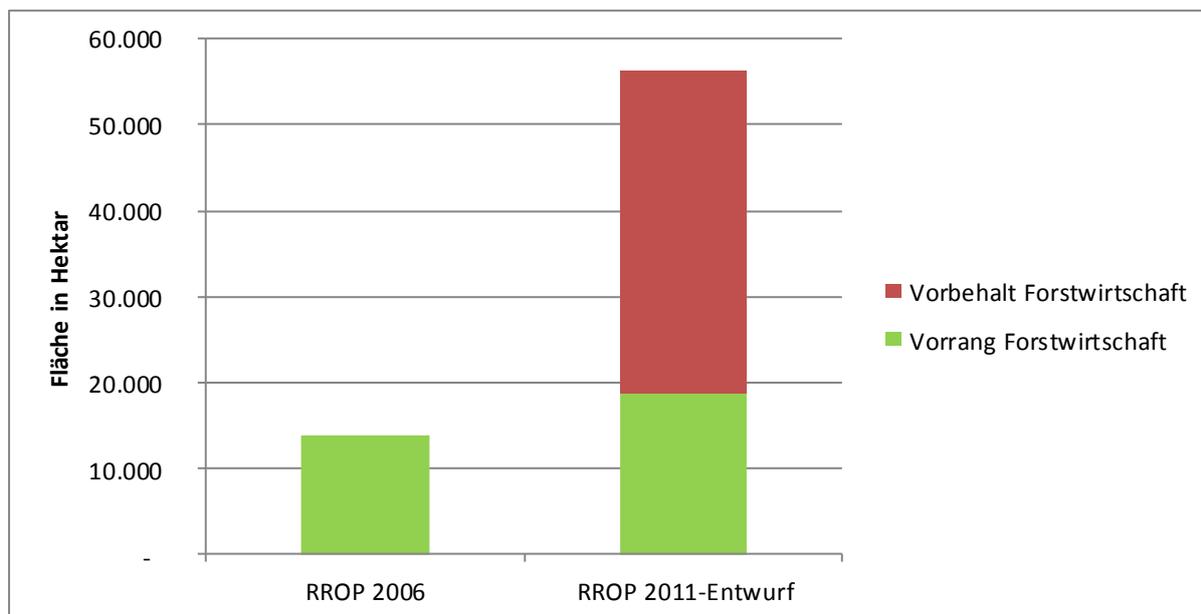


Abb. 63: Ausweisung raumordnerischer Gebiete für die Forstwirtschaft

Quelle: eigene Darstellung

Der Umfang der Vorranggebiete für Forstwirtschaft hat sich im aktuellen Entwurf verglichen mit dem gültigen Regionalen Raumordnungsplan um über 4.700 Hektar auf 18.600 Hektar erhöht. Sie setzen sich aus Waldflächen mit Nutzfunktion (Genressourcensicherung, Erntezulassungsregister, forstwirtschaftliche Versuchsflächen), Schutzfunktion (Naturwaldreservate, Erosionsschutzwald) oder Erholungsfunktion zusammen.

Vorbehaltsgebiete für die Forstwirtschaft werden erstmals im aktuellen Entwurf zur Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans ausgewiesen. Sie umfassen 37.555 Hektar und setzen sich aus den gleichen Forstkategorien wie die Vorranggebiete zusammen, haben jedoch nicht deren hohe Qualität bzw. es wurde im Rahmen der Abwägung im Verhältnis zu konkurrierenden Nutzungsansprüchen keine Priorität festgelegt. Mit der Einführung der Kategorie der Vorbehaltsgebiete wurde der allgemeine Grundsatz zum Schutz des Waldes vor konkurrierenden Nutzungen ersetzt.¹⁰²

Im Übrigen enthalten sowohl im gültigen RROP als auch im aktuellen Entwurf zur Fortschreibung auch die regionalen Grünzüge und Grünzäsuren als multifunktionale Instrumente zur Freiraumsicherung forstwirtschaftliche Nutzflächen.

Es wurden seit 2007 zwei Zielabweichungen von räumlich ausgewiesenen Vorranggebieten für die Forstwirtschaft zugelassen. Eines diente zur Darstellung einer Konzentrationsfläche für Windenergie in einem Flächennutzungsplan, das andere zur Planung einer großflächigen Fotovoltaikanlage.

¹⁰¹Siehe RROB 2007, Kap. 4.2.2 sowie Kap. 4.2.5 des RROP 2006. Unabhängig davon verlangt das Landeswaldgesetz grundsätzlich einen gleichwertigen Ausgleich bei Eingriffen in den Wald.

¹⁰²Vgl. RROP-Entwurf 2011, Kap. 2.2.2.

4.2.3 Rohstoffsicherung

In der Region Mittelrhein-Westerwald sind zahlreiche wertvolle oberflächennahe Rohstoffvorkommen vorhanden.

Hiervon sind im Regionalplan 2006 über 14.150 ha räumlich in Form von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten gesichert. Dieser Flächenanteil in der Region von 2,2 % ist im Regionalplanentwurf 2011 auf über 2,34 % gestiegen.

Die Mehrausweisung von über 385 ha Vorrang- und 520 ha Vorbehaltsgebieten beruht neben der Beachtung der gebotenen Langfristigkeit der Festlegungen im Wesentlichen auf der Einbeziehung sogenannter Prüfaufträge aus dem Genehmigungsverfahren zum Regionalplan 2006 und der Berücksichtigung von genehmigten Abbauflächen.¹⁰³

Der im Regionalplan 2006 enthaltene sogenannte Bimsgrundsatz ist unverändert als Abwägungsdirektive in den Regionalplanentwurf 2011 übernommen worden.

Die Flächenausweisungen im Regionalplanentwurf sind im Zuge des weiteren Fortschreibungsverfahrens auch mit der Kulisse von zwischenzeitlich neu erlassenen Wasserschutzgebietsverordnungen abzugleichen.¹⁰⁴

Zielabweichungsverfahren zu den Vorranggebieten für Rohstoffgewinnung des Regionalen Raumordnungsplans 2006 wurden bislang keine durchgeführt.

¹⁰³ Vgl. RROB 2007, Kap. 4.2.3 und RROP-Entwurf 2011 Kap. 2.2.3. Bei den Abbauflächen handelt es sich i.d.R. um Flächen, die seit 2006 durch die Kreisverwaltungen und das Landesamt für Geologie und Bergbau genehmigt wurden; vgl. Strategische Umweltprüfung zum RROP-Entwurf 2011, Kap. 3.1.

¹⁰⁴ Vgl. vorliegendes Kap. 3.2.3.

4.2.4 Energiesicherung

Die Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft hat einen Grundlagenbericht Erneuerbare Energien erarbeitet, in dem neben einer Energiebilanz auch die einzelnen Formen Erneuerbarer Energien näher betrachtet werden. Zur Verbesserung der Datenlage wurde ergänzend eine detailliertere Energiebilanz der Bereiche Strom, Wärme und Mobilität für die Planungsregion mit Energiesteckbriefen auf Ebene der Flächennutzungsplanträger erstellt und im Juni 2013 veröffentlicht.

Der Grundlagenbericht wurde im Dezember 2012 von der Regionalvertretung beschlossen und hiermit das folgende Leitbild Energie der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald formuliert:

„Der Anteil der Erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch von Strom, Wärme und Mobilität soll maßgeblich erhöht werden. Die Planungsregion unterstützt das Ziel der Landesregierung bis zum Jahr 2020 30 % des Stroms aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen und leistet hierzu ihren Beitrag. Der Wärmeverbrauch in der Region soll durch qualitativ volles verdichtetes Bauen im Bestand und die Sanierung des Gebäudebestandes reduziert werden. Der Energieverbrauch im Verkehrssektor soll reduziert werden und eine qualitativ bessere, den räumlichen Strukturen angepasste Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr erfolgen.“

Energieverbrauch

Mit Förderung des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, erstellte die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald mit der STRATA GmbH eine Energiebilanz für die Region mit 6 Bausteinen:

1. Stromverbrauch und Einspeisung Erneuerbarer Energien
2. Energieverbrauch durch Wärme
3. Energieverbrauch durch Mobilität
4. CO₂ – Bilanzierung
5. Monitoring
6. Aufzeigen von Datenlücken.

Als Grundlage wurden neben statistischen Auswertungen umfangreiche Datenabfragen bei den Trägern der Flächennutzungsplanung durchgeführt. Zur Erfassung der Verbrauchsdaten für Strom und Wärme erfolgte eine enge Abstimmung mit den Energieversorgern, die hier in einem sehr aufwändigen und kooperativen Prozess die gewünschten Daten zusammenstellten.

Für die regionalen Energieverbrauchsdaten der privaten Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Industrie wurden aus diesen Erhebungen sowie Studien und Statistiken umfangreiche prototypische Informationen erstellt. Mobilitätsbezogene Energieverbräuche wurden aus einem Modell für die Region abgeleitet. Aus den vorliegenden Daten wurden CO₂-Äquivalente bestimmt.

Einige Landkreise der Region erarbeiteten in zum Teil überschneidenden Zeiträumen Klimaschutzkonzepte, die ähnliche Arbeitsschritte zur Erstellung von Emissionsbilanzen erforderten. Teilweise konnten Daten ausgetauscht werden und Synergieeffekte genutzt werden. Zum Teil kamen aber auch andere Erhebungs- und Bilanzierungsmethoden zum Einsatz.

Die Ergebnisdarstellung erfolgte über Steckbriefe für die Verbandsgemeinden, verbandsfreien Kommunen, Landkreise, die kreisfreie Stadt Koblenz sowie für die Planungsregion. Die Energiesteckbriefe stellen eine fortschreibbare Energiestatistik für die Region dar. Derzeit bilden sie eine Momentaufnahme des Energieverbrauchs in der Region ab. Um eine Dokumentation der Entwicklungen und Kontrolle von Zielen der Energiewende zu ermöglichen sollte eine Fortschreibung der Energiebilanz angestrebt werden.

In der Region Mittelrhein-Westerwald wurden im Jahr 2010 insgesamt 36.287.810 MWh für Wärme, Strom und die Mobilität der privaten Haushalte verbraucht. Dabei wurde die meiste Energie im Wärmebereich (66 %) eingesetzt, gefolgt vom Kraftstoffverbrauch für Mobilität und dem Gesamtstromverbrauch mit jeweils ca. 17 %.

Die Hauptverbraucher im Wärmebereich sind mit etwa gleich großen Anteilen die Industrie und die privaten Haushalte, während Gewerbe/Handel/Dienstleistungen und öffentliche Gebäude deutlich weniger Wärme benötigen.

Der Stromverbrauch wird deutlich von den Großverbrauchern der Industrie dominiert. Insgesamt werden 38 % des Stromverbrauchs für Wärmeanwendungen wie Heizung und Prozesswärme verbraucht.

Zur Ermittlung des Verbrauchs von Energie für die Mobilität von Privathaushalten in der Region lagen keine repräsentativen Erhebungen vor und wurden auch nicht durchgeführt. Die Ermittlung erfolgte durch die Übertragung der bundesweiten Studie „Mobilität in Deutschland“ aus dem Jahr 2008, die detaillierte und für die Region justierbare Ergebnisse darstellt. Dabei wurde das Verkehrsverhalten der Einwohner der Region abhängig von Raumstrukturen und Haushaltsstrukturen abgeleitet. Im Ergebnis stellte sich der Energieverbrauch durch Mobilität je Einwohner in den verdichteten Räumen höher dar, als in den ländlichen Gebieten.

Ausschlaggebend hierfür sind vor allem die Haushaltsstrukturen die auf das Mobilitätsverhalten einen größeren Einfluss haben, als die Raumstrukturen.

So ist die Verkehrsleistung vergleichbarer Haushalte im verdichteten Bereich zwar deutlich geringer als im ländlichen Bereich, die höhere Mobilität kleinerer Haushalte schlägt jedoch deutlich stärker durch.

Die Struktur der CO₂ Emissionen weicht zum Teil deutlich von der Energieverbrauchsstruktur ab. Während der Gesamtstromverbrauch nur 18 % am Gesamtenergieverbrauch hat, sind hierauf 34 % der der CO₂ Emissionen zurück zu führen. Die Emissionen durch Mobilität stellen sich gemessen am Energieverbrauch genau gegensätzlich dar. Während Mobilität der Privathaushalte ebenfalls für 17 % des Gesamtenergieverbrauchs verantwortlich ist, sind es nur 12 % bei den gesamten CO₂ Emissionen. Auch der Anteil des Wärmesektors am Gesamtenergieverbrauch ist mit 66 % deutlich höher als an den CO₂ Emissionen mit 53 %.

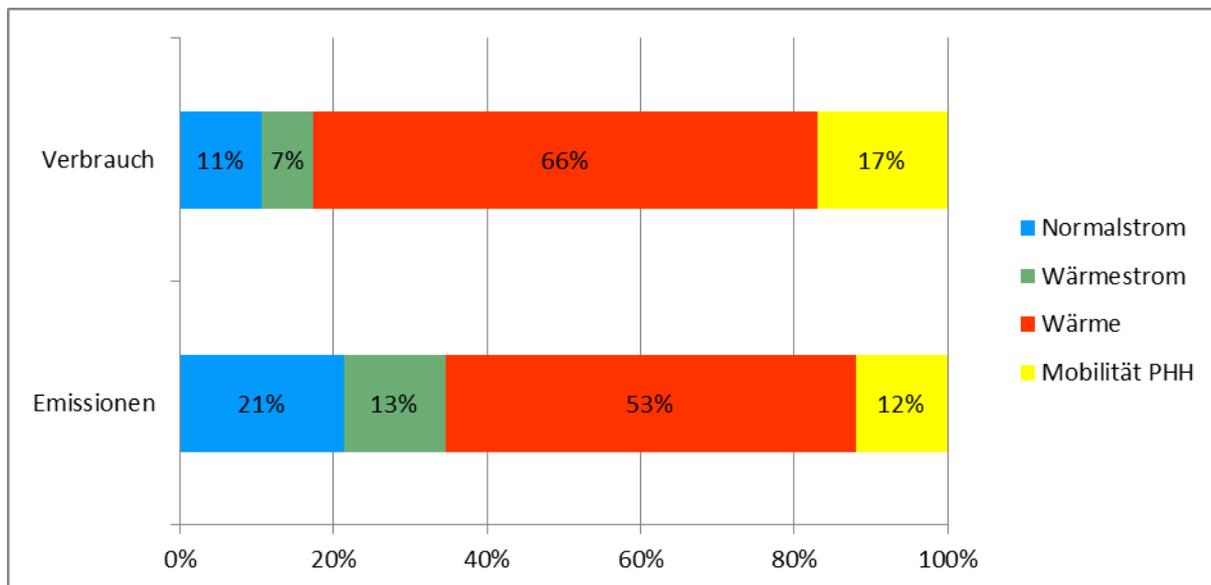


Abb. 64: Struktur des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen

Quelle: eigene Darstellung nach Energiebilanz der PLG 2013

Der Endbericht der Energiebilanz mit detaillierten Darstellungen und Methodikbeschreibungen ist auf der Internetseite der Planungsgemeinschaft veröffentlicht.

Entwicklung der Erneuerbaren Energien

Der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch lag im Jahr 2007 in der Region bei 12,46 %. Dabei lieferten Windenergie und Wasserkraft die mit deutlichem Abstand größten Anteile an der Erneuerbaren Stromproduktion. Die Ergebnisse der Fortschreibung der Energiebilanz zeigen, dass der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in der Region im Jahr 2009 auf 19 % gestiegen ist.

Die Entwicklung der Windenergie war in der Region Mittelrhein-Westerwald in den Jahren von 2007 bis 2011 sehr dynamisch. Im Jahr 2007 betrug die Gesamtzahl der Windenergieanlagen am Netz 272, mit einer Nennleistung von 301,7 MW. Diese wuchs bis zum Jahr 2009 auf 397 MW an, was ein Wachstum von 32 % darstellt. Im Jahr 2010 waren in der Region Mittelrhein-Westerwald 335 Anlagen mit einer installierten Nennleistung von 439,6 MW genehmigt und zum Teil schon am Netz. Im Jahr 2011 (Stand 31.12.2011) stieg die Zahl der genehmigten oder bereits am Netz befindlichen Anlagen auf 426 mit einer installierten Leistung von 651,8 MW. Dies entspricht einem Zuwachs von 212,2 MW zu 2009.

Zum Jahresende 2011 waren über das ROK25 online 287 Anlagen erfasst, die sich in der Planung befanden und eine Gesamtleistung von zusätzlichen 747,5 MW umfassen¹⁰⁵. Nach Informationsstand des Raumordnungskatasters sind in der Region Mittelrhein-Westerwald Mitte 2013 373 Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von 568 MW am Netz. Damit liegt die durchschnittliche Leistung je Anlage in der Region bei 1,73 MW.¹⁰⁶ Hinzu kommen 82 bereits genehmigte Anlagen mit einer genehmigten Leistung von 219 MW.

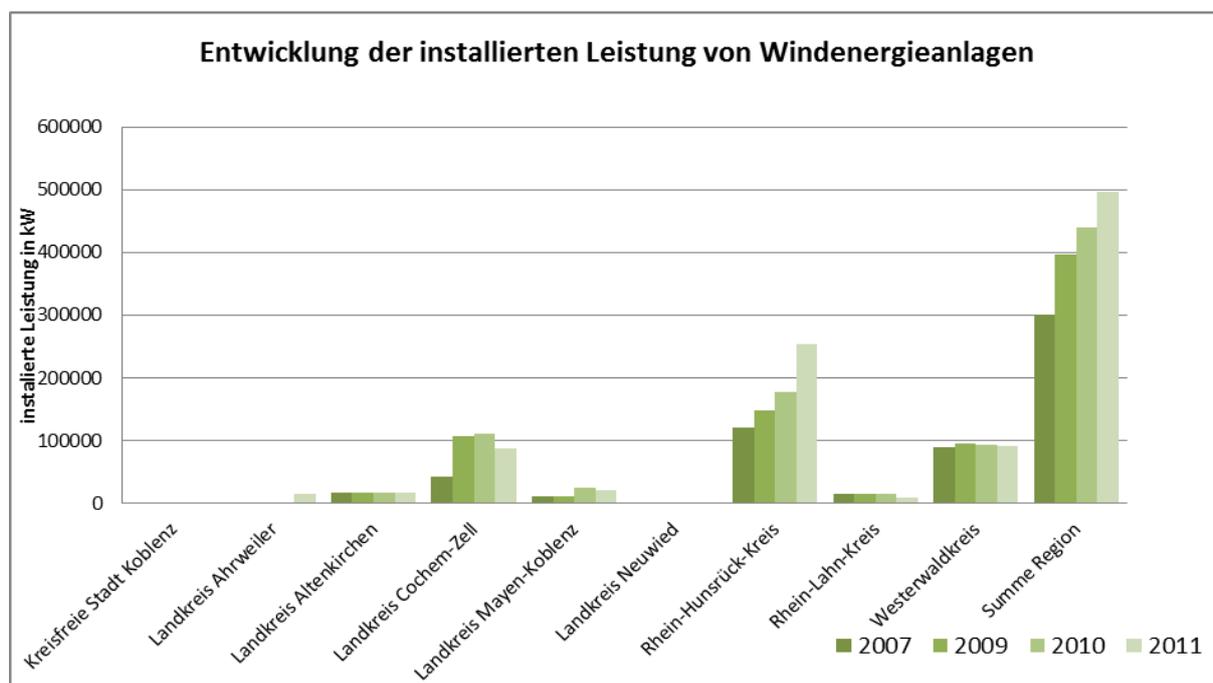


Abb. 65: Entwicklung der installierten Leistung von Windenergieanlagen

Quelle: eigene Darstellung nach I. Grundlagenbericht zum Energiekonzept der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald 2012

¹⁰⁵ Vgl. I. Grundlagenbericht zum Energiekonzept der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald, 2012.

¹⁰⁶ Informationen aus Raumordnungskataster der SGD Nord, iROK, abgerufen am 16.07.2013.

In der Planungsregion waren laut Raumordnungskataster im Jahr 2009 zwei großflächige Fotovoltaikanlagen am Netz. Diese Zahl steigerte sich bis zum Jahr 2012 auf 12 Anlagen mit einer installierten Leistung von 74 MWpeak im Vergleich zu 7,7 MWpeak in 2009. Damit hat sich die installierte Leistung hier in den letzten 3 Jahren etwa verzehnfacht.¹⁰⁷ Mitte 2013 waren laut Raumordnungskataster 14 großflächige PV-Anlagen mit einer Fläche von 78,7 Hektar in der Region vorhanden und weitere 22 Anlagen mit einer Fläche von 81,4 Hektar genehmigt¹⁰⁸.

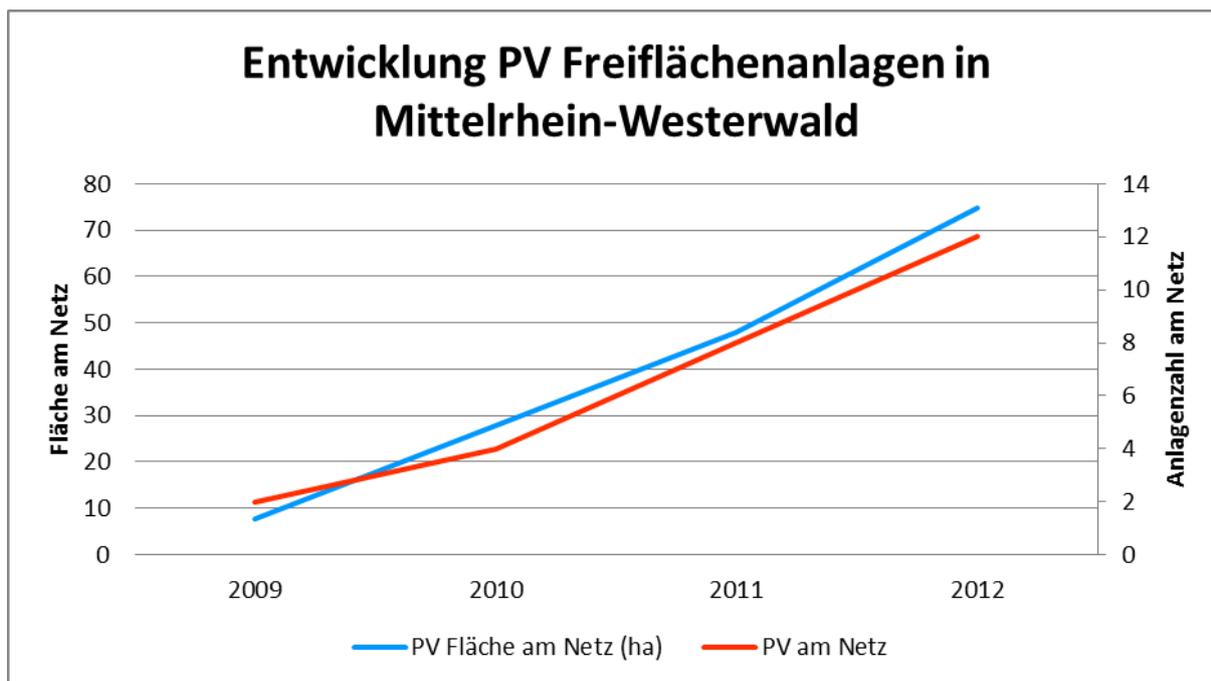


Abb. 66: Entwicklung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen

Quelle: eigene Darstellung nach I. Grundlagenbericht zum Energiekonzept der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald, 2012

¹⁰⁷ Vgl. auch Monitoringbericht Erneuerbare Energien der SGD Nord 2012, unter www.sgd nord.rlp.de.

¹⁰⁸ Informationen aus Raumordnungskataster der SGD Nord, iROK, abgerufen am 03.07.2013.

Einspeisung Erneuerbarer Energien ins Stromnetz

Im Jahr 2007 betrug die in der Region Mittelrhein-Westerwald in das Stromnetz eingespeiste Menge Erneuerbarer Energien 1.176 MWh¹⁰⁹. Die größte Einspeisung fand hier im Landkreis Cochem-Zell mit 340 MWh statt. Bis ins Jahr 2011 steigerte sich die Einspeisung Erneuerbarer Energien ins Stromnetz auf 1.433 MWh, wobei die Einspeisungen aus den Landkreisen Cochem-Zell und Rhein-Hunsrück mittlerweile in der gleichen Größenordnung mit 343 MWh bzw. 347 MWh liegen. Damit steigerte sich die Einspeisung in der Region von 2007 bis 2012 um 21 %. Der Anteil der Einspeisung aus der Region an der Gesamteinspeisung Erneuerbarer Energien in Rheinland-Pfalz liegt über diesen Zeitraum mit einigen Schwankungen im Mittel bei 32 %.

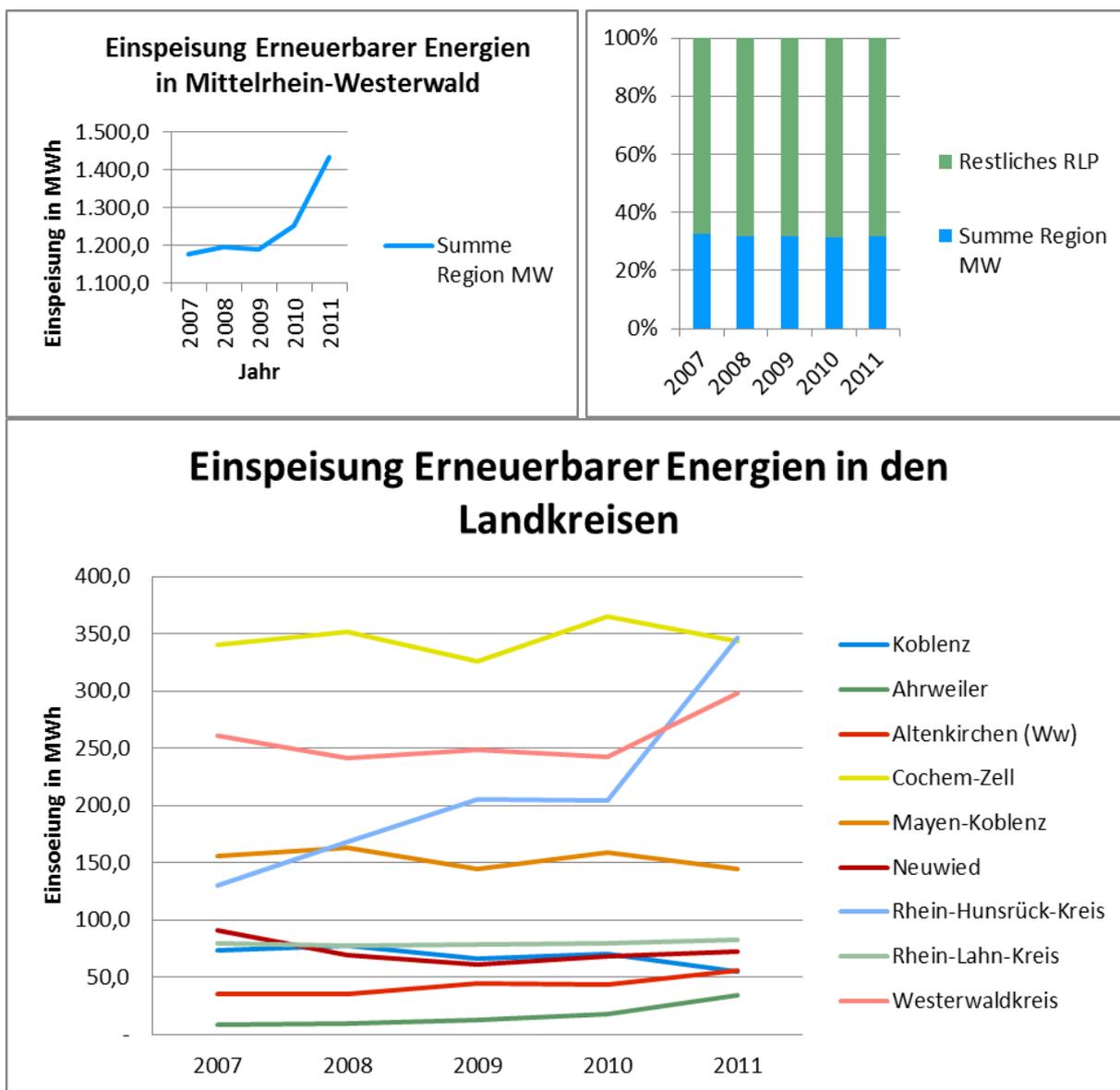


Abb. 67 und Abb. 68: Einspeisung Erneuerbarer Energien in das Stromnetz – Region und Landkreise
 Quelle: eigene Darstellung nach Energiebilanz für die Planungsregion Mittelrhein-Westerwald und Statistischem Landesamt

¹⁰⁹ Vgl. <http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie/tabellen/energie-8/> abgerufen: 15.07.2013.

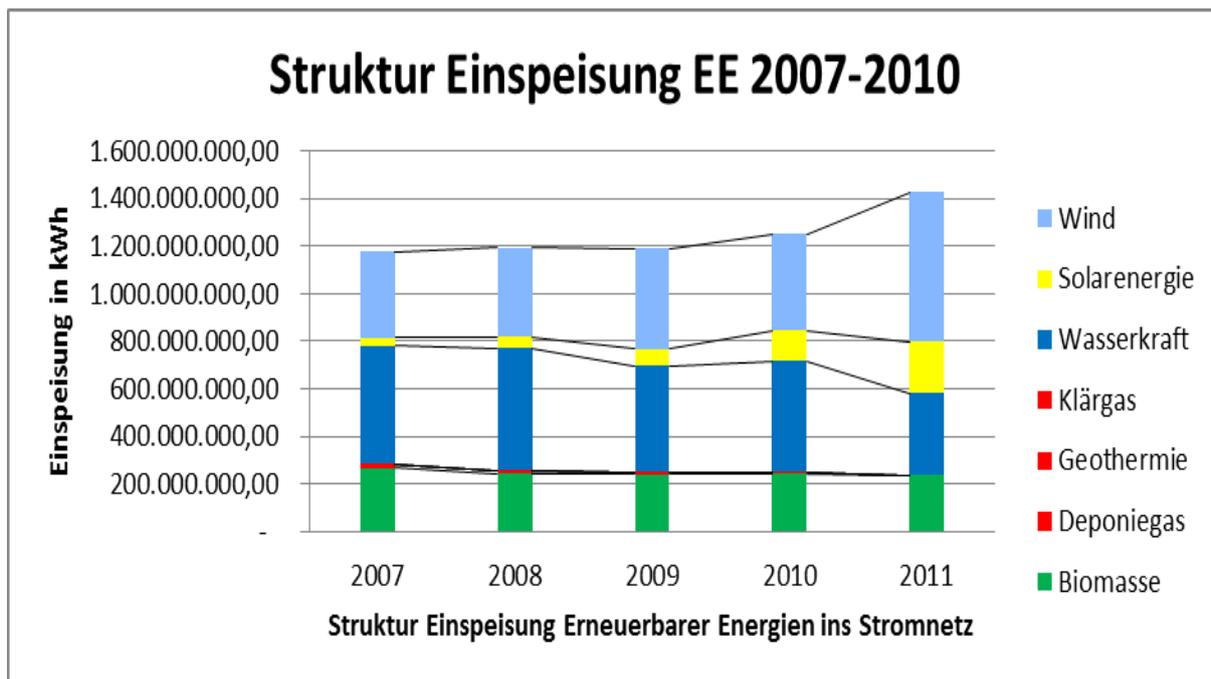


Abb. 69: Einspeisung Erneuerbarer Energien ins Stromnetz nach Erzeugungsart

Quelle: eigene Darstellung nach Statistischem Landesamt

Die Struktur der Einspeisung Erneuerbarer Energien hat sich in den vergangenen Jahren in der Planungsregion deutlich verändert. Der stärkste Zuwachs fand in der eingespeisten Energie aus Fotovoltaikanlagen statt. Hier versechsfachte sich die Strommenge und lag 2011 bei 216 Millionen Kilowattstunden. Damit leistete die Solarenergie zwar noch den geringsten Beitrag zur Stromerzeugung der vier relevanten Erzeugungsformen (Solar, Biomasse, Wasserkraft und Windenergie), lag allerdings etwa gleichauf mit der Stromerzeugung aus Biomasse, die knapp 234 Millionen Kilowattstunden zur Stromeinspeisung beitrug. Die Einspeisung aus der Bioenergie verringerte sich in den vergangenen Jahren konstant und lag 2011 nur noch bei 88 % der Einspeisung von 2007.

Die Einspeisung von Strom aus Wasserkraftwerken schwankt über die Jahre in der Regel abhängig vom Wasserdargebot. So ist beispielsweise der erhebliche Einbruch der Einspeisung von 2010 auf 2011 nach Angaben des Statistischen Landesamtes hauptsächlich auf ein außerordentlich trockenes Jahr 2011 verbunden mit entsprechend niedrigen Flusspegeln zurück zu führen. Demnach sei laut Klimaschutzbericht des Deutschen Wetterdienstes im Jahr 2011 nur 80 % der durchschnittlichen Niederschlagsmenge von 1961 bis 1991 gefallen.¹¹⁰

Die Einspeisung von Strom aus Windenergie ist bereits seit Jahren eine der wichtigsten Säulen der Energiewende in der Region. Bereits im Jahr 2007 stellte sie nach der Wasserkraft die stärkste Einspeisung von erneuerbarem Strom. Durch den intensiven Ausbau der Windenergie in der Region stieg die Einspeisung im Jahr 2011 auf 173 % des Wertes aus 2007. In absoluten Zahlen sind dies knapp 628 Millionen Kilowattstunden. Dies sind 154 % der im vorangegangenen Jahr 2010 eingespeisten Strommenge aus Windenergieanlagen. Durch die vergleichsweise geringen Erträge der Wasserkraft in 2011 löste die Windenergie damit erstmals die Wasserkraft als stärkste Fraktion der Erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung ab.

¹¹⁰ Vgl. www.statistik.rlp.de abgerufen am 23.07.2013.

Durch die Windenergie in der Region wird trotz des starken Zuwachses im Solarbereich etwa die dreifache Strommenge eingespeist wie durch Fotovoltaikanlagen. Der prozentuale Anteil der Windenergie an der in der Region im Jahr 2011 eingespeisten Strommenge liegt bei 44 %.

Durch die Erstellung der Energiebilanz auf Ebene der Verbandsgemeinden für das Jahr 2010 konnte der Stromverbrauch für die Region mit hoher räumlicher Auflösung ermittelt werden. Der Anteil der Einspeisung Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch lag im Jahr 2010 für die gesamte Region bei etwa 20 %. Der Anteil Erneuerbarer Energien am rheinland-pfälzischen Stromverbrauch lag 2010 bei 15,2 %.¹¹¹ Auf Verbandsgemeindeebene reichte dieser Anteil jedoch von unter 1 % bis weit über 100 %.

Die geografische Verteilung in der Region zeigt deutlich die Schwerpunkte entlang der großen Flüsse Mosel und Lahn mit den dort installierten großen Wasserkraftwerken sowie die Gebiete mit einer besonders hohen Windhöufigkeit. Für das Jahr 2011 liegen keine Stromverbrauchsdaten für die Region vor. Davon ausgehend, dass sich der Stromverbrauch nicht erheblich im Jahr 2011 verändert und hilfsweise der Verbrauch von 2010 zugrunde gelegt werden kann, lässt sich der Anteil der Erneuerbaren Energien für das Jahr 2011 auf etwa 23 % schätzen. Landesweit betrachtet liegt dieser Anteil bei 17 %.

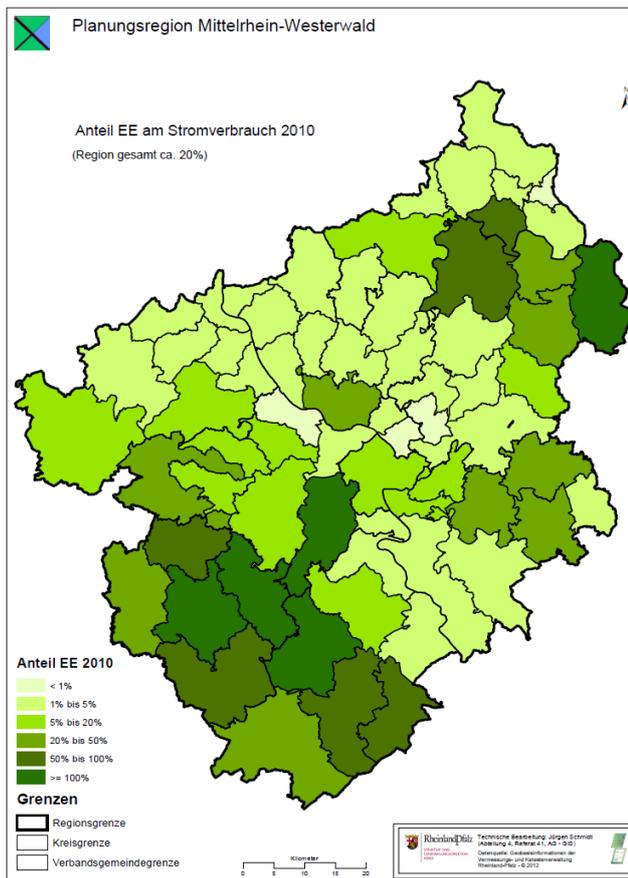


Abb. 70: Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch 2010

Quelle: eigene Darstellung nach Energiebilanz für die Planungsregion Mittelrhein-Westerwald und Statistischem Landesamt

¹¹¹ Vgl. <http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie/tabellen/energie-3/?Fsize=title%3DBundestagswahlen> abgerufen am 23.07.2013.

Planerische Ansätze zur Steuerung der Windenergie in der Region

In den Jahren 1998-2003 beschloss die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald 3 Teilfortschreibungen Windenergie, die von der Obersten Landesplanungsbehörde genehmigt wurden. Mit dem Entscheid des OVG Rheinland-Pfalz vom 24.07.03 wurde die Teilfortschreibung Windenergienutzung des regionalen Raumordnungsplans für unwirksam erklärt (Rückverweisung an Vorinstanz von BVerwG 13.03.2003).

Daraufhin beschloss die Regionalvertretung am 17.09.03 erneut die Erarbeitung eines Planentwurfs zum regionalen Raumordnungsplan - Teilplan Windenergie und am 09.12.03 die Einleitung des Beteiligungsverfahrens zum Planentwurf und die öffentliche Auslegung. In den Jahren 2003-2005 erfolgten 3 Offenlagen von Entwürfen zum Teilplan Windenergie.

Diese Planfassung wurde von der Regionalvertretung beschlossen, von der Obersten Landesplanungsbehörde jedoch nicht genehmigt.¹¹² Der bis heute gültige Regionale Raumordnungsplan Mittelrhein-Westerwald 2006 enthält keine aktive Steuerung der Windenergie über Vorrang- und Ausschlussflächen.

Im Jahr 2008 trat das Landesentwicklungsprogramm IV (LEP IV) in Kraft. In diesem wurde in Grundsatz G 163 Folgendes formuliert:

„Eine geordnete Entwicklung für die Windenergienutzung soll über die regional- oder bauleitplanerische Ausweisung von Vorrang-, Vorbehalts- und Ausschlussgebieten sichergestellt werden.“

Daraufhin informierte die Planungsgemeinschaft die Träger der vorbereitenden Bauleitplanung mit Schreiben vom 03.12.2009 darüber, dass eine regionalplanerische Steuerung der Windenergie in der Region Mittelrhein-Westerwald gemäß LEP IV nicht erfolge. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, dass die nachgeordneten Planungsträger von ihren Steuerungsmöglichkeiten Gebrauch machten.

Der Planentwurf 2011 enthält daher keine aktive räumliche Steuerung der Windenergie auf regionaler Ebene. Der Entwurf trifft mit dem Ziel 144 und den Grundsätzen 145 bis 155 Aussagen zur Energieinfrastruktur, -effizienz, -einsparung und -erzeugung.

Darunter bezieht sich folgender Grundsatz G148 konkret auf die Steuerung der Windenergie: *„Eine geordnete Entwicklung der Windenergienutzung soll über die bauleitplanerische Steuerung im Rahmen der Flächennutzungsplanung sichergestellt werden. Dem Ersetzen von bestehenden Anlagen durch moderne Anlagen, im Rahmen des Repowering, soll an gebündelten Standorten Vorzug vor vollkommenen Neuerrichtungen gegeben werden.“*

In der Gesamtkarte sind die Sonderbauflächen Windenergie aus den wirksamen Flächennutzungsplänen nachrichtlich übernommen.

¹¹² Die Genehmigung einer entsprechenden Teilfortschreibung wurde vom Ministerium des Innern und für Sport mit Schreiben vom 27.04.2006 versagt. Nach Auffassung der obersten Landesplanungsbehörde wurde der Windenergienutzung nicht in substantieller Weise Raum geschaffen. Vgl. Regionaler Raumordnungsbericht 2007, Kap. II 4.2.4.

Aktuelle Entwicklungen

Die Landesregierung hat das Landesentwicklungsprogramm IV im Kapitel Erneuerbare Energien fortgeschrieben. Hiernach sind die Planungsgemeinschaften verpflichtet, eine regionalplanerische Steuerung der Windenergie vorzunehmen sowie die landesweit bedeutsamen historischen Kulturlandschaften im Hinblick auf den Ausschluss von Windenergie zu konkretisieren.

Die Regionalvertretung fasste am 04.07.2013 den Beschluss, in das bisherige laufende Fortschreibungsverfahren des regionalen Raumordnungsplans die Erarbeitung eines Planentwurfs zur Anpassung an die Teilfortschreibung des LEP IV, Kap. Erneuerbare Energien, zu integrieren.¹¹³

Steuerung der Windenergie über die Flächennutzungsplanung

Im Jahr 2007 hatten in der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald 18 Verbandsgemeinden wirksame Flächennutzungspläne, die die Windenergie über Konzentrationsflächen steuerten. Insgesamt umfassten die damals erfassten Flächen 958 ha.¹¹⁴ Im Jahr 2013 (Stand April 2013) waren 28 wirksame Flächennutzungspläne mit Sonderbauflächen für Windenergie bekannt, die eine Fläche von insgesamt 3.551 ha für die Windenergienutzung sichern. Dies entspricht 0,55 % der Fläche der Region. Demnach wuchs die Zahl der Flächennutzungspläne mit einer Steuerung für die Windenergie um 156 % und die für Windenergie ausgewiesene Fläche sogar um 371 % im Berichtszeitraum.

Die Aussage zum Umfang der Sonderbauflächen für Windenergienutzung in den Flächennutzungsplänen hat jedoch eine geringere Aussagekraft zur planerisch möglichen Entwicklung in der Region, als dies regionalplanerische Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung bieten, da nicht alle Flächennutzungspläne die Windenergie steuern und somit auch außerhalb von Sonderbauflächen die Errichtung von Windkraftanlagen möglich ist.

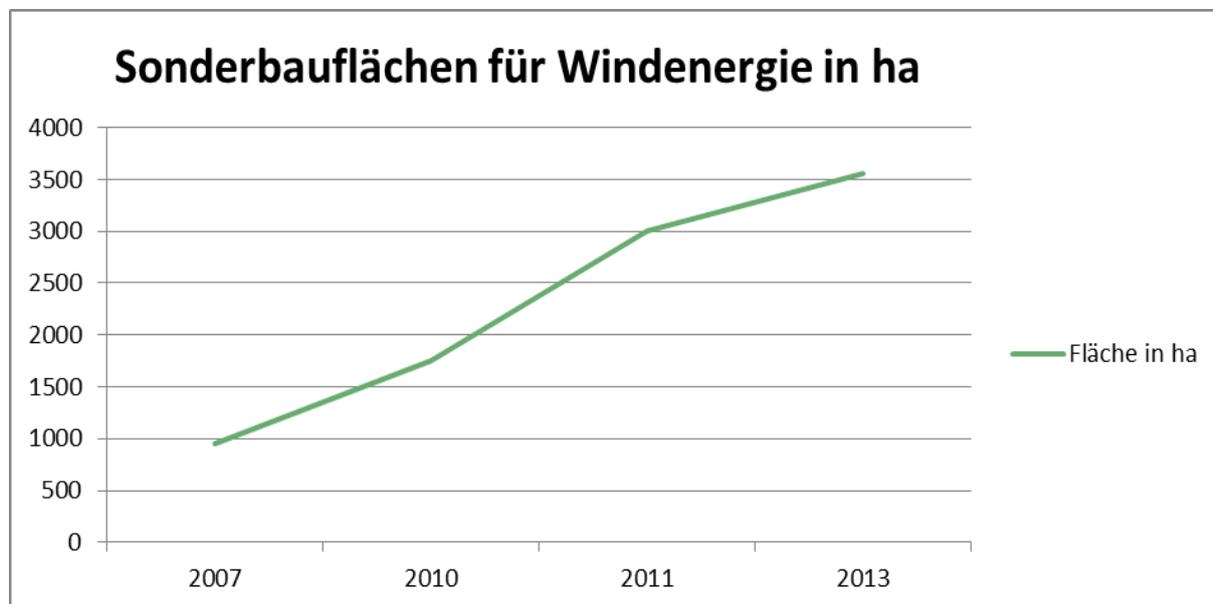


Abb. 71: Entwicklung der Sonderbauflächen für Windenergieanlagen in Mittelrhein-Westerwald

Quelle: eigene Darstellung nach Monitoring ROK25online

¹¹³ Anregungen und Bedenken zur Teilfortschreibung des LEP IV wurden seitens der Planungsgemeinschaft vorauslaufend im Rahmen der formellen Anhörungsverfahren gemäß Beschlüssen der Regionalvertretung vom 25.04. und 13.12.2012 vorgetragen.

¹¹⁴ Vgl. RROB 2007, Kap. 4.2.4.

Neben den bereits über 3.551 ha in wirksamen FNP gesicherten Konzentrationsflächen für Windenergie sind weitere über 16.950 ha (entsprechend rd. 2,63 % Regionsfläche) im Rahmen bauleitplanerischer Verfahren an Potenzialflächen in der Region laut Raumordnungskataster der SGD Nord ¹¹⁵geplant.

Solidarpakte

Der erste Solidarakt auf Verbandsgemeindeebene in Verbindung mit der Windenergiesteuerung wurde 2009 in Rheinböllen vereinbart. Die Errichtung von modernen Windenergieanlagen kann der Standortgemeinde nennenswerte Einnahmen einbringen. Dies ist umso mehr der Fall, sollte die Kommune gleichzeitig auch Eigentümer der betreffenden Flächen der Windenergieanlagen sein. Zur Steigerung der Akzeptanz von Windenergieanlagen trägt die Verteilung dieser Einnahmen unter den betroffenen Kommunen maßgeblich bei. Hierbei sind mehrere Modelle denkbar, so zum Beispiel die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts oder aber auch die Schließung eines Solidarpaktes.

Kommunale Klimaschutzkonzepte in der Region

Die Kommunen und Landkreise der Region Mittelrhein-Westerwald sind unterschiedlich intensiv mit dem Thema Erneuerbare Energien und Klimaschutz befasst. Zum Teil wurden umfangreiche Klimaschutzkonzepte mit Förderung des BMU erarbeitet. Diese umfassen sowohl einzelne Verbandsgemeinden, als auch Zusammenschlüsse mehrerer Kommunen bis hin zu ganzen Landkreisen. Daneben bestehen auch Teilkonzepte für einzelne Kommunen, die einzelne Themen wie z.B. Straßenbeleuchtung oder Gebäude aufgreifen.

Eine erste Abfrage der Planungsgemeinschaft mittels Fragebögen bei den Kommunen im Jahr 2009 ergab, dass zum damaligen Zeitpunkt 15 Konzepte und Teilkonzepte von Kommunen in der Region vorlagen. Dies entspricht 22 % der Kommunen. Dabei beschäftigten sich die meisten vorrangig mit den Themen Bioenergie und Energieeffizienz.

Aus dem intensiven Austausch mit den Landkreisen sind der Geschäftsstelle mittlerweile 19 Klimaschutzkonzepte der Kommunen bekannt (Stand März 2012). Diese wurden auch auf Ebene der Landkreise entwickelt und decken so zum Teil alle Kommunen der jeweiligen Kreise ab oder ergänzen die kommunalen Konzepte. In der Planungsregion sind 35 Verbandsgemeinden und Städte in Konzepten untersucht worden. Für drei weitere ist ein gemeinsames Konzept in Vorbereitung. Damit sind 55 % der Kommunen der Region mit dem Thema Energie und Klimaschutz intensiv befasst und erarbeiten lokale und teilregionale Lösungen und Ansätze. Zum Teil bestehen in den Kommunen mehrere sich ergänzende Konzepte.

¹¹⁵ Abfrage April 2013, Datenstand ROK 14.03.2013.



Solardachkataster

Im Rahmen der Klimaschutzkonzepte wurden von den Landkreisen und der Stadt Koblenz Solardachkataster erarbeitet, die eine internetbasierte Darstellung der Potenziale sämtlicher Gebäude für die Installation von Fotovoltaikanlagen ermöglichen. Gleichzeitig werden den Bürgern hier teilweise die nächsten Schritte zur Umsetzung erläutert und mögliche Ansprechpartner genannt.

Die einzelnen Solardachkataster sind unter den folgenden Links zu finden:

Stadt Koblenz:	http://www.solarkataster-koblenz.de/
Landkreis Ahrweiler:	www.solarkataster-ahrweiler.de
Landkreis Altenkirchen:	http://www.solar-ak.de
Landkreis Cochem-Zell:	http://www.solardachkataster-cochem-zell.de/
Landkreis Mayen-Koblenz:	http://www.solarkataster-myk.de/
Rhein-Hunsrück-Kreis:	http://www.solarkataster-rhein-hunsrueck.de/
Rhein-Lahn-Kreis:	http://www.solarkataster-rhein-lahn.de/
Westerwaldkreis:	www.solar-westerwaldkreis.de

Exkurs: Entwicklung im großflächigen Einzelhandel

Zumal der Einzelhandel Bestandteil der Daseinsvorsorge ist und einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Kommunen leistet, die großflächigen Einzelhandelsbetriebe jedoch Auswirkungen auf die Entwicklung und Funktionsfähigkeit der zentralen Orte und der Innenstädte haben können, wurden die hierzu durchgeführten raumordnerischen Verfahren im Raumordnungsbericht 2007 betrachtet.

Hieran anknüpfend, werden folgend die Entwicklungstendenzen im großflächigen Einzelhandel anhand der seitdem durchgeführten raumordnerischen Prüfverfahren dargestellt.¹¹⁶

In der Region wurden seit Oktober 2007 insgesamt acht vereinfachte raumordnerische Prüfungen zu Einzelhandelsansiedlungen durchgeführt, davon ein Verfahren bei der Oberen und sieben bei den Unteren Landesplanungsbehörden. Aus landesplanerischer Sicht wurden insgesamt 18.760 qm Verkaufsfläche für raumverträglich befunden. In den Jahren 2000-2007 waren es 30 Verfahren.¹¹⁷

Raumordnungsverfahren zum Einzelhandel wurden seit Oktober 2007 nicht durchgeführt. In den Jahren 2000-2007 umfassten hier acht Verfahren zusammen etwas weniger als 100.000 qm Verkaufsfläche.

Insgesamt war die Entwicklung der raumordnerisch bewerteten bzw. zugelassenen Verkaufsflächen im Einzelhandel in der Region in den letzten Jahren damit stark rückläufig.

Dabei haben sich mit der Verbindlichkeit des Landesentwicklungsprogramms LEP IV im Jahr 2008 modifizierte und auch neue landesplanerischen Zielvorgaben ergeben.¹¹⁸

Insbesondere die Anzahl von Zielabweichungsverfahren zum Integrationsgebot können insoweit nicht unmittelbar mit derjenigen im vorherigen Berichtszeitraum verglichen werden: Nunmehr wurden insgesamt fünf Verfahren zur Abweichung von den einzelhandelsbezogenen Zielen des LEP IV durchgeführt. Der Umfang der hierbei bewerteten Verkaufsflächen lag bei 7.200 qm.

Mit dem LEP IV wurde den Zentralen Orten aufgegeben, im Zusammenhang mit der Errichtung und Erweiterung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben in zentralen Versorgungsbereichen Einzelhandelskonzepte zu erstellen und mit der Regionalplanung abzustimmen.

Diesbezüglich haben bislang 35 Einzelhandelskonzepte - meist bezogen nicht nur auf den zentralen Ort, sondern auf die Ebene der Verbandsgemeinde - zur Erörterung bzw. Abstimmung vorgelegen.¹¹⁹

Vor dem Hintergrund der konkreten Zielvorgaben des LEP IV zum Einzelhandel sind im Anhörungsentwurf des Regionalen Raumordnungsplans aus dem Jahr 2011 weitere originär regionalplanerische Zielaussagen zum großflächigen Einzelhandel nicht aufgenommen. Bereits die Ziele des RROP 2006 waren dem zuvor verbindlichen LEP III angelehnt bzw. lediglich zusätzlich nachrichtlich übernommen.

¹¹⁶ Stand bis 31.12.2012; Recherche anhand der durchgeführten Beteiligungen und in Abgleich mit dem Raumordnungskataster der SGD Nord. Raumordnungsverfahren gemäß § 17 Landesplanungsgesetz, vereinfachte raumordnerische Prüfungen gem. § 18 LPIG.

¹¹⁷ Siehe Regionaler Raumordnungsbericht 2007, Exkurs, S. 57; seinerzeit lag keine differenzierte Erhebung der hiervon berührten Verkaufsflächen vor.

¹¹⁸ Vgl. Landesentwicklungsprogramm LEP IV 2008, Ziele 57-61.

¹¹⁹ Stand bis 31.12.2012.



Impressum

Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Anschrift:

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord

Stresemannstr. 3-5, 56068 Koblenz

Postfach 20 03 61, 56003 Koblenz

Tel.: 0261 / 120 - 21 47

Fax: 0261 / 120 - 22 00

E-Mail: plg.mittelrhein-westerwald@sgdnord.rlp.de

Bearbeitung:

Martin Kittelberger

Andreas Eul

Esther Dieler

Stand August 2013;

Beschlossen von der Regionalvertretung der

Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald am 04.12.2013

Der Regionale Raumordnungsbericht 2012 steht wie der Vorgängerbericht 2007 auf der Homepage der Planungsgemeinschaft unter www.mittelrhein-westerwald.de zur Einsichtnahme bzw. zum Herunterladen zur Verfügung.

Hinweis:

Die Datengrundlagen, die nicht den Regionalplan betreffen, hat das Statistische Landesamt zur Verfügung gestellt.

Auf Grund des Datenbezuges wird auch im vorliegenden Raumordnungsbericht auf die Wiedergabe eines Glossars verzichtet; zur Erläuterung der Begrifflichkeiten wird daher auf die Ausführungen des Statistischen Landesamtes verwiesen.



ANHANG

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung in den Planungsregionen	5
Tab. 2: Wohnbauflächenpotenziale nach Strukturraumtypen	51
Tab. 3: Gegenüberstellung der Anteile von Wohnbauflächenpotenzialen, Bodenfläche und Siedlungs- und Verkehrsfläche auf Ebene der Verbandsgemeinden nach Strukturraumtypen an der Gesamtregion	52
Tab. 4: Vergleichende Übersicht der Wohnbauflächenpotenziale in der Region Mittelrhein-Westerwald.....	53
Tab. 5: Gesamtwohnbauflächenreserven in Zentralen Orten und Orten mit Eigenentwicklung auf Ebene der Landkreise in der Region Mittelrhein-Westerwald.....	54
Tab. 6: Innenpotenziale: Gewerbliche Bauflächen- und Mischbauflächenreserven auf Ebene der krf. Stadt und den Landkreisen	75
Tab. 7: Außenreserven: Gewerbliche Bauflächen- und Mischbauflächenreserven auf Ebene der krf. Stadt und den Landkreisen	76
Tab. 8: Gewerbliche Bauflächen- und Mischbauflächenreserven nach Strukturraumtypen.....	76

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 a/b: Gebiet der Region Mittelrhein-Westerwald.....	4
Abb. 2: Bevölkerungsveränderung 2011 zu 2006 in der krf. Stadt und den Landkreisen	6
Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung 2011 zu 2006 nach Anzahl und Zugehörigkeit der Verbandsgemeinden zur Raumstruktur	8
Abb. 4: Entwicklung der Einwohnerzahlen nach Raumstrukturtyp 2006 bis 2011	8
Abb. 5: Natürlicher Saldo 2007 bis 2011 in der Region Mittelrhein-Westerwald.....	9
Abb. 6: Wanderungssaldo über die Kreisgrenzen 2007 bis 2011 in der Region Mittelrhein-Westerwald	10
Abb. 7: Gestorbenenüberschuss und Wanderungssaldo in krf. Stadt und Landkreisen 2011	11
Abb. 8: Anteil der Altersgruppen an der Bevölkerung 2010.....	12
Abb. 9: Veränderung der jüngsten und ältesten Altersgruppen 2006 bis 2011 im Vergleich zur Region und zum Land.....	12
Abb. 10: Veränderung aller Altersgruppen 2006 bis 2011 in der krf. Stadt und den Landkreisen	13
Abb. 11: Altenquotient	14
Abb. 12: Jugendquotient.....	15
Abb. 13: Bevölkerungsdichte in den Landkreisen in qkm	16
Abb. 14: Bevölkerungsprojektion nach Kreisen	18
Abb. 15: Bevölkerungspyramiden 2010, 2030 und 2060 für den Landkreis Altenkirchen.....	19
Abb. 16 und Abb. 17: Anteil der Altersgruppen an der Bevölkerung 2010 bzw. 2060	20
Abb. 18: Anteil der über 75-Jährigen an der Bevölkerung 2010 und 2060	21
Abb. 19: Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 nach Zugehörigkeit zur Raumstruktur.....	22
Abb. 20: Bevölkerungsabnahme 2010 bis 2030 in der Hauptaltersgruppe der unter 20-Jährigen nach Zugehörigkeit der Verbandsgemeinden zur Raumstruktur.....	24
Abb. 21: Bevölkerungsabnahme 2010 bis 2030 in der Hauptaltersgruppe der 20-64-Jährigen nach Zugehörigkeit der Verbandsgemeinden zur Raumstruktur	25
Abb. 22: Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 in der Hauptaltersgruppe der über 65-Jährigen nach Zugehörigkeit der Verbandsgemeinden zur Raumstruktur.....	26
Abb. 23: Entwicklung der Hauptaltersgruppen von 2010 bis 2030 nach Strukturräumen	26
Abb. 24: Beispielhafte interaktive Darstellung der Bevölkerungsvorausberechnung auf Ebene der Verbandsgemeinden.....	27
Abb. 25: Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Landkreisen 2006-2011	31
Abb. 26: Zuwachs der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Strukturtyp 2006 bis 2011	32
Abb. 27: Entwicklung des Verhältnisses Teilzeitbeschäftigte – Vollzeitbeschäftigte 2006 bis 2011 in der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald und in Rheinland-Pfalz in Prozent.....	33
Abb. 28: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten in den Landkreisen 2006 bis 2011	34
Abb. 29: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Geschlecht in der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald und Rheinland-Pfalz 2006 bis 2011 in Prozent.....	34
Abb. 30: Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männern in der kreisfreien Stadt und in den Landkreisen 2011	35
Abb. 31: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort nach Geschlecht und Beschäftigungsumfang 2011	36
Abb. 32: Entwicklung der Schüler am Wohnort 2007/08 bis 2011/121	37
Abb. 33: Entwicklung der Schülerzahlen in den Landkreisen am Wohnort und am Schulort 2007/08 bis 2011/12 38	



Abb. 34: Schulabgänger allgemeinbildender Schulen; Schuljahr 2011/2012	39
Abb. 35: Absolventen allgemeinbildender Schulen nach Geschlecht in der Region Mittelrhein-Westerwald 2011/2012.....	40
Abb. 36: Anteile der Schulabschlüsse nach Geschlecht an der Gesamtabsolventenzahl 2011/2012 – in Prozent	40
Abb. 37: Räumliche Verteilung der Zentralen Orte (Grund- und Mittelzentren) nach Strukturräumen.....	42
Abb. 38: Wohnfläche nach Strukturräumen in der Region Mittelrhein-Westerwald	45
Abb. 39: Anteil der Wohnungen nach Wohngebäudegröße in den Strukturräumen der Region Mittelrhein-Westerwald.....	46
Abb. 40: Baufertigstellungen 2011.....	48
Abb. 41: Baufertigstellungen 2011 pro 1.000 Einwohner.....	49
Abb. 42: Baufertigstellungen 2007 bis 2011 pro 1.000 Einwohner	49
Abb. 43: Durchschnittliche Baufertigstellungen im Zeitraum 2007 bis 2011 pro 1.000 Einwohner	50
Abb. 44: Wohnbauflächenpotenziale nach Strukturräumtypen	52
Abb. 45: Anteile der Zentralen Orte auf Ebene der Landkreise an den Wohnbauflächenreserven im Vergleich zu den Bevölkerungsanteilen und den Anteilen an der Boden- sowie Siedlungs- u. Verkehrsfläche	54
Abb. 46: Kaufwerte für Bauland 2006 und 2011	57
Abb. 47: Veränderung des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche im Vergleich zur Bevölkerungsveränderung 2006 bis 2011.....	58
Abb. 48: Anteile von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten des Regionalplans 2006 an der Bodenfläche	60
Abb. 49: Entwicklung der Gebiete für Hochwasserschutz im Regionalen Raumordnungsplan	61
Abb. 50: Ausweisung freiraumplanerischer Inhalte RROP 2006 im Vergleich zu RROP-E 2011	64
Abb. 51: Bruttowertschöpfung in der Region Mittelrhein-Westerwald nach Untersektoren 2009 in Prozent.....	68
Abb. 52: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in der kreisfreien Stadt und den Landkreisen 2006-2011	70
Abb. 53: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in der Region Mittelrhein-Westerwald nach Sektoren 2011.....	71
Abb. 54: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort mit Hochschulabschluss in der kreisfreien Stadt und den Landkreisen 2011	72
Abb. 55: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohn- und Arbeitsort in der Region Mittelrhein-Westerwald 2011.....	73
Abb. 56: Anteile einpendelnder sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort sowie auspendelnder sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer am Wohnort in der kreisfreien Stadt und den Landkreisen 2011	74
Abb. 57: Gewerbliche Außenpotenziale nach Strukturräumtypen (ohne Gemischte Bauflächen)	77
Abb. 58: Landwirtschaftsfläche in ha 2011	78
Abb. 59: Struktur der Landwirtschaftsfläche in Mittelrhein-Westerwald	79
Abb. 60: anteilige Entwicklung der Landwirtschaftsfläche in % 2008 bis 2011	80
Abb. 61: Ausweisung raumordnerischer Gebiete für die Landwirtschaft	81
Abb. 62: Waldfläche in Mittelrhein-Westerwald	82
Abb. 63: Ausweisung raumordnerischer Gebiete für die Forstwirtschaft	83
Abb. 64: Struktur des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen	87
Abb. 65: Entwicklung der installierten Leistung von Windenergieanlagen	88
Abb. 66: Entwicklung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen	89
Abb. 67 und Abb. 68: Einspeisung Erneuerbarer Energien in das Stromnetz – Region und Landkreise.....	90
Abb. 69: Einspeisung Erneuerbarer Energien ins Stromnetz nach Erzeugungsart.....	91
Abb. 70: Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch 2010.....	92
Abb. 71: Entwicklung der Sonderbauflächen für Windenergieanlagen in Mittelrhein-Westerwald	94



Kartenverzeichnis

- Karte 1** Veränderung der Bevölkerung 2007 - 2011
nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken
- Karte 2** Wanderungssaldo über die Gemeindegrenzen in den Jahren 2007 bis 2011
nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken
- Karte 3** Bevölkerungsvorausberechnung
Veränderung der Bevölkerung 2010 /2030
nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken
- Karte 4** Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort 30.6.2006/2011
Anteil nach Beschäftigungsumfang und Geschlecht zum 30.6. 2011
nach Verwaltungsbezirken
- Karte 5** Beschäftigtenquote 30.6.2011
Veränderung der Beschäftigtenquote 30.6.2006/2011
Veränderung der Anteile der Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigten 30.6.2006/2011
nach Verwaltungsbezirken
- Karte 6** Veränderung der Schüler am Wohnort insgesamt und nach Schularten
an allgemeinbildenden Schulen der Schuljahre 2007/8 - 2011/12
nach Verwaltungsbezirken
- Karte 7** PKW-Erreichbarkeit zentraler Orte
2012
- Karte 8** Wohnfläche in Wohngebäuden je Einwohner 31.12.2011
Anteil der Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern 31.12.2011
nach Verwaltungsbezirken
- Karte 9** Wohnfläche je Einwohner in Wohngebäuden
Wohnungen in Ein-, Zwei- bzw. Mehrfamilienhäusern
Veränderung 2006/2011 nach Verwaltungsbezirken
- Karte 10** Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche 31.12.2011
Anteil der Nutzungsarten an der Siedlungs- und Verkehrsfläche 31.12.2011
nach Verwaltungsbezirken
- Karte 11** Veränderung des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche
an der Gesamtfläche
Veränderung des Anteils der Nutzungsarten
an der Siedlungs- und Verkehrsfläche 31.12.2006/31.12.2011 nach Verwaltungsbezirken
- Karte 12** Veränderung der Bruttowertschöpfung 2005/2009
Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung 2009
nach Verwaltungsbezirken